

Wahlen im postsowjetischen Raum

Wilde, Anja; Meister, Stefan; Gelman, Vladimir

Veröffentlichungsversion / Published Version

Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilde, A., Meister, S., & Gelman, V. (2008). *Wahlen im postsowjetischen Raum*. (Recherche Spezial, 9/2008). Bonn: GESIS-IZ Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-372007>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Recherche Spezial

09/2008

Literatur- und Forschungsinformationen
zum Thema:

„Wahlen im postsowjetischen Raum“

GESIS-IZ Bonn September 2008

Wahlen im postsowjetischen Raum

bearbeitet von

Anja Wilde

mit Beiträgen von
Stefan Meister und Vladimir Gelman

GESIS-IZ Sozialwissenschaften Bonn 2008

ISSN:	1866-5810 (Print) 1866-5829 (Online)
Herausgeber	GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn
bearbeitet von:	Anja Wilde
Programmierung:	Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb:	GESIS-IZ Sozialwissenschaften Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0 Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das GESIS-IZ ist eine Abteilung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2008 GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort.....	7
--------------	---

Stefan Meister

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008).....	9
--	---

Vladimir Gelman

Electoral research in Russian political science: "Normal science" in a "normal country"?.....	19
---	----

Sachgebiete

1	Rahmenbedingungen: Politisches System/ Demokratieentwicklung	35
2	Parteienlandschaft/ Wahlkampf	52
3	Wahlrecht/ Wahlsysteme	65
4	Wahlverhalten/ Wahlergebnisse	74
5	Einstellungen der Bevölkerung/ politische Identität	83
6	Rolle der Medien/ Meinungsfreiheit	91
7	Internationales Engagement.....	94

Register

Hinweise zur Registerbenutzung	99
Personenregister.....	101
Sachregister.....	105
Institutionenregister	111

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	115
Zur Benutzung der Forschungsnachweise	115

Vorwort

Die vorliegende Ausgabe des Dienstes 'Recherche Spezial' bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle sozialwissenschaftliche Literatur- und Forschungsnachweise zum Thema Wahlen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Er wird ergänzt durch Beiträge von zwei Experten aus der Politikwissenschaft, die einen Überblick über Stand und Entwicklung der Wahlforschung mit Fokus auf den GUS-Raum geben – einerseits aus westlicher Perspektive, andererseits mit dem Blick auf die Disziplin aus russischer Sicht.

Am 28. September 2008 finden in Belarus erneut Wahlen zur Nationalversammlung, dem belarussischen Parlament, statt. Diese werden bereits im Vorfeld von der internationalen Gemeinschaft überaus kritisch beobachtet, nachdem schon die Wahlen 2000 und 2004 sowie die Präsidentschaftswahlen 2006 nach Auffassung unabhängiger internationaler Wahlbeobachter nicht demokratischen Standards genügten. Auch die in diesem Jahr erfolgten vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Georgien (Januar/Mai) und die Präsidentschaftswahlen in Russland (März) gaben in ihrem Verlauf Anlass zu Kritik auf Seiten westlicher Beobachter.

Seit dem Systemumbruch und der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 hat in allen Nachfolgestaaten zumindest formal ein Übergang zu politischen Strukturen stattgefunden, die denen westlicher Demokratien entsprechen. Damit verbunden ist die regelmäßige Durchführung von Wahlen, die sich an den neu geschaffenen Verfassungen und den Wahlgesetzen orientieren. Den sogenannten Gründungswahlen bis 1994 folgten weitere Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, an deren Verlauf und Ergebnissen die Demokratieentwicklung in den einzelnen Ländern verfolgt werden konnte. Eine besondere Aufmerksamkeit hierzulande wurde in diesem Zusammenhang der sogenannten „Rosenrevolution“ und der „Orangen Revolution“ – den Präsidentschaftswahlen in Georgien und der Ukraine 2003/2004 – zuteil, als Teile der Bevölkerung erstmals vehement und erfolgreich gegen offensichtliche Wahlmanipulationen protestierten. Es zeigte sich, dass das bloße Vorhandensein übernommener Institutionen keine Gewähr für tatsächlich demokratische Prozesse, wie den Ablauf freier und fairer Wahlen, bietet, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diesen entgegenstehen. Hier sind z.B. die Traditionen politischer Eliten, die Einstellung der Bevölkerung zu politischer Partizipation oder auch die Einflussmöglichkeiten von Massenmedien zu nennen. Auch nach über 15 Jahren Transformation unterscheiden sich die Länder mit sowjetischem Erbe hierin von westlichen Demokratien. Es ergeben sich somit Ausgangsbedingungen, vor deren Hintergrund auch Wahlen mit anderen Augen als in Westeuropa betrachtet werden müssen.

Diesem Thema widmet sich der vorliegende Informationsdienst. Betrachtet werden die Länder der ehemaligen Sowjetunion (westliche GUS-Staaten, Transkaukasus, Zentralasien) mit Ausnahme der baltischen Länder, die sowohl durch ihre Geschichte als auch die gegenwärtige Entwicklung als EU-Staaten getrennt gesehen werden müssen. Es wird ein Ausschnitt der sozialwissenschaftlichen Forschung gezeigt, der sich mit Bedingungen, Verlauf und Ergebnissen nationaler (Parlament, Präsident) sowie in Einzelfällen regionaler Wahlen beschäftigt. Dabei werden Literatur- und Forschungsnachweise aus dem deutschsprachigen Raum seit 2000 berücksichtigt. Ergänzt wird die Zusammenstellung durch Forschungsergebnisse aus den CSA-Datenbanken aus den Jahren 2007 und 2008. Der Umfang des Datenmaterials gibt Aufschluss über die regionale Verteilung der Forschungsinteressen der Sozialwissenschaftler in Deutschland und den Ländern der westlichen Welt. Es zeigt sich, dass der Forschungsschwerpunkt zum Thema Wahlen eindeutig auf Russland und

der Ukraine liegt, gefolgt von Belarus und Georgien. Demgegenüber weisen die Datenbanken unter diesem Aspekt z.B. nur wenige Einträge zu den Staaten Zentralasiens aber auch der Republik Moldau nach.

Die Gliederung des Informationsdienstes gestaltet sich folgendermaßen: In Kap. 1 werden die innenpolitischen Bedingungen im Umfeld von Wahlen dargestellt (politisches System, Demokratieentwicklung, Machtstrukturen). Kap. 2 beschäftigt sich mit an Wahlen beteiligten Akteuren wie Parteien, politischen Gruppierungen, Interessengruppen und deren Aktivitäten im Wahlkampf. Während Kap. 3 auf die rechtlichen Grundlagen von Wahlen verweist, widmet sich Kap. 4 dann konkreten Darstellungen von Ablauf und Resultaten einzelner Wahlen. In Kap. 5 wird auf den „weichen“ Faktor der politischen Identität eingegangen. Hierzu zählen z.B. die Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie oder extremistische Tendenzen. Kap. 6 wiederum widmet sich dem Einfluss der Medien und damit den Möglichkeiten der Meinungsbildung im Zusammenhang mit Wahlen. Im letzten Kapitel geht es schließlich um die Rolle internationaler Akteure, sowohl im Rahmen der Wahlbeobachtung als auch hinsichtlich der Einflussnahme auf Prozesse im Umfeld von Wahlen.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.sowiport.de eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht.

Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008)

Stefan Meister

Die postsowjetischen Staaten haben seit dem Zerfall der Sowjetunion mindestens fünf Wahlperioden erlebt und sollten auf dem Weg einer Konsolidierung ihrer politischen Systeme sein. Zwar führten die Farbenrevolutionen zu Regimewechseln, die eine seit Mitte der 1990er Jahre andauernde Demokratisierungswelle in den postkommunistischen Staaten abschließen (Bunce/Wolchik 2006). Gleichzeitig konnten sich jedoch Lukašenka in Belarus sowie das System Putin in Russland behaupten und die russische Führung erfolgreich die Wahlen 2007/08 in ihrem Sinne entscheiden. Wie die russische Führung die politischen Strukturen so verändert hat, dass das gewünschte Ergebnis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht werden konnte, ist das beherrschende Thema der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur zu Wahlen im postsowjetischen Raum. Deshalb liegt hier der Schwerpunkt der folgenden Übersicht. Vor allem als Lehre aus den Farbenrevolutionen hat die russische Elite diese Wahlen systematisch vorbereitet und dabei nichts dem Zufall überlassen. Autoren sprechen auch von „überorganisierten Wahlen“ oder „over-managed democracy“ (Vogel 2007, Wilson 2007b). Zentrale Analysebereiche sind die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung, die spezifische Entwicklung von Parteien, die Neutralisierung der Opposition und die Verbesserung der Methoden zur Beeinflussung von Wahlen. Dabei wird nach dem Typ und der Stabilität des politischen Systems gefragt.

Wahlen ohne Demokratie

Eine zentrale Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Forschung zu den postsowjetischen Staaten ist die Erklärung von Wahlen ohne Demokratie. Wahlen in autoritären oder semi-autoritären Systemen haben ganz andere Funktionen als in westlichen Demokratien. Es herrscht eine Koexistenz von demokratischen Regeln und autokratischen Methoden: Zwar finden regelmäßig Wahlen statt und erfolgen keine zu offensichtlichen Eingriffe in den Wahlprozess (Levitsky/Way 2002). Jedoch werden diese bereits im Vorfeld durch die Nutzung so genannter administrativer Ressourcen und durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung (Politiktechnologie) manipuliert (Coalsen 2008). Diese Methoden werden insbesondere in Vorbereitung auf die aktuellen russischen Wahlen analysiert. Dazu zählen, dass der Opposition der Medienzugang verwehrt wird, Oppositionskandidaten unter Druck gesetzt und in einigen Fällen auch die Wahlergebnisse beeinflusst werden. Ziel ist es zwar, Macht durch Wahlen zu legitimieren, diese aber nicht durch Wettbewerb zu gefährden (Levitsky/Way 2002).

Für Russland und eine große Mehrheit der postsowjetischen Staaten (ausgenommen sind hier grundsätzlich die Baltischen Staaten, die mit ihrer Integration in die EU einen eigenen Weg gegangen sind) wird festgestellt, dass die institutionellen Veränderungen seit 1991 nicht in erster Linie der strategischen Entwicklung des Landes dienen, sondern dem Ziel des Machterhalts der jeweils herrschenden Elitengruppe (Rjabow 2007, Holmberg 2008). Dies gilt in Russland auch für die Phase unter Boris El'cin, der das gemischte Wahlsystem im Oktober 1993 einführte, um die Duma als oppositionelles Organ gegenüber dem Präsidenten zu schwächen. Zur Wiederwahl El'cins 1996 wurden erstmals in größerem Umfang die Medien manipuliert, oppositioneller Kandidaten kompromittiert und adminis-

trative Ressourcen genutzt (Beeinflussung der Registrierung von Parteien, der Stimmenausszählung, personeller und finanzieller Einsatz bei Wahlkampagnen, Nutzung der Gerichte zum Ausschluss von Parteien und Kandidaten). Putin hat mit Einführung der „gelenkten Demokratie“ diese Methoden systematisiert und effizienter eingesetzt (Wilson 2005). Die Stärkung der Machtvertikale verbunden mit einer Reform der Wahl- und Parteiengesetzgebung haben Wahlen besser kontrollierbar und vorhersehbar gemacht. Wichtige Voraussetzungen waren eine Konzentration der Macht beim Präsidenten und eine Reduzierung der Zahl autonomer politischer Akteure (Rjabow 2007). Ebenso gelang es mit dem Zusammenschluss der vom Kreml gegründeten Partei „Einheitliches Russland“ erstmals in der nachsowjetischen Ära, in Russland eine das Parlament dominierende „Partei der Macht“ zu etablieren.

Wahl- und Parteiengesetzgebung

Wichtiger Schlüssel für berechenbare Wahlen war die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung. In diesem Zusammenhang wird die Reform der formellen Regeln untersucht und in ihrer Auswirkung auf die Wahlen und die Parteien betrachtet (Nußberger/Marenkov 2007, Pleines/Schröder 2007, Pleines/Schröder 2008). Putin hat in seiner Amtszeit im Gegensatz zu seinem Vorgänger mehrfach die Bedeutung von Parteien für das politische System hervorgehoben und gleichzeitig in die Gesetzgebung für Parteien und Wahlen massiv eingegriffen. Der Übergang von einem Mischwahl- zu einem reinen Verhältniswahlssystem und damit der vollständigen Bildung der Duma durch Parteilisten seit 2005 sollte, laut Präsident Putin, der Stärkung des Parteiensystems dienen. Tatsächlich konnte die „Partei der Macht“ bis dahin auf Grundlage von Parteilisten insbesondere in den Regionen keine qualifizierten Mehrheiten erreichen und war immer wieder auf den Beitritt unabhängiger Abgeordneter angewiesen. Somit sollte der Übergang zum proportionalen Wahlrecht den Sieg von „Einheitliches Russland“ sichern.

Durch die Anhebung der Sperrklausel von 5 auf 7%, der Erschwerung der Zulassung neuer Parteien bis hin zu Verboten, konnten unliebsame Parteien oder Kandidaten vom politischen Prozess ausgeschlossen werden (Siegert 2007). Der Erfolg zeigte sich im komfortablen Sieg der Partei „Einheitliches Russland“ bei den Dumawahlen im Dezember 2003 (300 von 450 Sitzen). Neben der Korrektur von Defiziten des Wahlsystems von 2002 wurde so das Parlament in die Machtvertikale integriert (Nußberger/Marenkov 2007). Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Wahl- und Parteienreformen Putins weder dazu geführt hat, politische Parteien zu stärken, noch sämtliche oppositionelle Parteien von den Wahlen auszuschließen. Die Reformen dienen dazu, das Parteiensystem zu systematisieren, die Zahl der Parteien zu reduzieren und die Entstehung eines kontrollierten Zwei-Parteien-Systems zu fördern. Sie verhindern die Gründung regionaler Parteien und in Verbindung mit der Ernennung der Gouverneure mindern sie den regionalen Einfluss auf die gesamtstaatliche Politik (Kenneth Wilson 2006). Wäre die einzige im Parlament noch vorhandene oppositionelle Partei, die Kommunistische Partei (KPRF), von den Wahlen ausgeschlossen worden, dann hätte dies auch in der russischen Bevölkerung zu Widerstand führen können und wäre die demokratische Fassade vollständig zerstört worden.

Ein weiterer Themenblock befasst sich mit der Abschaffung der Wahl der Gouverneure, die im Zusammenhang mit der Reform des Föderalismus in Russland untersucht wird. Die Moskauer Führung nutzte die Tragödie von Beslan 2004 dazu, die Wahl der Gouverneure abzuschaffen und damit nach dem Parlament auch die regionale Exekutive in die Machtvertikale zu integrieren. Die de facto Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten war auch eine Reaktion darauf, dass mit anderen Mitteln die Regionen nicht unter vollständige Kontrolle zu bringen waren und die regionalen Eliten nicht die gewünschten Wahlergebnisse brachten (Goode 2007). Im Frühjahr 2006 gehörten bereits 68 von 88

Leitern der Subjekte der Partei „Einheitliches Russland“ an. Mit der Abhängigkeit der Gouverneure vom Präsidenten erhielten diese die Aufgabe, in den Regionen den Sieg bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Sinne des Kremls zu organisieren (Rjabow 2007). Die Manipulation von Wahlen erfolgt besonders stark außerhalb großer Städte und in ländlichen Gebieten (Holmberg 2008). Besonders loyal zeigten sich dabei die Führungen der ethnischen Republiken wie Tatarstan, Baschkortostan oder Inguschetien, die offizielle eine Wahlbeteiligung von bis zu 98% (oder mehr) erzielten (Coalsen 2008).

All diese Schritte dienten letztlich der Vorbereitung auf die Wahlen 2007/08, mit denen Putin einen kontrollierten Mechanismus zum Erhalt und Transfer von politischer Macht geschaffen hat (Rogoza 2008).

Parteien

Für die westliche Forschung stellt sich grundsätzlich die Frage, warum das russische Mehrparteiensystem so schwach entwickelt ist. Dies lässt sich einerseits mit der fehlenden Verankerung von Parteien in der Bevölkerung und andererseits mit deren Manipulation durch die Exekutive erklären. Sowohl in der El'cin'schen Verfassung als auch noch verstärkt unter Putin wurde das Parlament geschwächt, ohne dass die Parteien dafür eine Kompensation erhielten. Den Parteien gelang es nicht, sich im Bewusstsein der Bevölkerung als vollwertige politische Akteure zu etablieren, die Exekutive blieb auf der zentralen und regionalen Ebene der entscheidende Akteur. Hinzu kommt, dass Demokratie in der Bevölkerung nicht mit parteipolitischem Wettbewerb oder Gewaltenteilung verbunden wird, sondern vor allem mit Wohlstand und Gleichheit (Buhbe/Makarenko 2007). Grundsätzlich war die Wahl von Parteienlisten in Russland nie populär, da nationale Parteien in den Regionen schwach verankert sind und die Bevölkerung traditionell auf Personen und nicht Parteien fixiert ist. Für die Gouverneure war es gerade in den 1990er Jahren wichtig, sich als überparteilich zu präsentieren, um so unabhängiger von Moskaus radikalem Reformprozess zu erscheinen (Rjabov 2007).

Es wird festgestellt, dass Wahlen in Russland nicht frei und politische Parteien nicht dazu in der Lage sind, als Opposition gegenüber der Machtelite zu agieren. Obwohl Putin bei den Parlamentswahlen 2007 die Wahlliste von „Einheitliches Russland“ angeführt und sich damit erstmals als russischer Präsident zu einer Partei bekannt hat, zeigte er mit seinem Nichtbeitritt Abneigung gegenüber Parteien. Damit war Putin bei den Parlamentswahlen 2007 parteilich ohne eine Parteimitgliedschaft zu haben (Hale 2007). Dass Parteien weiterhin keine echten politischen Akteure sind und keine reale Opposition darstellen, fördert nicht ihre Anerkennung in der Bevölkerung. Sie dienen in erster Linie dazu, Unterstützung zu mobilisieren und das existierende System zu legitimieren. Parteien in Russland sind entweder konstruiert, manipuliert oder befriedet. Echte oppositionelle Gruppierungen wie Jabloko, die KPRF und die Union der Rechten Kräfte werden als befriedete Oppositionsparteien bezeichnet (Holmberg 2008).

Opposition

Als weiteres Element einer funktionsfähigen Demokratie wird die Rolle der Opposition als zentrales Element für Wettbewerbswahlen untersucht. Als Konsequenz daraus, dass es bereits bei den Wahlen 2003 keiner liberalen Partei gelungen war, die noch geltende 5%-Hürde zu überwinden, verhandelten diese die gesamte Legislaturperiode über Zusammenschlüsse oder Koalitionen. Dabei scheiterten sie vor allem an inhaltlichen Differenzen der Führungskräfte und an den neuen rechtlichen Regelungen.

gen, die Zusammenschlüsse erschwerten (Siegert 2007). Liberale Parteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte als auch Außenseiter wie Gari Kasparow oder Michail Kasjanow haben sich nicht an die gegenwärtigen Spielregeln angepasst, wozu sie sich hätten vereinen und ihre Differenzen überwinden müssen. Nur so hätten sie eine gewisse Autorität erhalten und eine Chance gehabt, die 7% Hürde zu überwinden. Mit der Einführung einer zweiten großen Kreml-Partei, „Gerechtes Russland“, wurden Opposition und Wettbewerb vorgetäuscht. Diese erhielt das Image einer Pro-Putin Partei, die aber im Gegensatz zu „Einheitliches Russland“ stand (Wilson 2007b). Um erfolgreich zu sein, hätte die Opposition drei Lektionen aus der Orangen Revolution lernen müssen: Einheit, ein neues Image und kein Geld aus diskreditierten Quellen annehmen (Wilson 2007a).

Ein für die postsowjetischen Staaten besonderes Merkmal offizieller Opposition ist die Möglichkeit, auf dem Stimmzettel „gegen alle“ anzukreuzen. Untersucht werden die bisherige Bedeutung und die möglichen Auswirkungen der Abschaffung dieses Spezifikums in Russland. Bei den vorangegangenen Wahlen drückte insbesondere der junge, städtische und gut ausgebildeten Teil der Bevölkerung damit seinen Protest aus. Gründe dafür waren, die Unzufriedenheit über fehlende Rechtsstaatlichkeit und die fehlende Vertretung durch die vorhandenen politischen Parteien. Die Konsequenz aus der Abschaffung einer weiteren offiziellen Protestmöglichkeit könnte ein Rückgang der Wahlbeteiligung sein und die Zunahme von Protest in Form sozialer Bewegungen außerhalb des Parlaments. (McAllister/White 2008).

Mobilisierung

Ein Autorenkreis fragt nach der Mobilisierung der Wähler im Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik und zeigt, wie die „Politiktechnologien“ des Kremls im Vorfeld der Wahlen Feindbilder aufbauen, um diese für innenpolitische Herausforderungen, z.B. das Gewinnen von Wahlen zu nutzen (Preißler 2007). War es bei den Wahlen 1999/00 mit dem Krieg in Tschetschenien noch ein innerer Feind, der die Wähler mobilisieren sollte, so stand jetzt die Konfrontation mit dem Westen im Vordergrund. Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zum Westen in den letzten Jahren wird nicht in erster Linie mit dem „Willen zur Weltmacht“ begründet, sondern mit dem Ziel des Machterhalts bei den heimischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die russische Führung wollte nichts dem Zufall überlassen und bezichtigte das westliche Ausland, auf Prozesse in Russland Einfluss nehmen zu wollen. Das bedeutet nicht, dass keine Konflikte existieren, jedoch werden diese instrumentalisiert und wäre Russland ohne anstehende Wahlen weniger aggressiv damit umgegangen. Dieses Mittel der Mobilisierung diene auch der Abwehr einer möglichen „bunten Revolution“, indem potentielle oppositionelle Kandidaten und Parteien sowie NGOs als vom Ausland finanziert bezeichnet wurden (Stykow 2007, Saari 2007). Die Beziehungen zum Westen wieder zu verbessern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten Medvedev.

Der Wechsel von Putin auf Medvedev

Ein überwiegender Teil der aktuellen Literatur beschäftigt sich mit der Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und dem für die politische Elite erfolgreichen Machtwechsel von Putin auf Medvedev. Bereits die Parlamentswahlen Ende 2007 dienten der Vorbereitung der Präsidentschaftswahl. Während „Einheitliches Russland“ seinen Stimmenanteil mit 56% im Gegensatz zu 2003 fast verdoppeln konnte, kamen traditionell liberale Parteien wie Jabloko und die Union der Rechten Kräfte nicht über 2%. Der Kreml hat es geschafft, die Parlamentswahlen in ein Plebiszit für Putin zu

verwandeln, dem mit Abstand populärsten Politiker des Landes (Holberg 2008, Saari 2007, Stykow 2007). Dies untermauert das Argument, dass die Wahl vor allem zur Legitimierung des Systems Putin diene, und damit die ausstehende Entscheidung für seine Nachfolge im Präsidentenamt bereits vorweg bestätigt werden sollte. Der aggressiv geführte Angriffswahlkampf gegen die „Feinde Russlands“ diene der maximalen Mobilisierung des Elektorats, für eine maximale Bestätigung von „Einiges Russland“ und des Systems insgesamt (Stykow 2007).

Der Akt der Übergabe des Präsidenschaftsposts erfolgte in drei Schritten: Der Präsident und seine Umgebung wählten einen vertrauenswürdigen Nachfolger aus, dieser musste dann von der Elite akzeptiert werden (Elitenkonsens) und als Letztes Legitimation durch die direkte Wahl erhalten (Schröder 2008a). Nachdem „Einiges Russland“ am 2. Dezember eine Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, wurde Dmitrij Medwedev am 17.12. von dieser Partei zum Präsidenschaftskandidaten gekürt. Der eigentliche Auswahlprozess vollzog sich in einem geschlossenen Kreis innerhalb der Führung, weder transparent noch demokratisch (Schröder 2008b, Saari 2007). Medwedev gewann die Wahl mit mehr als 70%, indem Putin ihn als seinen Nachfolger auserkoren hatte. Die anderen Kandidaten sollten mit ihrer Teilnahme den Anschein von Pluralismus wecken.

Beide Wahlen werden als formal demokratisch bezeichnet (allgemeine und geheime Wahl, mit mehreren Kandidaten), jedoch ohne das wirkliche Alternativen zum vorher von der Elite ausgewählten Kandidaten bestanden (Rogoza 2008). Gleichzeitig wird der Wahlkampf als einer der schmutzigsten seit dem Ende der Sowjetunion bezeichnet und dies als Reaktion auf die Orangene Revolution gewertet. Viele Methoden wurden bei den belarussischen Präsidenschaftswahlen im März 2006 das erste Mal getestet: Diffamierung und Verhaftung von Oppositionellen sowie die Besetzung der Straße durch die vom Kreml gegründete Jugendorganisation „Naši“ (Wilson 2007b). Ebenso veränderte die russische Wahlkommission die Bedingungen für internationale Wahlbeobachter so, dass die OSZE sich zurückziehen musste. Russische Behörden stellten zu spät und zu wenige Visa (70 von 450) aus, um eine aussagekräftige Beobachtung durchführen zu können (Siegert 2007).

Bewertung von Wahlen und Demokratie

Die Hoffnung auf eine Demokratisierung Russlands wird für einen großen Teil der Autoren mit Putins „managed democracy“ begraben. Durch die Manipulation von Wahlen wurden diese zum falschen Instrument zur Messung von Demokratie und waren nicht dazu in der Lage, die Demokratisierung Russlands zu fördern. Russland fehlte es an formellen und informellen Strukturen und Verhaltensmuster zur Sicherung von Demokratie zum Zeitpunkt der Entstehung freier Wahlen. Wiederholte Konkurrenzahlen (competitive elections) führten nicht gleichzeitig zu demokratischen Regieren oder schafften Demokratie. Die politische Kultur führte eben nicht zu Koalitionen zwischen Wählern und Politikern sondern zu konjunkturellen Allianzen und Organisationen. Fehlende Gewaltenteilung und eine schwache Opposition nutzte der Präsident zur Stärkung seiner Position (Smyth 2006). Das Machtgleichgewicht zwischen Akteuren in Staat, Wirtschaft und Verwaltung wird durch Putin als den Garanten der akkumulierten Besitzstände gehalten. Somit ist der Erhalt des Status quo das Ziel der heutigen Nomenklatura. Das Verwirrspiel mit den Institutionen der Verfassung und das Fehlen formeller Regeln für den Machtwechsel zeigen, dass Russlands politisches System sich weiterhin in der Übergangsphase befindet (Vogel 2007). Neben der Moderation der Elitenkonflikte hat Putin die Aufgabe, Akzeptanz für das Regime in der Gesellschaft zu schaffen (Schröder 2007b). Die eigentliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität Russlands geht weniger von einer unzufriedenen Bevölkerung oder systemischen Opposition aus, sondern von der Spaltung innerhalb der herrschenden Elite (Stykow 2007).

Während die Ukraine seit dem Sieg der „Orangen Revolution“ erstmals wieder Wettbewerb zugelassen hat, gilt dies nicht für Russland, Belarus oder Kasachstan. Vier Schlüsselemente müssen für die erfolgreiche Manipulation von Wahlen in einer virtuellen Demokratie gegeben sein: Das Machtmonopol der Elite, passive Wähler, Informationskontrolle und die Unterbindung des Einflusses von außen. Das Beispiel der Ukraine zeigt, dass diese unter bestimmten Voraussetzungen nicht unbedingt von Dauer sein müssen (Wilson 2005).

Der postsowjetische Raum

In den anderen postsowjetischen Staaten dominiert die Literatur zur Ukraine und die Frage, wie es mit den Staaten der „Farbenrevolutionen“ in Bezug auf Wahlen und Demokratisierung weitergeht. Auch wenn die ukrainischen Wähler aufgrund instabilerer Mehrheiten im Parlament seit der „Orangen Revolution“ mehrfach zu den Urnen gerufen wurden, erfolgte dies in einem System das weitgehend freie und faire Wahlen zulässt (Durkot 2007). Einerseits sehen Autoren die Chance, dass eine Demokratisierung der Ukraine als zweitgrößtes postsowjetisches Land auch positive Auswirkungen auf Russland und die anderen postsowjetischen Staaten haben könnte (Kempe 2007). Andererseits wird von anderer Seite hervorgehoben, dass kein wirklicher Elitenwechsel sondern ein Generationswechsel stattgefunden hat, was einen Systemwechsel verhindern könnte (Mark 2006). Noch immer spielt in der Ukraine die Personalisierung von Macht eine entscheidende Rolle, der Staatsapparat ist weiterhin Element des Kampfes zwischen Eliten (Zimmer 2008).

Das autoritäre System Lukašenka hat mit der Manipulation der Präsidentschaftswahlen 2006 und dem brutalen Vorgehen gegen die Opposition und friedliche Demonstranten einmal mehr den unbedingten Willen zum Machterhalt unter Beweis gestellt (Lindner 2006, Rothacher 2007). Ebenso zeigen sich in den zentralasiatischen Staaten ähnliche Muster von Wahlbeeinflussung, jedoch sind die Methoden nicht so verfeinert worden wie in Russland. Dabei sind diese Staaten stärker insoliert und ein Pluralismus innerhalb der Elite weniger ausgeprägt. Für praktisch alle postsowjetischen Staaten wird eine enge Verflechtung von Wirtschaft und Staat festgestellt, die zu Intransparenz und Korruption führen. Klientelismus und politische Seilschaften existieren sowohl in Russland als auch der Ukraine (Samoletova 2007, Gilka-Bötzows/Kropp 2006). Informelle Regeln prägen diese politischen Systeme, die formal Wahlen durchführen, aber das Volk nur in wenigen Fällen tatsächlich entscheiden lassen. Somit sind sie von einer Konsolidierung ihrer Wahlsysteme noch weit entfernt.

Literatur

- Buhbe, Matthes / Gorzka, Gabriele (Hg.) (2007): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ders. / Makarenko, Boris I. (2007): Das Mehrparteiensystem im neuen Russland, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlag, S. 273-291.
- Bunce, Valerie J. / Wolchik, Sharon L. (2006): International diffusion and postcommunist electoral revolutions, in: Communist and Post-Communist Studies, Vol. 39, Nr. 3, S. 283-304.
- Coalson, Robert (2007): Five myths about Russia's elections, Zürich: International Relations and Security Network, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18418, 16.08.2008.

- Ders. (2008): How the Kremlin manages to win, Zürich: International Relations and Security Network, 2008, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18739, 16.08.2008.
- Durkot, Juri (2007): Neue Chance für Orange? Erneuter Machtwechsel nach vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine, in: KAS-Auslands-Informationen, Nr. 10, S. 28-47, http://www.kas.de/db_files/doku-mente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_12352_1.pdf, 18.08.2008.
- Gilka-Bötzow, Agnes / Kropp, Sabine (2006): Institutionenentwicklung in Russland und der Ukraine: Vertikale Machtverteilung als Triebfeder, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37, Nr. 4, S. 778-794.
- Goode, Paul J. (2007): The Puzzle of Putin's Gubernatorial Appointments, in: Europe-Asia Studies, Vol. 59, Nr. 3, S. 365-399.
- Hale, Henry E. (2007): The upcoming 2007 Duma elections and Russia's party system, Russian Analytical Digest, Nr. 31, S. 2-4, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=6623DFCF-F31F-8103-FA64-E9AA0F021769&lng=en>, 16.08.2008.
- Holmberg, Carl (2008): Managing Elections in Russia. Mechanisms and Problems. FOI Report, Stockholm, FOI, <http://www2.foi.se/rapp/foir2474.pdf>, 4.08.2008.
- Kempe, Iris (2007): Certainty in Ukraine's uncertainty: the impact of the 2007 parliamentary elections, (CAP Policy Analysis, No. 7), München, <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-07.pdf>, 18.08.2008.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, Journal of Democracy, Vol. 13, Nr. 2, 51-65.
- Lindner, Rainer (2006): „Präsidentenschaftswahl“ in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, SWP-Studie, S 6, Berlin, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1638, 18.08.2008.
- Mark, Rudolf A. (2006): Kehrt! Auf halbem Weg?: die Ukraine nach der orangenen Revolution, in: Aktuelle Ostinformationen: Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 38, Nr. 3/4, S. 13-21, URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_2006.pdf, 18.08.2008.
- McAllister, Ian / White, Stephen (2008): Voting „against all“ in postcommunist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 60, Nr. 1, S. 67-87.
- Nußberger, Angelika / Marenkov, Dmitry: Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember, Russland-Analysen (Bremen), Nr. 146, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen146.pdf>, 16.08.2008.
- Petrov, Nikolaj (2007): The consequences of the State Duma elections for Russia's electoral system, Russian Analytical Digest (Bremen), Nr. 32, S. 5-8, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Pleines, Heiko / Schröder, Hans-Henning (Hg.) (2007): Die russischen Wahlen 2007/2008 : Teil 1: Parlamentswahlen 2007, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 90), Bremen, 2007, <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP90.pdf>, 16.08.2008.
- Dies. (Hg.) (2008): Die russischen Wahlen 2007/2008: Teil 2: Präsidentenwahl 2008, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, No. 94), <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP94.pdf>, 16.08.2008.

- Preißler, Franz (2007): Großmachtpolitik oder Wahlagitation?: Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008, Potsdam : Univ.-Verl.
- Rjabow, Andrei W. (2007): Gelenkte Wahlen 2007 - 2008: Gesetzgebungsreform und Veränderungen innerhalb der Regierung, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlag, S. 255 - 272.
- Rogoza, Jadwiga (2008): The presidential election in Russia, and its consequences for Russia and the world, Warsaw: Centre for Eastern Studies, (CES Commentary; No. 1), <http://osw.waw.pl/en/epub/ecomment/2008/080303/Commentary1.htm>, 16.08.2008.
- Rothacher, Albrecht (2007): Europas letzter Diktator: wird Lukaschenko das Jahr 2008 überleben?, in: Europäische Rundschau : Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 4, S. 87-99.
- Saari, Sinikukka (2007): A collapsing façade?. The Russian Duma election in perspective, Helsinki: UPI Briefing Paper, Nr. 14, http://www.upi-fiia.fi/document.php?DOC_ID=235, 16.08.2008.
- Samoletova, Alla M. (2007): Different paths of party system consolidation: Which factors matter for political justice?, in: Sabine Fischer / Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Movements, migrants, marginalisation: Challenges of societal and political participation in Eastern Europe and the enlarged EU, Stuttgart: Ibidem.
- Schröder, Hans-Henning (2007): Sufficient Legitimation for a "Shadow President"?, Russian Analytical Digest, Nr. 32, S. 2-5, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Ders. (2007b), Von Putin zu Putin. Inszenierung eines Präsidentenwechsels, SWP-aktuell, Nr. 54, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4422, 16.08.2008.
- Ders. (2008a): Chance für einen neuen Anfang?, Russland-Analysen, Nr. 160, S. 2-3, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen160.pdf>, 16.08.2008.
- Ders. (2008b): Die Neuordnung der politischen Führung in Russland, in: SWP-Aktuell, Nr. 42, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4994, 16.08.2008.
- Siebert, Jens (2007): Der Dumawahlkampf 2007, Russland-Analysen (Bremen), Nr. 150, S. 2-17, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen150.pdf>, 16.08.2008.
- Smith, Mark A. (2008): The Russian presidential succession, Shrivenham: CSRC (Russian Series, 08/01), <http://www.da.mod.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/08%2801%29MAS.pdf>, 16.08.2008.
- Smyth, Regina (2006), Candidate strategies and electoral competition in the Russian Federation. Democracy without foundation, Cambridge[u.a.] : Cambridge University Press.
- Styckow, Petra: Russland wählt: Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember, in: Russland-Analysen (Bremen), Nr. 151, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen151.pdf>, 30.11.2007.
- Vogel, Heinrich (2007): Machtwechsel als Hütchenspiel, Russlandanalysen, Nr. 154, S. 2-5.
- Wilson, Andrew (2005), Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World, New Haven, Conn. [u.a.] : Yale University Press.
- Ders. (2007a): Hat Russland noch eine Opposition?, in: Russland-Analysen (Bremen), Nr. 145, S. 2-9, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>, 16.08.2008.
- Ders. (2007b), Russia's over-managed democracy, ECFR, http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_wilson_on_russia_election_results, 16.08.2008.

Wilson, Kenneth (2006): Party-system development under Putin, in: Post-Soviet affairs, Vol. 22, Nr. 4, S. 314 – 348.

Zimmer, Kerstin (2008): Formal institutions and informal politics in Ukraine, in: Gerd Meyer (Hg.): Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine, Opladen: Budrich.

Zur Person

Dr. Stefan Meister, Studium der Politikwissenschaft und Osteuropäischen Geschichte an den Universitäten Jena, Leipzig und Nižnij Novgorod; Promotion in Politikwissenschaft zum Thema „Die Transformation des russländischen Hochschulwesens“ (erscheint im Herbst 2008 bei ibidem); seit Anfang 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; Forschungsschwerpunkte: Russische Innen- und Außenpolitik, Föderalismus in Russland, Wahlen/Wahlbeobachtung im postsowjetischen Raum, Polnische Ostpolitik.

Kontakt

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Zentrum Russland/Eurasien
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
meister@dgap.org.

Electoral research in Russian political science:

“Normal science” in a “normal country”?

Vladimir Gelman

This work is devoted to the analysis of the state and tendencies of the development of electoral research in modern Russian political science. It also includes a detailed examination of selected works in related sciences written within the framework of other disciplines. Its focus is restricted to the analysis of academic studies directed towards the scientific community. However, it also includes some considerations of a scientific nature devoted to the analysis of election quality and tailored to address a broader audience. At the same time, the work of Russian political scientists, which includes conducting electoral campaigns, as well as numerous applied studies orientated to identifying election expectations of voters and/or forecasting election results lie beyond scope of this text. These restraints can be explained as follows: The first type of work has the same connection with political science as the work of a DJ with musicology,¹ and the second type of work, as a rule, does not target the increase of new scientific knowledge. The main task of this work is to answer the question “what have Russian electoral researchers achieved studying elections in Russia and what kind of scientific results can we expect from them in the foreseeable future?” Since the institutional history dealing with the initial stage of electoral research in Russia (to 1997) was presented in the previous publication,² the main attention here is focused on informative aspects of this branch of knowledge.

The first part of the work is an overview of the most significant changes in Russian electoral research against the background dynamics of Russian political science. Additionally, single aspects of electoral research conducted by Russian political scientists will be analysed, and, finally, the current state of electoral research in Russia as a branch of knowledge and the challenges to its development will be evaluated.

Positive science versus home-bred theories

The social sciences in Russia as a whole and political science in particular, are based epistemologically on three pillars. With few exceptions they are (1) atheoretical, (2) standard orientated and (3) not included into the comparative perspective. In simple terms, the majority of Russian researchers (1) consider the theory not as an instrument of cognition, but as some postulates accepted (or not) in good faith; (2) they usually reduce the empirical knowledge of reality to comparing of observed events with standard ideals („how it should be“), and (3) they consider Russia as a unique subject of research that does not fit comfortably into the analytical framework worked out from the material of other countries. As a matter of fact, it is a recurrence of the famous thesis „It is impossible to understand Russia with one’s mind“. In this regard, the establishment of electoral research in post-Soviet

1 For analysis of some aspects of this work see Wilson A. *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*. New Haven, CT: Yale University Press, 2005; Ledeneva A. *How Russia Really Works*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 2006, ch.2.

2 Gel'man V. *Izucheniye vyborov v Rossii: issledovatel'skie napravleniya i metody analiza* // *Politicheskaya nauka*, 2000, N3, pp.16-50 <http://www.auditorium.ru/books/1162/full1162.pdf>

Russia shows a different cognitive perspective which is to an increasing degree positive, empirical and comparative. The positive side of the analysis here confronts the standard seeing of the world, the empirical one – the indiscriminating borrowing of foreign theories (along with the uncritical development of their own theories); and the comparative one – the non-scientific ideas of the unique “special Russian way” or, to the contrary, the universality of objective laws. In other words, the trajectory of evolving electoral research of the last decade in Russia can be specified as a step-by-step rejection of demands to establish “home-bred theories” (term of V. Radaev)³ and a slow but systematic integration into the main stream of international political science. This can be seen not only on the basis of theoretical approach and methods of analysis developed in the West, but also by the fact, that in particular, Western and/or domestic (but not “home-bred”) examples of scientific knowledge establish the whole system of coordinates in this field of research.

To prove this theory one can easily compare the contexts of the discussions that took place among Russian electoral researchers in the middle of the 1990s and a decade later. The main topic of the debate in the 1990s were the 1993 reform of the Russian electoral system, the role of electoral institution in the establishment of a new political regime in the country and problems of forecasting election results of the elections held between 1993 and 1996. As a rule, these discussions were, apart from the emotional state and political engagement of many participants, atheoretical and standard;⁴ the comparative analysis of Russian electoral policy was by and large of ad hoc nature and as an empirical validation of conclusions, was first of all only the interpretation of a single observation. It is no wonder that when confronted with the complexity of studying new political events, researchers proclaimed that “Russian reality requires different theories”.⁵ Apparently, in search of these „different theories“ that are allegedly necessary for studying Russian reality, one of the leading academic magazines published, in all seriousness, a comparative study of the horoscopes of the candidates for the State Duma elections.⁶ By the middle of the 2000s when problems of a new round of reform of federal and regional electoral systems were the centre of attention on the one hand, and a reduction of electoral competition on the other hand, the nature of discussions has changed dramatically. Firstly, the participants today are acting for the most part in the academic field without claiming to be included into political process.⁷ Secondly, „the confusion of Babylon“ on the part of the authors who often spoke different scientific languages, is being replaced by a more or less uniform terminological system accepted by a large number of experts, even though this process is still far from its completion. Thirdly, Russian experts are not only arming themselves with different theoretical schemes that proved a success during electoral research work in other countries, reaching from the conception of social divisions of S. Lipset and S. Rokkan⁸ to the spatial theory of voting,⁹ but they are also develop-

3 See Radaev V. Est' li shans sozdat' natsional'nyu teoriyu v sotsial'nykh naukakh // Pro et Contra, 2000, vol.5, N3, pp.202-214.

4 See Vasil'ev I. i dr. Kto borolsya za mesto v Dume // Sotsiologicheskie issledovaniya, 1996, N12, pp.79-81.

5 Andryushchenko E., À. Dmitriev, Zh. Toshchenko. Oprosy i vybory 1995 goda // Sotsiologicheskie issledovaniya, 1996, N6, p.13.

6 http://www.xing.com/profile/Sophie_Zervospp.79-81.

7 Exceptions are political technologists serving ruling groups, but their activity is not the subject of this analysis.

8 See Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives / S.M.Lipset, S.Rokkan (eds.). New York: Free Press, 1967. For the analysis of conception evolution and its review of electoral research in post-Communist countries see: Politicheskaya nauka 2004, N4 (special edition under the editorship of E. Meleshkina, À. Kulik).

9 For a theoretical review see: Akhremenko À. Prostranstvennoe modelirovanie elektoral'nogo vybora: razvitie, sovremennyye problemy i perspektivy // Polis, 2007, N1, pp.153-167, N2, pp.165-179; for the em-

ing their own original theoretical constructions on this basis. Fourthly, comparative studies of Russian elections are becoming popular in Russia both based on comparison of national electoral cycles,¹⁰ and based on comparison of different aspects of elections in the Russian regions.¹¹ Fifthly, the methods based on the interpretation of descriptive statistics in electoral research are increasingly being replaced by modern methods of regression and factorial analysis which are practised on a wide scale for electoral research in international political science. The six and final point: whereas in the middle of the 1990s there was a very active discussion among Russian researchers on the role of elections in the democratisation process of the country, by the middle of the 2000s a sad consensus was stated in the Russian scientific community viz. hardly any of the native political scientists are inclined to believe that Russian elections nowadays comply with democratic standards.¹²

As one can see, this trend differs dramatically from the dynamics of many other movements of Russian political science as well as of the social sciences as a whole. The reason for these differences is only partly hidden in the specific character of the study subject under discussion. Russian electoral research experts confronted with the abundance of factual data of the election results could not but ask themselves the question “why?” and search for empirically verified answers (Russian political scientists studying political culture do not for the most part even ask the question “why?”). However, considerable influence was exerted by the evolution of the electoral institution itself: the development of instruments of political competition in the 1990s not only attracted broad public attention, but also conditioned the development of electoral research itself. To a certain extent they became as well as the elections themselves, a product of the democratisation process which also affected the institutionalisation of the subject field. Researchers working in different scientific disciplines (from mathematics to geography) who were for the most part free from the “heritage” of Soviet social science and not tied up by the institutional organisation of the earlier established scientific and educational institutions,¹³ found themselves involved in this process. In other words, the „field“ of electoral research in the 1990s in Russia started from nothing and - as distinct from the fully developed branches of social knowledge¹⁴ - was not under pressure on the part of the academic environment (which was already highly fragmented). This circumstance, among other issues, made it easier for many experts to orientate themselves towards the international scientific standards and some became integrated into different research networks.

piric analysis see Popova Å. Problemye izmereniya elektoral'noy politiki: gubernatorskie vybory v sravnitel'noy perspektive // Polis, 2001, N3, pp.47-62.

10 See Rossiya v izbiratel'nom tsikle 1999-2000 godov / under the editorship of M. Makfol, N. Petrov, N. Ryabov. Ĭ.: Gendal'f, 2000; Rossiya v izbiratel'nom tsikle 1999-2000 godov; Pervyy elektoral'nyy tsikl v Rossii, 1993-1996 / under the editorship of V. Gel'man, G. Golosov, Å. Meleshkina. Ĭ.: Ves' mir, 2000; Vtoroy elektoral'nyy tsikl v Rossii, 1999-2000 / under the editorship of V. Gel'man, G. Golosov, E. Meleshkina. Ĭ.: Ves' mir, 2002; Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii, 2003-2004 gody / under the editorship of V. Gel'man. SPb: Izdatel'stvo Evropeyskogo universiteta v Sankt-Peterburge, 2007.

11 See in particular: Golosov G. Rossiyskaya partiynaya sistema i regional'naya politika, 1993-2003. SPb: Izdatel'stvo Evropeyskogo universiteta v Sankt-Peterburge, 2006; Kynev Å. Politicheskie partii v rossiyskikh regionakh: vzglyad cherez prizmu regional'noy izbiratel'noy reformy // Polis, 2006, N6, pp.145-160; Turovskiy R. Regional'nye vybory v Rossii: sluchay atipichnoy demokratii

12 See, for example, Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii (zaochnyy kruglyy stol) // Polis, 2004, N1, pp.6-73.

13 Moreover, the most prominent Russian scientific centres for research of different electoral aspects (from the Levada-Centre to the Carnegie Moscow Centre) were also founded in the post-Soviet era.

14 See Bourdieu P. Homo Academicus. Stanford, CA: Stanford University Press, 1988.

What have Russian political scientists achieved in the field of electoral research during the last decade? It is hardly possible to answer this question because of the vast number of publications on this topic which are difficult to analyse.¹⁵ Therefore only a few trends that appear most significant and can influence the development of Russian electoral research in the long term should be emphasised, without claiming to cover all topics and directions without exception. Among them are in particular:

(1) Successful institutionalisation of electoral research as an integral part of Russian political science, which shows through inclusion of corresponding training courses into national educational standards, publications of educational books¹⁶ and reading books,¹⁷ holding of a number of conferences,¹⁸ editing of magazines,¹⁹ websites²⁰ and blogs²¹ on electoral problems that contribute to the institutionalisation of the scientific community in this realm;

(2) Development of the information base of electoral research – emergence of electoral statistics available for further analysis and presented in official publications and electronic resources of the Central Election Commission²² and regional election commissions as well as specially prepared statistics by individual experts and research centres. In particular, one should mention the Independent Institute of Elections,²³ the website “Electoral geography”²⁴ and the IRENA project of the European University in Saint Petersburg.²⁵ The emergence of the first archive of sociological data with the records of mass surveys²⁶ also belongs to this.

(3) Publication of a number of collective monographs and collections of scientific papers devoted to comprehensive researches of elections not only at the national level but also in the individual regions

15 Detailed bibliography published in 2002 contains 3456 sources in Russian on different electoral aspects, including 1496 papers on elections in 1993-2000. See Vedeneev Yu., I. Zaytsev, V. Lugovoy. Institut vyborov v Rossii (istoriya i sovremennost'). Bibliographical index <http://www.democracy.ru/library/bibliodict/biblio/index.html>

16 See *Vybory i partii v regionakh Rossii* / under the editorship of G. Lyukhterkhandt-Mikhaleva, S. Ryzhenkov. I-SPb: Letniy sad, 2000; Golosov G., A. Meleshkina. *Politicheskie partii i vybory*. SPb: Borey-print, 2001; Skripkina Zh. *Izbratel'nye sistemy iologii*. I: Infra-I, 2006, and many other publications.

17 See *Partii i vybory*. Reading book, part 1 / under the editorship of N. Anokhina, E. Meleshkina. I.: INION RAN, 2004; *Partii i vybory*. Reading book, part 2 / under the editorship of G. Andreeva, N. Anokhina, E. Meleshkina. I.: INION RAN, 2004.

18 See in particular: *Elektoral'naya politologiya: teoriya i opyt Rossii* / under the editorship of L. Smorgunov. SPb: Izdatel'stvo SPbGU, 1998; *Vybory v Rossiyskoy Federatsii* / under the editorship of I. Gornyy. SPb: Norma, 2002; *Rossiyskie vybory v kontekste mezhdunarodnykh standartov* / under the editorship of A. Ivanchenko, A. Lyubarev. I.: Aspekt-press, 2006, and many other publications.

19 Besides the periodical «Vestnik Tsentral'noy izbratel'noy komissii Rossiyskoy Federatsii», there is a magazine edited by the Central Election Commission «Zhurnal o vyborakh» and the magazine «Vybory. Zakonodatel'stvo i tekhnologii» <http://www.vybory.ru/journal.htm> and others.

20 See in particular: www.democracy.ru; <http://izbratel.ru/> and many other websites

21 See in particular the blogs: <http://g-golosov.livejournal.com/> <http://alexander-kynev.livejournal.com/> and others.

22 See the website of the Central Election Commission of the Russian Federation www.cikrf.ru and its numerous publications.

23 See www.vybory.ru

24 See www.electoralgeography.com

25 See <http://www.eu.spb.ru/irena/index.htm>

26 See <http://sofist.socpol.ru/>

of Russia.²⁷ The thematic “menu” of these works includes, as a rule, studying three key components of electoral policy:

- strategies of political parties and candidates in the electoral process (or, in politico-economic language, analysis of “supply” in the electoral market);
- behaviour of voters during elections (analysis of “demand” in the electoral market);
- the role of political institutions in the electoral process.

In this context one can speak about a certain rapprochement of the research focus of Russian scientific work to the problem agenda of electoral research carried out abroad;

(4) Initial entrance to the international market of scientific work of some Russian political scientists studying elections and as a result publication of a number of articles²⁸ and books²⁹ on this topic in English. Some of them are written as state of the art international political science and several publications are recognised among experts.³⁰

But what are the informative achievements of Russian electoral research granting that we exclude a simple introduction of new facts into the scientific world and their interpretation? In other words, what new information have Russian researchers learned about the elections themselves and about politics in Russia and in the world? To be able to answer this question we will examine more closely (without aiming an entire review) some works devoted to the research of the individual components of electoral policy as mentioned above.

27 See in particular: Vybory organov gosudarstvennoy vlasti Ryazanskoy oblasti: sravnitel'nyy politicheskiy analiz / under the editorship of V. Avdonin. Ryazan': RGPU, 2002.

28 See in particular: Golosov G. Electoral Systems and Party Formation in Russia: A Cross-Regional Analysis // *Comparative Political Studies*, 2003, vol.36, N8, P.912-936; Kolosov V., D.Vizgalov, N.Borodulina. Voting Behaviour in Russian Cities, 1995-2000 // *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 2003, vol.19, N3, P.25-40; McFaul M., N.Petrov. What the Elections Tell Us // *Journal of Democracy*, 2004, vol.15, N3, P.20-31; Gel'man V. Political Opposition in Russia: A Dying Species? // *Post-Soviet Affairs*, 2005, vol.21, N3, P.226-246; Likhtenchtein A., N.Yargomskaya Duverger's Equilibrium under Limited Competition: Russia's Parliamentary Elections // *Europe-Asia Studies*, 2005, vol.57, N8, P.1169-1188, and many other publications.

29 See *Elections in Russia, 1993-1996: Analyses, Documents, and Data* / V.Gel'man, G.Golosov (eds.). Berlin: edition Sigma, 1999; *The 1999-2000 National Elections in Russia: Analyses, Documents, and Data* / V.Gel'man, G.Golosov, E.Meleshkina (eds.). Berlin: edition Sigma, 2005; McFaul M., N.Petrov, A.Ryabov. *Between Dictatorship and Democracy: Russian Post-Communist Political Reform*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, 2004; Golosov G. *Political Parties in the Regions of Russia: Democracy Unclaimed*. Boulder, CO: Lynne Rienner, 2004.

30 E.g. works of G.Golosov were awarded with the Prize of the American Political Science Association (APSA) and the American Library Association (Choice magazine); this is one of a few significant achievements of Russian political scientists at the international level.

Supply: parties and candidates

The analysis of strategies of the parties³¹ and candidates in the Russian electoral market³² carries an inference about a fundamental difference between the period of the 1990s to the beginning of the 2000s, when the market was characterised by an excess supply, and the period of time after 2003/2004 which is marked by a tendency of monopolisation on the part of the United Russia party.³³ Proliferation was marked by the short-term „survival“ of the parties in the first stage of the development of the party system. Not many participants in the elections could keep their organisational succession from one electoral cycle to another.³⁴ Unlike the party systems of many “new democracies”, the specifics of the Russian electoral market of the 1990s was characterised by confrontation between the parties and the competitors on the part of the alternative providers of political benefits: “surrogate parties”.³⁵ The candidates regarded the ideological capital of the parties as insufficient to invest their political careers into. More profit was promised by the administrative capital and was accumulated by two influential players in the electoral market: regional “political machines” which were under the control of governors, and Russian financial-industrial groups under the leadership of “oligarchs”. It is therefore no wonder that strong candidates in the elections at all levels were successful as independent candidates without committing themselves to one party or another and obtaining support of governors or “oligarchs”.³⁶ Even the election of half the deputies of the State Duma from the party lists did not change the situation: party leaders lost blocking share holdings of their own parties and were in fact selling seats in their lists to the representatives of business and regional elites.³⁷ This led to a fragmentation of the electoral market, and the Kremlin as the owner of the main administrative capital in the country “operated for a fall” of the political market as a whole, acting according to the principle “divide and rule”. It was also the regional atomism that hindered consolidation of the political market. Although governors participated in establishing a “ruling party”, they aimed to increase their share in the profit of this party and not to strengthen its position in the political market.³⁸ As for the Kremlin, it was cheaper for it to invest capital into new „ruling parties“ than to market the existing ones.

The investments of the 2000s into the „ruling party“ brought a maximum of dividends for the Kremlin. Due to the hostile takeover of their competitors the United Russia party was established. Under the pressure from the Kremlin, it has become the owner of blocking holdings of the regional

31 „parties“ here and below are any electoral associations and blocks.

32 For a review of political market studies see Pshizova S. *Demokratiya i politicheskiy rynek v sravnitel'noy perspektive* // Polis, 2000, N2, pp.30-44, N3, pp.6-17.

33 See Makarenko B. *Parlamentskie vybory 2003 g. kak proyavlenie krizisa partiynoy sistemy* // Polis, 2004, N1, pp.51-65; Gel'man V. *Ot «besformennogo plyuralizma» – k «dominiruyushchey vlasti»? Transformatsiya rossiyskoy partiynoy sistemy* // *Obshchestvennye nauki i sovremennost'*, 2006, N1, pp.46-58.

34 For a comparative analysis see Golosov G. *Partiynye sistemy Rossii i stran Vostochnoy Evropy*. Ĭ.: Ves' mir, 1999.

35 See Golosov G. *Gubernatory i partiynaya politika* // *Pro et Contra*, 2000, vol.5, N1, pp.92-102; Hale H. *Why Not Parties in Russia: Federalism, Democracy, and the State*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.

36 See Golosov G., Yu. Shevchenko. *Faktory elektoral'nogo uspekha v odnomandatnykh okrugakh* // *Pervyy elektoral'nyy tsikl v Rossii*, pp.130-151.

37 See Barsukova S., V. Zvyagintsev. *Mekhanizm «politicheskogo investirovaniya», ili kak i zchem rossiyskiy biznes uchastvuet v vyborakh i oplachivaet partiynuyu zhizn'* // Polis, 2006, N2, pp.110-121.

38 See Likhtenshteyn Ā. *«Partii vlasti»: elektoral'nye strategii rossiyskikh elit* // *Vtoroy elektoral'nyy tsikl v Rossii*, pp.85-106.

“political machines”. United Russia succeeded in capitalisation of its main assets - namely the mass voters’ support of V. Putin – and in converting its administrative capital into victory in the Duma election of 2003 resulting in absolute domination in parliament. Moreover, barriers to entry were imposed on the electoral market.³⁹ The share in the profits of the „ruling party“ derived from the regional leaders at federal level decreased dramatically after the abolition of gubernatorial elections and the reforming of the electoral systems in the different regions. As a result, not only “surrogate parties” but also the competitive parties owning ideological capital, found themselves expelled from the electoral market or in an extremely marginal niche.

Unlike the discussions of the 1990s, in the 2000s, Russian researchers share opinions about a four-section ideological classification of Russian parties: the Left (Communist Party of the Russian Federation and their allies), the Liberals (Union of Right Forces, “Yabloko” and others), the Nationalists (from the Liberal Democratic Party of Russia to “Rodina”) and the “ruling parties” (United Russia and its satellites).⁴⁰ At the same time, other grounds for the classification of the parties (government vs. opposition or program parties vs. clientelistic parties)⁴¹ turned out to be insufficient for an analysis of the Russian party system or required fundamental modification.⁴² Additionally, the evolution of the parties’ programs and candidates themselves required rethinking. Whilst, for example, the positions of the parties came closer on key problems and approached the point of a “median voter” from election to election according to E. Downs,⁴³ the positions of the candidates in the presidential elections, on the contrary, demonstrated an increase in differences.⁴⁴ A decrease in the importance of ideology as an electoral resource of parties and candidates was also observed in the 2000s in comparison with the 1990s which were characterised by a high level of political uncertainty, although some authors emphasised the essential role of ideological preferences in the electoral behaviour of the Russians.⁴⁵

Researchers noted that the constellation of institutional and political factors exerted a key influence on the strategies of the parties and candidates in the parliamentary and presidential elections. In particular, the combination of the presidential-parliamentary system of government and the mixed electoral system, even though it helped the parties to achieve the role of the key players of electoral and

39 After 2003 the entry requirements for the State Duma and most regional legislatures was raised to 7%, the necessary membership of the new parties to be registered raised to 50,000 members; foundation of pre-electoral coalitions was forbidden.

40 See in particular: Golosov G. Politicheskie partii i nezavisimye kandidaty na dumskikh vyborakh // Vtoroy elektoral’nyy tsikl v Rossii, pp.43-64; Sheynis V. Tretiy raund (k itogam parlamentskikh i presidentskikh vyborov) // Mirovaya ekonomika i mezhdunarodnye otnosheniya, 2000, N9, pp.45-61.

41 See Kitschelt H. et al. Post-Communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation, Cambridge: Cambridge University Press, 1999.

42 See in particular: Gel’man V. Politicheskaya oppozitsiya v Rossii: vymirayushchiy vid? // Tretiy elektoral’nyy tsikl v Rossii, N.59-90.

43 See Downs A. An Economic Theory of Democracy. New York: Harper and Row, 1957.

44 See Popova A. Programmnye strategii i modeli elektoral’nogo sorevnovaniya na dumskikh i presidentskikh vyborakh 1995-2004 godov // Tretiy elektoral’nyy tsikl v Rossii, pp.156-195; an alternative approach is presented in: Kaspé S., A. Salmin. Izmereniya svobody: parlamentskiy elektoral’nyy protsess v sovremennoy Rossii // Politiya, 2000, N3, pp.5-54.

45 See Alekseev F. and others. Polyarizovannost’ elektoral’nykh predpochteniy v Rossii (Opyt vyborov v Gosudarstvennuyu Dumu RF v 1993-2003 gg.) // Politiya, 2004, N2, pp.5-26.

parliamentary policy, restricted their influence to the State Duma.⁴⁶ In addition, the electoral schedule that prescribed that parliamentary elections go before the presidential ones induced the ruling elites to establish “ruling parties” but at the same time provided negative incentives for a coalitional policy of the parties⁴⁷ (whose success did not depend on electoral strategy).⁴⁸ Under these circumstances the nomination of the lists and candidates was characterised by chaos and party loyalty was by far, not the most important electoral resource in comparison, for example, with incumbency.⁴⁹ The consolidation of the Russian elites in the 2000s implemented according to the principle of an “enforced consensus” changed the incentives in the electoral policy in the Duma elections. In particular, there was a high level of system-wide fragmentation, voting carried out against all the lists, weakness of the oppositional parties and latent coalitional strategies of United Russia in the elections of 2003, enabled this party to form a “fabricated majority” in the State Duma which has no counterpart in the world on an overrepresentational level.⁵⁰

Russian researchers took stock of the regional dimension of the electoral policy in Russia. In the 1990s researchers registered, on the one hand, the development of political competition during the elections of the heads of executive authorities in the regions and heads of local self-government,⁵¹ although this process proceeded with extreme irregularity in some regions of the country depending on the constellation of the regional political elites.⁵² The intrusion of the representatives of the big Russian businesses⁵³ into the regional electoral markets in the 2000s provided an additional incentive for the competitive struggle in regional policy.⁵⁴ However, these processes were (deliberately) interrupted after the abolition of the election of the executive heads of authority in the regions in 2004. On the other hand, a common factor of analysis of the elections was the constellation of the weaknesses of political parties in the regions, the breaking of bonds between the central authority and local activists,⁵⁵ and their minor influence on the regional political process. Some hopes to reform regional electoral systems which were expressed in this context in the beginning of the 2000s⁵⁶ were not fulfilled

46 See Klyamkin I. Postsovetskaya politicheskaya sistema v Rossii (vozniknovenie, evolutsiya i perspektivy transformatsii) <http://www.sovetpamfilova.ru/text/1254/?parent=53>

47 See Likhtensteyn A. “Partii vlasti”.

48 Shcherbak A. Koalitsionnaya politika rossiyskikh partiy // Vtoroy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.107-132.

49 See in particular: Golosov G. Politicheskie partii i nezavisimye kandidaty; Shevchenko Yu. Institutsionalizatsiya Gosudarstvennoy Dumy i uchastie deputatov tret'ego sozyva v parlamentskikh vyborakh 2003 goda // Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.129-155.

50 See Golosov G. Sfabrikovannoe bol'shinstvo: konversiya golosov v mesta na dumskikh vyborakh 2003 g. // Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.39-58.

51 See Petrov N., A. Titkov. Vybory glav ispolnitel'noy vlasti regionov // Vybory i partii v regionakh Rossii, pp.52-84.

52 See in particular: Rossiya regionov: transformatsiya politicheskikh rezhimov / under the editorship of V. Gel'man, S. Ryzhenkov, M. Bri. I.: Ves' mir, 2000.

53 See Zubarevich N. Prishel, uvidel, pobedil? Krupnyy biznes i regional'naya vlast' // Pro et Contra, 2002, vol.7, N1, pp.107-120.

54 See Turovskiy R. Politika v regionakh: gubernatory i gruppy vliyaniya. I.: Tsentr politicheskikh tekhnologiy, 2002.

55 See in particular: Afanas'ev I. Politicheskie partii na regional'nom urovne // Pro et Contra, 2000, vol.5, N4, pp.164-183.

56 See Golosov G. Izmereniya rossiyskikh regional'nykh izbiratel'nykh sistem // Polis, 2001, N4, pp.71-85; Glubotskiy A., A. Kynev. Opyt smeshannykh vyborov v rossiyskikh regionakh // Polis, 2003, N2, pp.124-142.

as expected.⁵⁷ According to the analysis of regional elections carried out by P. Panov, authoritarian regions became even more authoritarian and competitive ones even more competitive.⁵⁸ In the course of his comparative study of the regional electoral processes, prove was gained that United Russia became a key player in the elections and legislatures in the greater majority of Russian regions against the background of maintaining the main cross-regional differences.⁵⁹ In any case, the observed decrease in electoral competition at both federal and regional level speaks about strengthening of the domination of the “ruling party”, although the prospects of establishment of a party system in Russia with one dominating party are assessed ambiguously.⁶⁰ Time will show how true these (and other) assumptions are.

Demand: puzzles of voting

Although electoral behaviour has been at the centre of attention of researchers since the first competitive elections for the Congress of Peoples' Deputies of the USSR in 1989,⁶¹ its theoretical recognition has appeared on the agenda of Russian political scientists within the last decade.⁶² The demand to rethink the reasons for electoral instability that Russia experienced in the 1990s and 2000s⁶³ gave a direct impulse to this theoreticalisation. The limits of using standard frames of rational and expressive theories of electoral behaviour on the one hand, and negativism and absenteeism determined by Russian political context on the other, excited greatest interest. Researchers noted that many explanations of electoral behaviour, that successfully proved themselves, also demonstrated insufficient explanatory power in Russia or required a modification. First of all, it is about the role of social discrepancies⁶⁴ and more broadly, the role of social structure in the electoral behaviour of the Russians. The

57 See Kynev A. Perekhod k smeshannym vyboram v regionakh: «prinuditel'naya transformatsiya». Polis, 2004, N2, pp.32-40; Makarkin A. Smeshannaya sistema vyborov v regionakh Rossii // Pro et Contra, 2006, vol.10, N1, pp.104-113.

58 Panov P. Reforma regional'nykh izbiratel'nykh sistem i razvitie politicheskikh partiy v regionakh Rossii (krossregional'nyy sravnitel'nyy analiz) // Polis, 2005, N6, pp.102-117.

59 See Panov P. Regional'nye politicheskie protsessy v „epokhu Putina“: unifikatsiya ili diversifikatsiya? // Politeks, 2006, vol.2, N4, pp.109-134 <http://politex.info/content/view/273/40/>

60 See Gelman V. Perspektivy dominiruyushchey partii v Rossii // Pro et Contra, 2006, vol.10, N4, pp.62-71; Pantin V., V. Lapkin. Politicheskie transformatsii v Rossii i na Ukraine v 2004-2006 gg.: prichiny i vozmozhnye posledstviya // Polis, 2007, N1, pp.104-119.

61 See Vesna-89. Geografiya i anatomiya parlamentskikh vyborov / under the editorship of V. Kolosov, N. Petrov, L. Smirnyagin. I.: Progress, 1990.

62 See in particular: Golosov G. Povedenie izbirateley v Rossii: teoreticheskie perspektivy i resul'taty regional'nykh vyborov // Polis, 1997, N4, pp.44-56; Shevchenko Yu. Mezhdru ekspressiey i ratsional'nost'yu: ob izuchenii elektoral'nogo povedeniya v Rossii // Polis, 1998, pp.130-136; Meleshkina A. Issledovaniya elektoral'nogo povedeniya: teoreticheskie modeli i problemy ikh primeneniya // Politicheskaya nauka, 2001, N2, pp.190-215.

63 See in particular: Malyutin I. Elektoral'nye predpochteniya rossiyan: «paradoks stabil'nosti» // Obshchestvennye nauki i sovremennost', 1998, N1, pp.41-50; Ovchinnikov B. Elektoral'naya evolyutsiya: Prostranstvo regionov i prostranstvo partiy v 1995 i 1999 godakh // Polis, 2000, N2, pp.68-79; Anokhina N., A. Meleshkina. Itogi golosovaniya i elektoral'noe povedenie // Vtoroy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.158-185.

64 See in particular: Kalinin K. Sotsial'nye razmezhevaniya i elektoral'noe povedenie v Rossii (1993-2003 gg.) // Obshchestvennye nauki i sovremennost', 2006, N5, pp.35-49; Akhremenko A. Sotsial'nye

common conclusion of most experts was the affirmation of a relatively moderate influence by most social factors (professional and social status, education, income, gender, age) on the voting of the Russian electorate. The only exceptions were territorial differences that represented an individual case of fundamental modernised contradiction of the Russian centres and peripheries.⁶⁵ As showed by R. Turovskiy, establishment and strengthening of regional and local electoral “subcultures”⁶⁶ took place during three nation-wide electoral cycles. However, while big centres of the first and second order were a bulwark of loyalty of the federal government in the 1990s, a peculiar inversion happened in the 2000s. There were pockets of anti-governmental voting (in favour of liberal, left or nationalist parties) while the voting in favour of incumbents and the “ruling parties” shifted to the half-periphery and periphery zones. However, these tendencies were not only the consequence of social-economic differentiation of Russian society, but also a result of the influence of the “mediators” between the political parties (candidates) and the voters represented by regional elites.

The effects of this influence made themselves evident by the fact that depending on the position of the regional elites in the national elections, the voting in the corresponding territories could occur more (or less) opportunely for the incumbents and the „ruling parties“. While one part of the country’s territories (first of all ethnic republics of North Caucasus, Tatarstan⁶⁷ and Bashkortostan) was considered by experts as a possible area of mass falsification of election results,⁶⁸ researchers also paid attention to the phenomenon of “administrative resource”,⁶⁹ i.e. direct or indirect influence of voters on the part of the elite. To a large extent, they relied on patronising clientelistic networks at a local level.⁷⁰ These were formed during the Soviet times and strengthened in the context of the regional authoritarian regimes in many territories. It is likely that these tendencies will continue to strengthen in the subsequent electoral cycles.

In its turn, the influence of regional and local elites on the behaviour of voters and election outcome resulted in distortion of incentives of social-economic policy of the government especially concerning the regions. Its subjects were not so much the voters as the regional elite. The federal government tried to buy the loyalty of the regional elite in accordance with the “transfers in exchange for votes” scheme prior to the elections. However, while in the first half of the 1990s their main goal was “pacification” of leaders with opposing views (first of all in the republics),⁷¹ at the end of the 1990s and in the beginning of the 2000s the distribution of budget transfers took place on the principle of “friendly

razmezhevaniya i struktury elektoral’nogo prostranstva Rossii // *Obshchestvennye nauki i sovremennost’*, 2007, N4, pp.80-92, and other works.

65 See Turovskiy R. Regional’noe izmerenie elektoral’nogo protsessa (kontseptual’nye osnovy issledovaniy) // *Obshchestvennye nauki i sovremennost’*, 2006, N5, pp.5-19.

66 See Turovskiy R. Regional’nye osobennosti obshcherossiyskikh vyborov // *Vtoroy elektoral’nyy tsikl v Rossii*, pp.186-214; Turovskiy R. Federal’nye vybory 2003-2004 godov v regional’nom izmerenii // *Tretiy elektoral’nyy tsikl v Rossii*, pp.246-293.

67 See in particular: Chto khotel by izbiratel’ Tatarstana znat’ o vyborakh (no ne znaet, gde sprosit’) / under the editorship of İ. Farukshin, V. Mikhaylov. Kazan’: GranDan, 2002.

68 See Ovchinnikov B. Parlamentskie vybory-1999: statisticheskie anomalii // *Regiony Rossii v 1999 gody* / under the editorship of N. Petrov. İ.: Gendal’f, 2001, pp.225-237; Oreshkin D. Geografiya elektoral’noy kul’tury i tselostnost’ Rossii // *Polis*, 2001, N1, pp.73-93.

69 See in particular: Vorontsova A., V. Zvonovskiy. Administrativnyy resurs kak fenomen rossiyskogo izbiratel’nogo protsessa // *Polis*, 2003, N6, pp.114-124.

70 See Afanas’ev İ. Klientelizm i rossiyskaya gosudarstvennost’. İ.: MONF, 1997.

71 See Treisman D. *After the Deluge: Regional Crises and Political Consolidation in Russia*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press, 1999.

support”.⁷² As shown by A. Shcherbak, the volume of federal transfers was a more significant factor in supporting the “ruling parties” in Russian regions during the Duma elections of 2003 than the wage increase.⁷³ By large, unlike many foreign countries where the voting of the electorate depended largely on the objective economic features (inflation rate, unemployment and others), Russian voters were less sensitive to these factors in the 1990s as well as in the 2000s. More important for the voters, however, was the economic situation in the country and in “their own” regions.⁷⁴ In other words, it was about the determining impact of the “opinion factor”⁷⁵ on the behaviour of the voters, i.e. adjustments that were shaped under the influence of the information background and then exposed to different kinds of manipulations with ruling elites in the Centre and in the regions as main players.⁷⁶

The integration of the elite inside the “ruling party” United Russia that was observed in the 2000s consequently had an intricate influence on the behaviour of the voters. On the one hand, researchers noted the “nationalisation” of voting, i.e. an increase of territorial homogeneity of electoral support of most parties.⁷⁷ On the other hand, the reverse of the decrease in electoral competition was a decline in voter turnout and growth of negativism (voting “against all” the candidates and/or parties) both in the federal and especially regional elections. As shown by researchers, negativism in Russia took the form of a specific electoral protest,⁷⁸ although it objectively helped to re-distribute the mandates in favour of parties which won the elections in a proportional electoral system (in 2003 it was United Russia). As for absenteeism, a decline in voter turnout in conjunction with social-economic modernisation of Russian regions and an increase in voter turnout in the “controllable” regions with a low level of competition in the elections was proved statistically.⁷⁹ In addition, it was found that there was also a not insignificant influence on the electoral behaviour by the mechanism of division of powers that contributed to the transformation of voting in the Duma elections into “elections of the second order”.⁸⁰

Speaking about the specifics of the Russian research on electoral behaviour, it should be noted that most significant works in this field were mainly produced on the basis of the analysis of aggregative data of electoral statistics. In particular, one should mention the contribution of the experts into the field of electoral geography analysing with the help of modern analysis methods not only the elec-

72 See in particular: Popov V. Byudzhethnyy federalizm v Rossii: rol' politicheskikh faktorov v formirovaniy finansovykh potokov mezhdru tseutrom i regionami, <http://www.nes.ru/public-presentations/Papers/Popov-rus.htm>.

73 Shcherbak A. Ekonomicheskyy rost i itogi dumskikh vyborov 2003 goda // Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.196-216.

74 See in particular, Colton T. Transitional Citizens: Voters and What Influences Them in the New Russia. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2000.

75 See Kalinin K. Fakotry elektoral'nogo sprosa na rossiyskom politicheskom rynke // Polis, 2006, N3, pp.75-90.

76 Examples of such manipulations are re-electoral campaigns for B. Yeltsin in 1996 and the campaign on election of State Duma deputies in 1999.

77 See Likhtensteyn A. Federalizm i partii vlasti v Rossii: territorial'noe raspredelenie elektoral'noy podderzhki // Tretiy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.217-245.

78 See in particular: Lyubarev A. Golosovanie «protiv vsekh»: motivy i tendentsii // Polis, 2003, N6, pp.104-113; Akhremenko A. Golosovanie «protiv vsekh» v 1995-2003 gg.: rezul'taty empericheskogo issledovaniya // Vestnik MGU, series 12, 2004, N6, pp.60-75.

79 See Gudina Yu. Aktivnost' rossiyskikh izbirateley: teoreticheskie modeli i praktika // Polis, 2003, N1, pp.112-123.

80 See Shevchenko Yu. Podvodya itogi: rezul'taty rossiyskikh vyborov 1993-1996 gg. // Pervyy elektoral'nyy tsikl v Rossii, pp.212-241.

tions of 1990s-2000s but also the voting in the elections in pre-revolutionary Russia.⁸¹ Unlike foreign studies, however, the analysis of individual data collected during mass surveys is much less widespread in Russia. Although leading Russian sociological centres (Russian Centre of Public Opinion Research, Public Opinion Foundation, Levada-Centre) regularly collect and publish survey results and have accumulated a great array of sociological information in recent years, a great number of scientific texts written by the experts of these centres are of less cognitive value in terms of political science. They are very seldom orientated to the examination of theoretically justified hypotheses and practically never use methods of multidimensional statistical analysis of data restricted to cross-tabulation at best. Their main cognitive means are interpretation of publishing quality⁸² that does not allow for answering the question about the causal regularities of electoral behaviour (as a rule, sociologists do not even ask those questions).⁸³ While Russian experts in conducting surveys earn gratitude on the part of political scientists for collecting valuable information, electoral researchers for the most part can only account for the second analysis of data. In the course of this analysis they try to examine some theoretical schemes to explain electoral behaviour such as “funnel of causality”.⁸⁴ With formation and expansion of the archives of sociological data the situation is changing for the better: the first efforts of theoretically founded statistical analysis of mass survey data hold promise⁸⁵ and deserve to be continued. There are grounds for hope that the integration of efforts of researchers, the introduction of theoretical knowledge and modern analysis methods of data will successfully help to comprehend objective laws of electoral behaviour of Russians.

Institutions: electoral laws and political regime

Speaking about research of Russian institutes that set frameworks of an electoral system, one should distinguish between “narrow” and “broad” when using the term “electoral system”. While research on electoral policy in developed democracies concentrates on the “narrow” sense of electoral systems such as formulas for the distribution of seats⁸⁶ in legislatures, the electoral researchers in Russia (as well as in many other countries) mainly pay attention to the “broad” sense of electoral systems as the whole complex of standards and experiences of the electoral process.

The factors mentioned above do not mean that Russian researchers have not showed interest in analysis of the effects of the electoral system in its “narrow” sense. On the contrary, the mixed disconnected electoral system⁸⁶ that was in place during the Duma elections of 1993-2003 was subject to a comprehensive analysis. Its focus of attention was not only the geneses and evolution of the Russian

81 See Titkov A. Partiynaya sistema Rossii nachala ŐŐ v. v prostranstve problemnykh izmereniy i v geograficheskom prostranstve // Politicheskaya nauka, 2005, N2, pp.135-153.

82 See, for example: Gudkov L, B. Dubin. Rossiyskie vybory: vremya «serykh» // Ekonomicheskie i sotsial'nye peremeny: Monitoring obshchestvennogo mneniya, 2000, N2, pp.17-29; Levada Ju. Ishchem cheloveka. Sotsiologicheskie ocherki, 2000-2005. Ĭ.: Novoe izdatel'stvo, 2006, pp.76-90; Sedov L. Ĭ chem veshchayut golosa izbirateley // Obshchestvennye nauki i sovremennost', 2004, N5, Ő.65-74, and many other works.

83 The analysis of the reasons for situations such as this is beyond the scope of this work.

84 See Meleshkina E, N. Anokhina. Elektoral'noe povedenie rossiyan kak model' „voronki prichinnosti“ // Politiya, 2001-2002, N4, pp.25-43; Meleshkina A. «Voronka prichinnosti» v elektoral'nykh issledovaniyakh // Polis, 2002, N5, pp.47-53.

85 See Kalinin E. Sotsial'nye razmezhevaniya.

86 A similar electoral system is currently in the legislature of elections in most Russian regions.

electoral system,⁸⁷ but also its effects. The researchers emphasised not only the disconnected character of the electoral system (with the consequent proliferation of small parties and independent candidates), but also a mutual influence of both its parts (“contamination effects”, when nomination of party candidates in single mandate constituencies strengthened the position of the party while lists voting).⁸⁸ In addition, the researchers demonstrated the specifics of mechanical and psychological “Duverger’s effects” in the Russian electoral context caused by the form of electoral competition at federal level and in single mandate constituencies.⁸⁹ However, unlike the 1990s when the active participation of Russian political scientists in the reformation of the electoral system⁹⁰ was not always accompanied by adequate analytical apprehension of its political consequences, the situation in the 2000s was precisely the opposite. Although experts took stock of the prospects of the new round of reforms of the electoral system at both federal⁹¹ and regional⁹² level, they did not have a significant influence on the decision making processes. Against the background of the decline in electoral competition in Russia a decrease in demand for expertise of political scientists on the part of politicians took place.

The analysis of the effects of the Russian electoral system in the “broad” sense of this term included uncovering the influence of factors such as the mechanisms of political financing,⁹³ coverage of election campaigns in mass media⁹⁴ and adjudication of electoral issues. The overall conclusion was the statement that these factors significantly influenced election results because of a disruption to electoral competition and distortion of voters’ preferences.⁹⁵ A number of provisions to Russian electoral laws and their practice especially in the 2000s appeared as “disruptive” informal institutes that were responsible for the unjust character of the electoral process (which is not Russian specific in character).⁹⁶ While at the beginning of the 2000s “soft” methods of restricting electoral competition (linked to the systematically unjust character of the electoral campaign) were practised in Russia, on the

87 See Ivanchenko A., A. Kynev, A. Lyubarev. *Proportional’naya izbiratel’naya sistema v Rossii: istoriya, sovremennoe sostoyanie, perspektivy*. I.: Aspekt-press, 2005.

88 See Petrov N. *Analiz rezultatov vyborov 1995 g. v Gosudarstvennyy Dumu po okrugam i regionam // Parlamentnye vybory 1995 goda v Rossii / under the editorship of I. Makfol, N. Petrov. I.: Moskovskiy tsentr Karnegi, 1996, pp.7-57; Yargomskaya N. Izbiratel’naya sistema i uroven’ partiynoy fragmentatsii v Rossii // Polis, 1999, N4, pp.122-129.*

89 See Likhtenshteyn A., N. Yargomskaya. *Zakon Dyuverzhe i sistema otnositel’nogo bol’shinstva na dums-kikh vyborakh // Politicheskaya nauka, 2003, N1, pp.103-126; Likhtenshteyn A., N. Yargomskaya. Ekvi-librium Dyuverzhe v usloviyakh ogranichennoy konkurentsii // Tretiy elektoral’nyy tsikl v Rossii, pp.91-128.*

90 At that period of time V. Sheynis, G. Satarov, A. Salmin and many other experts played an important role in developing and discussing drafts of normative acts on elections.

91 See in particular: Anokhina N. *Rossiyskaya izbiratel’naya sistema: posledstviya izmeneniy // Politicheskaya nauka, 2005, N2, pp.26-39; Makarenko B. Novyy zakon o vyborakh i evolutsii rezhima // Pro et Contra, 2006, vol.10, N1, pp.95-103; Ivanchenko A., A. Kynev, A. Lyubarev. The title mentioned above.*

92 See Kynev A. *Perekhod k smeshannym vyboram v regionakh.*

93 See in particular: Barsukova S., V. Zvyagintsev. *The title mentioned above.*

94 See Zadorin I. *Sredstva massovoy informatsii i elektoral’noe povedenie rossiyan // Rossiya v izbiratel’nom tsikle 1999-2000 godov, pp.208-221.*

95 See Gel’man V. *Institutsional’noe stroitel’svo i neformal’nye instituty v sovremennoy rossiyskoy politike // Polis, 2003, N4, pp.6-25.*

96 See *Electoral Authoritarianism / A.Schedler (ed.). Boulder, CO: Lynne Rienner, 2006.*

threshold of the elections of 2007/2008 “hard” restrictions linked to the systematic exclusion of parties and candidates from the electoral process became more and more obvious.

It is therefore no wonder that Russian political scientists were, to a great extent, forced to use systematic quality analysis of the electoral process in Russia. From registration and classification of a number of abuses (like mass exclusion of unwanted candidates from the elections – so-called “Bashkir election technology”)⁹⁷ researchers switched to the monitoring of electoral campaigns⁹⁸ in cooperation with non-profit organisations and later on to the development of criteria and methods of quantitative assessment at democratisation level of the electoral process.⁹⁹ In all likelihood, the upcoming electoral cycle of 2007/2008 will give answers to a number of questions about the prospects of the Russian electoral system in both “narrow” and “broad” senses which in turn depend on the prospects of the further transformation of the Russian political regime.

Instead of conclusion

Summing up, one may affirm that the Russian electoral research today demonstrates double tendencies. In academic terms, it is developing quite successfully. Without claiming theoretically ambitious but fruitless projects in cognitive terms of „scientific revolutions“ in the spirit of “home-bred theories”, Russian political scientists working in this field of research structured it according to the drawings of the West “normal science”,¹⁰⁰ but using it for domestic “construction material”. The consequence of this approach was the studying of electoral processes in Russia as a policy in a “normal country”, which has not complied with democratic standards, but evolved towards them as a kind of standard ideal.¹⁰¹ Theoretical schemes and analysis methods developed on the basis of democracies (both developed and “new” ones) set orientation framework for research. The researchers do not accept the specifics of Russian elections as prescription “in good faith” but identify it in a theoretical and comparative perspective. It cannot go unnoticed, of course, that Russian electoral research has also experienced serious problems. It is partly of a general nature in Russian political science (small circle of experts, minimal influx of qualified personnel, lack of financing for research, poor connections inside the scientific community in Russia and abroad, etc.). Some “growth problems” are typical of the field of electoral research (discrepancy between theoretical knowledge and empiric analysis, insufficient cognitive value of many works based on the material of mass surveys, restricted usage of modern methods of statistical data analysis by experts, lack of comparative cross-national

97 See Pribylovskiy V. Triumfal'noe shestvie bashkirskoy izbiratel'noy tekhnologii // Rossiya Putina: pri-strastnyy vzglyad / under the editorship of A. Verkhovskiy, A. Mikhaylovskaya, V. Pribylovskiy. I.: Panorama, 2003, pp.159-172; Pribylovskiy V. Upravlyaemye vybory: degradatsiya vyborov pri Putine // Rossiya Putina: istoriya bolezni / under the editorship of G. Belonuchkin. I.: Panorama, 2004, pp.6-85.

98 See in particular: Internet-monitoring vyborov v Rossii. Analiticheskiy doklad po rezul'tatam Proekta / under the editorship of G. Satarov. I.: MIPO REPRO, 2001; See also documents on the websites: www.indem.ru www.golos.org www.vibory.ru and others.

99 See The democracy level of Russian elections: evaluation criteria (materials of a seminar) <http://www.liberal.ru/sitan.asp?Rel=191>

100 See Kun T. Struktura nauchnykh revolyutsiy. I.: Progress, 1977.

101 For details on the theory of a „normal country“ see Shleyfer A., D. Treyzman. Rossiya – normal'naya strana <http://www.politnauka.org/library/russia/shleyfer-treyzman2.php>

electoral research,¹⁰² etc.). Today one can only hope that future generations will overcome these problems.

However, the most significant problems of Russian electoral research lie not so much in the academic as in the political context. The decline in electoral competition in Russia during the 2000s and the reduction of the field of electoral policy (in particular, abolition of general elections of the heads of executive authority in the regions), challenges not only the Russian policy but also political science doubting the cognitive prospects of further electoral research if not the possibility itself to conduct it. Studying elections as the most important (although, of course, not the only) institution of democracy is very closely connected with its democratic potential: if political scientists were forced to analyse obviously unfree and unfair “elections without choice”, then one should not expect that they take a new angle in science about principles of policy in the country and in the world as a whole. On the contrary, if new trends of electoral competition occur in Russia in the future, this could provide an impetus to the further development of electoral research as well. Political science in Russia as a whole and electoral research in particular, has a chance to become “normal science” only on condition that the policy in Russia does not lose its general attributes of a “normal country” including competitive elections.

Author

Vladimir Yakovlevich Gelman

Candidate of Political Science, Professor at the European University in Saint Petersburg.
gelman@eu.spb.ru

102 At the same time, cross-regional comparative studies (electoral as well) are developing rather dynamically in Russia.

1 Rahmenbedingungen: Politisches System/ Demokratieentwicklung

[1-L] Azarova, Aitalina:

Formal institutions and informal politics in Russia, in: Gerd Meyer (ed.) - 2nd rev. and updated ed.: *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe : Hungary, Poland, Russia and Ukraine*, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 233-266, ISBN: 978-3-86649-147-2 (Standort: UB Bonn(5)-2008/1982)

INHALT: Die Verfasserin gibt einen Überblick über die Institutionen des politischen Systems in Russland (Präsidenschaft, Legislative, Regierung), ihre Machtstrukturen und ihre konstitutionelle Position, und beschreibt die informellen Praktiken, die sich in der alltäglichen Arbeit dieser Institutionen beobachten lassen. Sie geht auf das Parteiensystem und auf die Wahlen ein, wobei wiederum die informellen Aspekte im Mittelpunkt stehen, und analysiert die Beziehungen zwischen dem Zentrum der Russischen Föderation und der Peripherie, wie sie sich unter Jelzin und Putin herausgebildet haben. Insgesamt vertritt der Beitrag die These, dass die Konsolidierung der demokratischen Institutionen in Russland mit Zustimmung der Wählerschaft zugunsten der Restaurierung der Autorität der Zentralmacht umgekehrt worden ist. (ICE)

[2-L] Beichelt, Timm:

Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine, (Untersuchungen des FKKS, 26), Mannheim 2001, 56 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.uni-mannheim.de/fkks/fkks26.pdf>)

INHALT: Die ländervergleichende Studie befasst sich mit der übergreifenden Existenz von Herrschaftselementen in Belarus, Russland und der Ukraine, die nicht oder nur unvollständig mit dem Ideal der liberalen Demokratie in Einklang zu bringen sind. Die zentrale These der Untersuchung lautet: In Belarus, Russland und der Ukraine ist eine Reihe von Merkmalen der Herrschaftsausübung ähnlich. In allen drei Staaten existieren politische Systeme mit vergleichsweise starken Präsidenten, die Bedeutung der Parteien ist schwach, die Bürokratie wuchert und lässt sich kaum kontrollieren. Die stärkste Gemeinsamkeit zwischen den drei Ländern liegt dabei im Bestreben, den Verlauf von Wahlen und das Zustandekommen von Wahlergebnissen mit Hilfe eines formal demokratischen Institutionengefüges zu beeinflussen. Im ersten Teil wird erläutert, wie die in Belarus, Russland und der Ukraine bestehenden Herrschaftsregime typologisch einzuordnen sind. Dazu wird ein Modell vorgestellt, in dem die drei Staaten einen Platz finden. Die dort vertretene These lautet, dass für Russland und die Ukraine der Terminus der Wahldemokratie angemessen ist. Wahldemokratien sind Demokratien, allerdings solche mit gravierenden 'Defekten': Einige Dimensionen der Demokratie wie Meinungsfreiheit oder rechtliche Sicherheit sind eingeschränkt. Ein zentrales Kriterium der Demokratie, nämlich die Vergabe der höchsten Staatsämter in letztlich kompetitiven Wahlen, ist jedoch gegeben - daher die Charakterisierung Russlands und der Ukraine als Wahldemokratien. Belarus als drittes hier behandeltes Land gehört hingegen nicht in die Gruppe der Demokratien, da etwa bei der Presse- oder Versammlungsfreiheit der Staat eindeutig repressiv verfährt und die Wahlen des letzten Jahrzehnts in einer autoritären und autokratisch gelenkten Atmosphäre stattgefunden haben. Im zweiten Teil des Textes werden drei Ansätze vorgestellt, die allesamt darauf hinweisen, dass aus theoretischer Sicht eine Entwicklung der drei Staaten zu liberaldemokratischen Regimes eher unwahrscheinlich ist. Erörtert werden

dabei die Modernisierungstheorie, der Ansatz der politischen Kulturforschung und ein politökonomischer Ansatz. Im dritten Teil werden dann die spezifischen Elemente einer ostslawischen Herrschaftskultur herausgearbeitet. Dieser Begriff weist darauf hin, dass eine 'Kultur' des Herrschens sowohl durch ein historisch bestimmtes Herrschaftsverständnis bei den Eliten als auch durch ein gegebenes institutionelles Umfeld geprägt ist. In der historischen Dimension wird dabei der Frage nachgegangen, inwiefern das Verhalten der Regierenden auf bestimmte legacies (Vermächtnisse) zurückzuführen ist. In der institutionellen Dimension wird auf Elemente des typologischen Modells aus dem ersten Teil des Textes zurückgegriffen, nämlich Wahlen, Medienöffentlichkeit und die Existenz von Verfassungskonflikten. Zusammengefasst entsteht dann das Bild einer den drei ostslawischen GUS-Staaten gemeinsamen, auf die Wahldemokratie ausgerichteten Herrschaftskultur. (ICG2)

[3-L] Beichelt, Timm:

Die slawischen GUS-Staaten zwischen Autokratie und Demokratie, (F.I.T. Discussion Papers, No. 05/01), Frankfurt an der Oder 2001, 62 S. (Graue Literatur; URL: http://www.euv-frankfurt-o.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/2001/01-05-Beichelt.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die Herrschaftssysteme in den slawischen GUS-Staaten. Der Text ist in drei Abschnitte unterteilt. Im ersten Teil wird erläutert, wie die in Belarus, Russland und der Ukraine bestehenden Herrschaftsregimes typologisch einzuordnen sind. Dazu wird ein Modell vorgestellt, in dem die drei Staaten einen Platz finden. Die dort vertretene These lautet, dass für Russland und die Ukraine der Terminus der Wahldemokratie angemessen ist. Einige Dimensionen der Demokratie wie Meinungsfreiheit oder rechtliche Sicherheit sind eingeschränkt. Ein zentrales Kriterium der Demokratie, nämlich die Vergabe der höchsten Staatsämter in letztlich kompetitiven Wahlen, ist jedoch gegeben - daher die Charakterisierung Russlands und der Ukraine als Wahldemokratien. Belarus gehört hingegen nicht in die Gruppe der Demokratien. Im Vergleich zu den beiden Nachbarstaaten verfährt hier in verschiedenen Dimensionen wie etwa der Presse- oder Versammlungsfreiheit der Staat nicht nur tendenziell, sondern eindeutig repressiv. Im zweiten Teil des Textes werden drei Ansätze vorgestellt, die allesamt darauf hinweisen, dass aus theoretischer Sicht eine Entwicklung der drei Staaten zu liberal-demokratischen Regimes eher unwahrscheinlich ist. Erörtert werden dabei die Modernisierungstheorie, der Ansatz der politischen Kulturforschung und ein politökonomischer Ansatz. Im dritten Teil wird versucht, die spezifischen Elemente einer ostslawischen Herrschaftskultur herauszuarbeiten. Dieser Begriff soll dabei darauf hinweisen, dass eine "Kultur" des Herrschens sowohl durch ein historisch bestimmtes Herrschaftsverständnis bei den Eliten als auch durch ein gegebenes institutionelles Umfeld geprägt ist. In der historischen Dimension wird dabei der Frage nachgegangen, inwiefern das Verhalten der Regierenden auf bestimmte 'legacies', auf 'Vermächtnisse' zurückzuführen ist. In der institutionellen Dimension wird auf Elemente des typologischen Modells aus dem ersten Teil des Textes zurückgegriffen, nämlich Wahlen, Medienöffentlichkeit und die Existenz von Verfassungskonflikten. (ICD)

[4-L] Buzogany, Aron:

Die Republik Moldau ein Jahr nach dem Wahlsieg der Kommunisten, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 51/2002, H. 1/3, S. 43-72

INHALT: Der Autor fragt in seinem Beitrag danach, welche Entwicklung der Prozess der demokratischen Konsolidierung in der Republik Moldau nach einem Jahr kommunistischer Regierung genommen hat. Er geht hierzu näher auf die Lage der demokratischen Institutionen, die Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Ethnopolitik sowie der außenpolitischen Dependenz ein. Dabei lassen sich mehrere Entwicklungslinien erkennen: Erstens versuchte die PCRM eine Zentralisierung der Macht durchzusetzen, um ihre politische Stellung zu konsolidieren. Die groben Eingriffe in die Pressefreiheit und die oft mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbarende Behandlung der Opposition sowie die Rezentralisierungsbemühungen auf lokaler Ebene deuten auf eine Stärkung der Exekutive hin, die durch keine nennenswerte institutionalisierte demokratische Kontrolle ausgeglichen wird. Bei der Bekämpfung der ökonomischen Krise kam es zweitens zu keinem überzeugenden Durchbruch; drittens wurde das ohnehin sehr empfindliche ethnopolitische Gleichgewicht durch unvorsichtige Aktionen der PCRM stark belastet und viertens ist es im außenpolitischen Bereich zu einer Annäherung zwischen Moskau und Chisinau gekommen, wobei diese Annäherung für die moldauische Seite eher enttäuschende Ergebnisse zu haben scheint. (ICI2)

[5-L] Eschment, Beate:

Kirgistan unter neuer Führung: Aufbruch in eine bessere Zukunft?, (SWP-Aktuell, 2005/45), Berlin 2005, 8 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1420)

INHALT: "Mitte September 2005 häuften sich beunruhigende Nachrichten aus Kirgistan: Absetzung des Generalstaatsanwaltes, der die verbreitete Korruption mit Nachdruck verfolgt hatte, Ermordung eines Parlamentsabgeordneten, Notsitzung des Parlaments. Dabei war erwartet worden, dass Ruhe einkehren würde, nachdem Kurmanbek Bakiev am 10. Juli von der Bevölkerung mit dem überraschend hohen Ergebnis von 89% der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt und am 14. August 2005 feierlich in sein Amt eingeführt worden war. Deutschland und Westeuropa braucht in der hochproblematischen Region um Kirgistan dringend Verbündete. Und Kirgistan ist der einzige Staat dieser Region, in dem relative politische Liberalität herrscht, während islamistische Fundamentalisten noch keinen entscheidenden Einfluss haben." (Autorenreferat)

[6-L] Fritz, Erich G. (Hrsg.):

Rußland unter Putin: Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?, (Forum internationale Politik, 3), Oberhausen: Athena Verl. 2005, 248 S., ISBN: 3-89896-213-X

INHALT: Ist die Konsolidierung der derzeitigen Machtverhältnisse eine wichtige Voraussetzung für eine Demokratisierung? Oder vollzieht sich in Russland eine neue Transformation von einer unvollkommenen formalen Demokratie in eine Autokratie? Ausgehend von diesen Fragen werden die neuesten Entwicklungen seit den Wahlen zur Duma und dem Beginn der zweiten Amtszeit Präsident Putins analysiert. Zu den Autoren zählen deutsche und russische Parlamentarier und Wissenschaftler, zu den Themen gehören u. a. der Zustand der russischen Demokratie, Moskaus Kaukasuspolitik, der Umgang mit den neuen Reichen, die Stellung der Religionsgemeinschaften sowie das deutsch-russische Verhältnis. Der Band sei als Diskussionsbeitrag zu verstehen, so der Herausgeber. Man wolle damit zur Beteiligung an der Diskussion über die Zukunft Russlands auffordern. In seinem eigenen Beitrag macht er ausdrücklich deutlich, dass er angesichts der Demokratiedefizite und mangelnden Rechtsstaatlichkeit

nichts von politischer Leisetreterei gegenüber Russland hält. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Wladimir Ryschkow: Die Vierte Duma als Ballast für die russische Demokratie (9-26); Margarete Wiest: Stärkung oder Schwächung des Demokratieprinzips? Der Föderationsrat unter Putin (27-44); Claudia Nolte: 'Gelenkte Demokratie'. Weg zum autoritären Staat? (45-54); Friedbert Pflüger: Die Präsidentschaftswahl und ihre Folgen. Russland darf kein Ausnahme-partner sein (55-68); Heinrich Vogel: Die verletzte Großmacht. Voraussetzungen für einen Umgang mit Russland (69-79); Gernot Erler: Beslan und die Folgen. Moskaus Kaukasuspolitik und die russische Transformation (81-94); Jens Siegert: Tschetschenien, der Kampf gegen den Terror und für Menschenrechte (95-109); Erich G. Fritz: Stabilität und Ordnung ohne Freiheit und Demokratie? Chancen und Voraussetzungen einer demokratischen Entwicklung Russlands (111-137); Ruslan Grinberg: Ordnung und wirtschaftlicher Erfolg ohne Entwicklung zur Demokratie? (139-153); Alexander Rahr: Gute und schlechte Oligarchen. Der Umgang Putins mit den neuen Reichen (155-172); Wolfgang Schäuble: Das deutsch-russische Verhältnis (173-181) Andreas-Renatus Hartmann: Die russische Außenpolitik, die neue Nachbarschaftspolitik der EU und die Beziehungen EU-Russland aus Brüsseler Sicht (183-193); Kristina Schmelzer-Schwind: Formlose Gesellschaft? Die Rolle gesellschaftlicher Organisationen in Russland. Eine deutsche Sicht (195-212); Andrei Kortunov: Formlose Gesellschaft? Die Rolle gesellschaftlicher Organisationen in Russland. Eine russische Sicht (213-223); Markus Ingenlath / Konstantin Kostjuk: Religionsgemeinschaften in Russland. Eine deutsche Sicht (225-232); Elena Miroshnikova: Die Stellung der Religionsgemeinschaften in Russland. Eine russische Sicht (233-243). (ZPol, VS)

[7-L] Geiss, Paul Georg:

Wahlen und Politik in Kirgisien: über die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2000, in: Orient : deutsche Zeitschrift für Politik und Wirtschaft des Orients ; Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, Jg. 42/2001, Nr. 2, S. 309-326 (Standort: StBA Wiesbaden(282)-81.6568)

INHALT: Der Beitrag analysiert die Bedeutung der 2000 in Kirgisien abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für die Entwicklung dieser postkommunistischen Gesellschaft. Die Wahlen sollten nicht nur die Fortschritte des Landes auf dem Wege zu einer demokratischen Republik unter Beweis stellen, sondern auch den Modellcharakter und die Signalfunktion für die Transformation anderer autoritärer ehemaliger Sowjetrepubliken zu demokratischen Rechtsstaaten unterstreichen. Auch die Anwesenheit von internationalen Beobachtern diene ebenfalls diesen Ambitionen. Die Ausführungen zeigen jedoch, dass in Kirgisien die innenpolitische Bedeutung von Wahlen sehr begrenzt und hier eher Skepsis angebracht ist. Die bisherigen Wahlen perpetuieren nur den Machtkampf der alten rivalisierenden Eliten. Einzig der Präsident ist in der Lage, kraft halb-autoritärer Befugnisse nachhaltige Reformprozesse einzuleiten. (ICA)

[8-L] Gel'man, Vladimir:

The 1999-2000 national elections and the end of regime transition in Russia, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 11-35, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Nach der Auseinandersetzung mit dem Machtkämpfen zwischen den Eliten in den 1990er Jahren und der Evaluation der Konsequenzen der Präsidentschaft von B. Jelzin analy-

siert der Autor die Situation nach der Machtübernahme durch V. Putin. Er diagnostiziert eine Konsolidierung, die er mit den Bemühungen Putins zur Revitalisierung der Steuerungsfähigkeiten des Staates, mit der Stärkung der Armee und der Sicherheitsdienste, der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und einer nationalbewussten Außenpolitik in Verbindung setzt. (ICG)

[9-L] Gumpfenberg, Marie-Carin v.:

Nation- and state-building in Kazakhstan between ethnic and social conflict, in: Gabriele Rasuly-Palczek, Julia Katsching (Eds.): *Central Asia on display : proceedings of the VII. conference of the European Society for Central Asian Studies*. Vol. 2, Münster: Lit Verl., 2005, S. 77-81, ISBN: 3-8258-8586-0 (Standort: UB d. Europa-Univ. Viadrina(521)-MG84086/R231)

INHALT: Der Beitrag skizziert vor dem Hintergrund der letzten Präsidentschaftswahlen 1999, die nach westlichen Politikstandards nicht demokratisch verlaufen sind, die aktuelle politische Situation in Kasachstan. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Aspekte: (1) das sowjetische Erbe und die gegenwärtigen politischen Herausforderungen des zentralasiatischen Landes im Zuge des politischen und wirtschaftlichen Prozesses, (2) die bislang fehlgeschlagene Demokratisierung sowie (3) der geringe Einfluss der Zivilgesellschaft und die stark ausgeprägte Interessenpolitik in Kasachstan. (ICG)

[10-L] Halbach, Uwe:

Herbst der Patriarchen: Wahlen, dynastischer Herrschaftswechsel und "Rosenrevolution" im Südkaukasus, (SWP-Aktuell, 49), Berlin 2003, 8 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=554)

INHALT: Der Kurzbericht informiert über die innenpolitischen Entwicklungen in Aserbaidshan und Georgien nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen Ende 2003. Dem gemäß gliedert sich der Text in zwei Kapitel: Zunächst beschreibt der Autor den Machtwechsel in Aserbaidshan, wo der langjährige Präsident H. Alijew in der Tradition der dynastischen Herrschaftsnachfolge die Macht auf seinen Sohn übertragen hat. Erleichtert wird die Fortsetzung des patriarchalischen Herrschaftssystems durch schwache politische Oppositionskräfte. Die Präsidentschaftswahlen sind geprägt von Verstößen gegen das Prinzip fairer und freier Wahlen. Aber auch die Opposition (Musavat-Partei) wird von ausländischen Beobachtern kritisch beurteilt. Vor diesem Hintergrund folgt eine Darstellung der politischen Krise nach der umstrittenen Wahl sowie der zurückhaltenden internationalen Reaktionen auf die Berichte über Wahlfälschung. In einem zweiten Abschnitt geht es um die freien und fairen Wahlen in Georgien, die mit der Entmachtung des bisherigen Präsidenten Schewardnadse enden. Die diesbezüglichen Ausführungen gliedern sich in eine Beschreibung (1) der politischen Kräfteverhältnisse, (2) der Wahl als Weg zur Demokratisierung und (3) des unblutigen Machtwechsels, der in Georgien als Rosenrevolution gefeiert wird. In einem Resümee betrachtet der Autor die Entwicklung der Staatlichkeit und Politik im Südkaukasus (Aserbaidshan, Georgien, Armenien) seit 1999. In diesem Zusammenhang wird die zaghafte Kaukasuspolitik des Westens bemängelt, die eindeutige Signale gegenüber sowjetischen Nachfolgestaaten im Kaspischen Raum vermissen lässt. (ICG2)

[11-L] Ismayr, Wolfgang (Hrsg.):

Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: Leske u. Budrich 2004, 966 S., ISBN: 3-8100-4053-3 (Standort: USB Köln(38)-30A8626)

INHALT: "Der vorliegende Band enthält systematische Darstellungen aller politischen Systeme Osteuropas. In dieser Darstellung finden sich neben den Staaten Mittel- und Osteuropas auch die Länder Südosteuropas, die Türkei und die Mittelmeerinsel Zypern vertreten. Die Beiträge sind regional angeordnet und behandeln folgende Themen: Staatsbildung und Systemtransformation; Verfassungsentwicklung und -prinzipien; Staatspräsident, Regierung und Verwaltung; Parlament, Gesetzgebungsprozess; Wahlsystem und Wählerverhalten; Parteiensystem und innerparteiliche Willensbildung; Interessenvermittlung und Verbandswesen; Massenmedien; politische Kultur und Partizipation; Rechtssystem und Verfassungsgerichtsbarkeit; Regional- und Kommunalpolitik; Internationale Beziehungen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich (9-69); Mikko Lagerpetz / Konrad Maier: Das politische System Estlands (71-110); Thomas Schmidt: Das politische System Lettlands (111-151); Joachim Tauber: Das politische System Litauens (153-188); Klaus Ziemer / Claudia-Yvette Matthes: Das politische System Polens (189-246); Karel Vodicka: Das politische System Tschechiens (247-284); Rüdiger Kipke: Das politische System der Slowakei (285-321); Andras Körösenyi, Gabor G. Fodor: Das politische System Ungarns (323-372); Margareta Mommsen: Das politische System Russlands (373-427); Silvia von Steinsdorff: Das politische System Weißrusslands (Belarus) (429-467); Ellen Bos: Das politische System der Ukraine (469-514); Klemens Büscher: Das politische System Moldovas (515-552); Anneli Ute Gabanyi: Das politische System Rumäniens (553-592); Sabine Riedel: Das politische System Bulgariens (593-636); Igor Luksic: Das politische System Sloweniens (637-675); Nenad Zakosek: Das politische System Kroatiens (677-726); Dusan Reljic: Das politische System Jugoslawiens (727-738); Wolf Oschlies: Das politische System Bosnien-Herzegowinas (739-768); Heinz Willemsen: Das politische System Makedoniens (769-804); Michael Schmidt-Neke: Das politische System Albaniens (805-845); Christian Rumpf / Udo Steinbach: Das politische System der Türkei (847-886); Peter A. Zervakis: Das politische System Zyperns (887-942).

[12-CSA] Jarabik, Balazs:

Ukraine's Elections: Post-Orange Blue(s), in: 8p, 2007, Fundacion para las Relaciones Internacionales y el Dialogo Exterior

INHALT: Ukraine's political crisis erupted in April when President Viktor Yuschenko dissolved parliament. Since then political infighting -- between Yuschenko and his rival, Prime Minister Viktor Yanukovich -- has made a mockery of the constitution and eroded the relevance and reputation of the judiciary. It has also demonstrated that the pursuit of power is the number one priority for all sectors of the political elite. There are no 'good guys' left for the people to back, but partisanship can still save the turnout. The elections will mark the end of the post-Orange Revolution era. But have elites been able to draw any lessons from the post-Orange period? Is the new administration likely to be any different to that of former President Leonid Kuchma?

[13-L] Kempe, Iris:

Certainty in Ukraine's uncertainty: the impact of the 2007 parliamentary elections, (CAP Policy Analysis, No. 7), München 2007, 13 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-07.pdf>)

INHALT: "Ukraine's parliamentary elections on 30 September 2007 were supposed to deliver clarity. Either the Party of Regions would complete the comeback it began in the March 2006 elections-signaling closer cooperation with Russia and giving Ukraine's internal political development a particular direction, or the Orange parties led by Yulia Tymoshenko and Viktor Yushenko would gain a stable majority-making integration into Euro-Atlantic structures a national priority. Neither happened. The closely balanced parliament yielded a government of the Orange parties with a razor-thin majority, far from what would be necessary to renovate the constitution, and slender enough to raise doubts about the government's ability to rule for a full term. Ukraine, it seems, is certain to face more uncertainty. Ukraine is the only country with the potential to re-order both the European Union and the 'post-Soviet Space.' A country transformed into a democracy and market economy would mean the EU could welcome a new member the size of France. The shape of new strategic preconditions would also increase pressure on Russia to reform its attitude towards its 'near abroad' and to move in the direction of democratic integration. As far as the West is concerned, Ukraine remains the most important stone in the mosaic of a new Eastern Policy that still requires further development before it can be implemented." (excerpt)

[14-L] Kückholz, Juliane:

Die Rosenrevolution in Georgien: Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch?, (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, H. 49-3), Berlin 2005, 34 S. (Graue Literatur;

URL: http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/downloads/working_papers/AP49-3.pdf)

INHALT: "Im ersten Teil der Arbeit soll die politische Ausgangslage Georgiens vor der Rosenrevolution skizziert werden. Schewardnadse war mehr als eine Dekade lang die zentrale Figur der georgischen Politik. Es wird zu zeigen sein, dass die Ursachen für seinen Sturz in der Politik des Präsidenten selbst zu finden sind. In den Kapiteln drei und vier werden die objektiven Geschehnisse während der Parlamentswahlen im November 2003 und die politischen Ereignisse, die letztendlich zum Machtwechsel in Georgien führten, zusammengefasst. Im darauf folgenden Abschnitt wird der Transformationsprozess Georgiens analysiert. In diesem Zusammenhang sollen die These von Georgien als 'defekte Demokratie' und die Rolle von Zivilgesellschaften in Transformationsprozessen diskutiert werden. Die Vorwürfe, die Rosenrevolution sei ein vom Westen erkaufter Putsch gewesen, führen zu der Frage, welche Rolle internationale Einflüsse auf den Demokratisierungsprozess eines Landes spielen. Am Beispiels Georgien werden die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und der Europäischen Union skizziert. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf der internationalen Wahlbeobachtung liegen, an der die Grenzen und Risiken westlicher Demokratieförderung deutlich werden. Abschließend soll bewertet werden, ob die 'Rosenrevolution' entweder das Resultat der erstarkten Zivilgesellschaft in einem fortschreitenden Demokratisierungsprozess Georgiens, oder ein vom Westen bzw. den USA gelenkter Machtwechsel war." (Textauszug)

[15-CSA] Lankina, T. V.; Gelman, V. Ya.:

Political Diffusions under the Conditions of a Spatially Mixed Regime: Institution-Building and Election of City Mayors in Russia, in: Polis: politicheskie issledovaniya www.politstudies.ru 2007, 6, 86., 2007, ISSN: 0869-1401

INHALT: Why do some newly-established democratic institutions survive while others perish?

The authors of the article turn to the problem of answering this question using the example of election of city mayors in Russia. They address themselves to the puzzle of the survival of the institution of elected city mayors despite the efforts of the national government to abolish it, as well as to that of the spatial/geographic variations in the relevant institutional choices by regional elites. Statistical analysis challenges predominant approaches to democratic institution-building. Instead, it finds diffusion theories to provide more appropriate explanatory frameworks. The analysis reveals two factors as central determinants of variable institutional outcomes: (1) support for the pro-government party and (2) European influences. The variable nature and scope of diffusion -- hierarchical in the case of the pro-government party, and loosely networked in the case of European-influenced actors -- creates pressures for contrasting institutional choices. The findings with regard to the spatially uneven and poly-nuclear nature of institutional influences challenge prevalent approaches to authoritarianism and democratic institution-building.

[16-L] Lauzanne, Claire:

Demokratisierungsprozess in Belarus?, (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, H. 49-2), Berlin 2005, 29 S. (Graue Literatur; URL: http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/downloads/working_papers/AP49-2.pdf)

INHALT: In der Entwicklung demokratischer Staats- und Gesellschaftsstrukturen in Osteuropa kann Belarus als Sonderfall bezeichnet werden. Trotz demokratischer Anfänge hat Belarus seit 1996 eine Demontage der demokratischen Institutionen erlebt. Dieser vermeintliche Demokratisierungsprozess in Belarus bildet den Gegenstand der Untersuchung. Dabei setzt sich die Studie mit folgenden Fragen auseinander: Hat überhaupt ein Demokratisierungsprozess in Belarus stattgefunden? Inwiefern ist der angefangene Demokratisierungsprozess in Belarus gescheitert? Wie lässt sich dieses Scheitern erklären? Wie stark sind die westlichen Einflüsse auf den Demokratisierungsprozess in Belarus? Die Beantwortung berücksichtigt sowohl politische und soziale als auch juristische Aspekte des dortigen Demokratisierungsprozesses. In das Thema einführend wird zunächst die Entstehung eines demokratischen Staates und seiner Eckpfeiler Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfassung beschrieben. Im Anschluss folgt die antidemokratische Entwicklung Belarus', die durch das Lukaschenka-Regime, das Referendum von 1996 sowie die Festigung des autoritären Staates forciert wird. Den Abschluss bildet das Scheitern des Demokratisierungsprozesses, wobei hier die Rolle der Zivilgesellschaft und die wenigen Ergebnisse der Demokratieförderung beleuchtet werden. (ICG2)

[17-L] Lindner, Rainer:

"Präsidentenwahl" in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, (SWP-Studie, S 6), Berlin 2006, 27 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1638)

INHALT: "Belarus ist ein ebenso wichtiger wie problematischer Nachbarstaat der EU. In diesem Land werden derzeit die autoritären Machtstrukturen dramatisch ausgeweitet. Die manipulierte Präsidentschaftswahl und der massive Gewalteinsatz gegen friedliche Demonstranten haben den Charakter der Minsker Herrschaft verdeutlicht. Ausgehend von den Wahlen am 19. März 2006 und dem anschließenden Protest der Opposition, erläutert die Studie die vier zentralen Säulen, auf denen das Machtsystem von Präsident Alexander Lukaschenko beruht: das sowjetische Erbe, die autoritäre Herrschaft, die abhängige Staatswirtschaft und die internationale Abschottung. Darüber hinaus wird die Frage nach Stabilität oder Fragilität der Herrschaft angesichts der abhängigen Wirtschaft, wachsender innerer Widersprüche und internationaler Selbstisolierung Belarus' gestellt. Die maßgebenden europäischen und amerikanischen Akteure haben sich Anfang 2006 auf gemeinsame politische Schritte gegenüber Belarus verständigt. Nachdem Washington und Brüssel in der Vergangenheit in den Beziehungen mit dem EU-Nachbarn Belarus unterschiedliche Strategien verfolgt hatten, hat der Druck des vom Regime überstürzt angesetzten Urnengangs USA und EU zu konzertiertem Handeln veranlasst. Neben einer Politik der ausgestreckten Hand gegenüber dem Staat Belarus und seinen Einwohnern sind die EU und USA entschlossen, die Wahlergebnisse gemeinsam zu bewerten und abgestimmt auf sie zu reagieren." (Autorenreferat)

[18-L] Mangott, Gerhard; Kauer, Lisl (Hrsg.):

Der Fall Russland: Wegmarken eines Machtwechsels, (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 3), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2001, 152 S., ISBN: 3-7890-7605-8 (Standort: THB Aachen(82)-Me7848-3)

INHALT: "Das vorliegende Buch ist ein Konferenzband, der in Einzelskizzen die Hintergründe, Faktoren und Verfahren der Übergabe der präsidentiellen Regierungsgewalt von Boris Jelzin an Vladimir Putin beschreibt. Zunächst werden die Wahlen zur Staatsduma im Dezember 1999 als eine vorentscheidende Arena im Kampf um die präsidentielle Hofübergabe debattiert. Darauf folgt eine Analyse der politischen Rahmenbedingungen der Präsidentenwahlen im März 2000. Im letzten Abschnitt werden die Beziehungen zwischen dem föderalen Zentrum und den Regionen und die russländische Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund des Machtwechsels diskutiert. Die in diesem Buch abgedruckten Beiträge russländischer, deutscher und österreichischer PolitologInnen sind das Ergebnis mehrerer Russland-Konferenzen, die das Dr.-Karl-Renner-Institut in Wien seit 1995 regelmäßig durchführt. Enthalten sind ausgewählte Beiträge der Konferenzen zwischen September 1999 und Mai 2001. Die Bildungsakademie versucht mit der Konferenzserie, den öffentlichen Dialog über russländische Politik zu fördern und ein Gesprächsforum für Expertinnen inner- und außerhalb Russlands anzubieten." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Gerhard Mangott: Die Staatsdumawahl 1999 als Beginn der Machtübergabe (11-32); Heinz Timmermann: Die KP Russlands: Eine systemintegrierte, strukturkonservierende Protestpartei (33-40); Lilia Shevtsova: From Yeltsin's Sunset to Putin's Sunrise: The Evolution of Electoral Monarchy in Russia (41-52); Nikolaj Petrov: The Federation Council and Representation of Regional Interests (53-58); Gerhard Mangott: Russlands Fall. Von der Global- zur Regionalmacht (59-91); Heinz Timmermann: Russlands Strategie für die Europäische Union. Aktuelle Tendenzen, Konzeptionen und Perspektiven (93-120); Heinz Timmermann: Die russische Exklave Kaliningrad im Kontext regionaler Kooperation (121-140); Dmitri Trenin: Russia's China Problem Revisited (141-146).

[19-L] Mangott, Gerhard:

Russia - the emergence of a (mis-)managed democracy, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 49-74, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem Aspekt der Demokratisierung in dem post-kommunistischen Land. Dabei erörtert die Verfasserin die kritische Feststellung, dass der bisherige politische Prozess im Großen und Ganzen das Ergebnis eines schlecht ausgearbeiteten politischen Fahrplanes ist, an dem der nicht-demokratische Bestandteil der politischen Eliten sehr prägend mitwirkt. In einem ersten Schritt werden sodann die verpassten Gelegenheiten bei der Installierung eines demokratischen Systems seit Anfang der 1990er Jahre beschrieben, insbesondere in den Bereichen der Exekutive und Legislative. Der zweite Schritt stellt die Defizite des russischen politischen Regimes dar, die sich aus der neuen Verfassung von 1993 ergeben. Dazu gehören (1) das Mehrparteiensystem und damit einhergehende Wahlen sowie (2) die umfassende politische Macht des Präsidenten. Auf dieser Grundlage befasst sich der dritte Schritt schließlich mit dem politischen Werdegang und der späteren Vormachtstellung des seit 2000 amtierenden Präsidenten V. Putin in der russischen Demokratie. (ICG2)

[20-L] Mangott, Gerhard:

Zur Demokratisierung Russlands: Bd. 1, Russland als defekte Demokratie, (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, 4), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2002, 366 S., ISBN: 3-7890-7973-1

INHALT: Die Studie ist das Ergebnis eines zweijährigen Forschungsprojektes am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Der erste Band untersucht Elemente defekter demokratischer Herrschaft in Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Russischen Föderation im Zeitraum von 2000 bis 2002. Im Zentrum der Arbeit steht der Versuch, die in zahlreichen Publikationen anzutreffende Einordnung der Herrschaftsordnung Russlands seit 1993 als 'defekte Demokratie' auf ihre Gültigkeit zu überprüfen und diese Kategorie in ihrem Inhalt und dem Erklärungswert zu konkretisieren. Zum einen bietet Mangott eine detaillierte Analyse der russischen Verfassungswirklichkeit seit 1993. Zum anderen berücksichtigt er auch die aktuelle Entwicklung nach der Wahl Putins zum Präsidenten. Aus dem Inhaltsverzeichnis: 1. Akteursorientierte Regimewechselforschung - Der Ansatz der Transitions- und Konsolidierungsforschung; 2. Verfassungsgebung; 3. Institutionelle Wahl und demokratische Stabilität; 4. Beschränkungen liberal-rechtsstaatlicher Demokratie in Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit Russlands: 4.1 Die elektorale Dimension: Anmerkungen; 4.2 Der Prozess der Verfassungsgebung; 4.3 Die Verfassung von 1993; 4.4 Kalkulierter Konflikt und begrenzte Kooperation: Die Machtbeschränkung des russländischen Präsidenten in der Herrschaftspraxis; 4.5 The Perils of Presidentialism - Die Anwendbarkeit der Kritik präsidentieller Regierungsformen auf die Russländische Föderation; 4.6 Elemente defekter demokratischer Herrschaft; 4.7 Die Wahlen zur Staatsduma am 19. Dezember 1999; 4.8 Russland unter Vladimir Putin. (ZPol, Leske u. Budrich)

[21-L] Mark, Rudolf A.:

Die Republik Belarus: Lukasenka's Playground?: Innenansichten einer Diktatur, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 38/2006, H. 1/2, S. 21-28
(URL: http://www.gesw.de/ao/ao_12_2006.pdf)

INHALT: Der Autor kommentiert die politische Situation in der weißrussischen Republik Belarus, welche unter den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks eine Ausnahmestellung einnimmt. Sie stellt nämlich nach Milosevics Sturz europaweit die letzte Diktatur und eine "superpräsidentielle Republik" mit absoluter Dominanz des Präsidenten dar. Außenpolitisch ist die ehemalige Sowjetrepublik weitgehend isoliert, vom Europarat ausgeschlossen und nicht nur ökonomisch vom östlichen Nachbarn Russland abhängig. Angesichts fehlender Reformen und einer rückwärts gewandten Staatsphilosophie, die sich in einer nostalgischen Verklärung des sowjetischen Systems und dessen institutioneller Restauration äußert, kann Weißrussland nach Ansicht des Autors als "Antimodell" im Kontext der osteuropäischen Transformationsprozesse bezeichnet werden. Er problematisiert in seinem Aufsatz die diktatorische Willkür, die Repressionen und die Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten unter der politischen Führung von Präsident Lukasenka. Er kommentiert ferner den Ausgang der letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die Situation der Oppositionsparteien im politischen System Weißrusslands. (ICI2)

[22-L] Mark, Rudolf A.:

Kehrt! Auf halbem Weg?: die Ukraine nach der orangenen Revolution, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 38/2006, H. 3/4, S. 13-21
(URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_2006.pdf)

INHALT: Der Autor analysiert die Hintergründe für das Scheitern der "Orangen Revolution" in der Ukraine, welche mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Monate seiner Meinung nach keinen radikalen Wandel der Verhältnisse und tatsächlichen Systemwechsel herbeigeführt hat. Es wurde zwar das von einer Mehrheit der Bevölkerung längst als unerträglich empfundene Regime Kucma durch einen Führungswechsel abgelöst, nicht jedoch die Elitenkonstellation und die sie bestimmende Konkurrenz um Einfluss, Macht und ökonomische Interessen. Endgültig von der Bühne abgetreten sind mit dem ehemaligen Präsidenten Leonid Kravcuk (1991-1994) und seinem Nachfolger Leonid Kucma die Repräsentanten der alten, sowjetischen Macht- und Funktionseliten, deren Positionen von einer auf ihre Chance wartenden neuen Generation eingenommen wurde. Diese rekrutiert sich überwiegend aus ehemaligen Komsomolfunktionären und Vertretern der neuen liberalen Wirtschaftselite. Der als Präsidentschaftskandidat gescheiterte, aber inzwischen als Premierminister amtierende Janukovyc ist in jenen Zirkeln beheimatet und verdankt ihnen seinen politischen Aufstieg, wie der Autor in seinem Beitrag näher zeigt. (ICI2)

[23-CSA] Motyl, Alexander J.:

Three Years After: Theoretical Reflections on Ukraine's Orange Revolution., in: Harvard International Review 29 no 4 16-19, 2008, ISSN: 0739-1854

INHALT: Assesses Ukraine's Orange Revolution three years on, & after outlining four reasons why revolutionary transformations usually fall short, Ukraine's venture is lauded for not go-

ing that route. While the Orange Revolution is seen to have failed as a radical project, its deemed a success in Ukraine's democratic evolution.

[24-L] Pashkouskaya, Yanina:

Die "Geburt" der freien Ukraine?: über innen- und außenpolitische Hintergründe der friedlichen "Revolution in Orange", (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, H. 49-1), Berlin 2005, 26 S. (Graue Literatur;
URL: http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/downloads/working_papers/AP49-1.pdf)

INHALT: "Das Arbeitspapier beschäftigt sich mit der Untersuchung der innen- und außenpolitischen Faktoren und Akteure, welche den friedlichen Wandel in der Ukraine bei den Präsidentschaftswahlen 2004 eingeleitet haben. Mit einem kurzen Abriss der gesellschaftspolitischen Entwicklung der Ukraine in den letzten zehn Jahren wird der Anspruch und die Wirklichkeit anhand von fünf Merkmalen der Demokratie verglichen. Nach der Schilderung des Wahlverlaufs folgt die Analyse von Interessen und Handlungen der wichtigsten Akteure, die abschließend zusammengefasst wird und mit einem Ausblick samt offenen Fragen die Untersuchung vervollständigt." (Textauszug)

[25-L] Polese, Abel:

Can free elections secure democratic consolidation?: an analysis of Ukraine in 2006, in: Totalitarismus und Demokratie : Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Jg. 4/2007, H. 1, S. 119-149

INHALT: "Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die Ergebnisse der ukrainischen Parlamentswahlen von 2006. Sie spiegeln in mancherlei Hinsicht den Stand der demokratischen Entwicklung wider. Dieser Prozess kann jedoch nicht als ausschließliches Ergebnis der Präsidentschaft Juschtschenkos angesehen werden. Er ist vielmehr das Resultat von Entwicklungen, die mit der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine einsetzen. Dies wird anhand des institutionellen, politischen und sozialen Wandels aufgezeigt." (Autorenreferat)

[26-L] Rahr, Alexander:

Putin und Medwedew: wer regiert?: die Form der Doppelherrschaft ist für Russland neu ; doch ob, wie und wie lange das Tandem funktionieren wird, ist völlig offen, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 2, S. 19-25 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/februar/putin-und-medwedew--wer-regiert-.html>)

INHALT: Der Verfasser geht der Frage nach, ob die geplante harmonische Zusammenarbeit zwischen Präsident und Premier nach der Präsidentschaftswahl in Russland erhalten bleibt. Er argumentiert, dass Putin für das Amt des "gelenkten Präsidenten" einen treuen Gefolgsmann braucht. Vor diesem Hintergrund thematisiert er den Lebenslauf des designierten Nachfolgers und analysiert die Erfahrungen, die dieser während seiner politischen Karriere gesammelt hat. Der Autor schildert seine Eindrücke von persönlichen Begegnungen mit Putin und seinen Mitarbeitern aus der Zeit, als Putin stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg war. Vor diesem Hintergrund werden unterschiedliche Entwicklungsszenarien zur Diskussion gestellt. (ICG)

[27-CSA] Rjabчук, Mykola:

Ukraine's Forced Pluralism. Communicating Tubes and Other Laws, in: Osteuropa 2007, 57, 10, Oct, 15-27., 2007, ISSN: 0030-6428

INHALT: In Ukraine, there exists an unstable pluralism. Since 1992, the competing elites have failed either to secure an authoritarian system, or to consolidate democracy. Responsibility for this lies with the dysfunctional institutions, a weak society, & the fragmentation of elites. The last attempt to consolidate democracy, which followed the Orange Revolution, failed because the elites missed their chance to create new structures of power & democratic procedures. But the great service of the 'orange revolutionaries' remains the reestablishment of contact between society & the elites -- in a way not unlike communicating tubes. The results of the early election provide an opportunity to make another run at institutional reforms & rule of law.

[28-CSA] Ross, Cameron:

Municipal Reform in the Russian Federation and Putin's 'Electoral Vertical', in: Demokrati-zatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization 2007, 15, 2, Spring, 191-208., 2007, ISSN: 1074-6846

INHALT: To truly assess democratization in Russia we need to study politics not only at the national and regional levels but also at the subregional level. A detailed examination of the implementation of the Federal Law, 'On the Principles of Local Self-Government in the Russian Federation,' which was adopted in 2005, shows that the political and financial autonomy of Russia's municipalities have been seriously compromised and that local self-government has been turned into nothing more than a third branch of state power. Moreover, an examination of municipal elections conducted from 2004 to 2005 shows that elections in Russia are far from free and fair. The instigation of what may be termed Putin's 'electoral vertical' has thwarted the development of grassroots democracy and United Russia now dominates the municipal political landscape.

[29-L] Rothacher, Albrecht:

Moldawien : Auswanderung statt Demokratie: die Wiederwahl der Kommunisten, in: KAS-Auslands-Informationen, 2005, Nr. 5, S. 32-43 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_6779_1.pdf)

INHALT: "Aus den moldawischen Wahlen vom 6. März Jahres ist der Kommunist Woronin, seinerzeit Innenminister der ehemaligen Moldawischen Sowjetrepublik und heute Gegner Moskaus, als Sieger hervorgegangen. Das von Woronin regierte Moldawien ist längst nicht mehr Kornkammer Russlands, die es unter den Zaren sondern ein nach der Sowjetunion politisch und sozial ruiniertes dessen Existenzpfeiler Subsistenzwirtschaft Korruption, Unterwelt Frauenhandel sind. Schlimmer noch steht es das benachbarte, zu Moldawien gehörende Transnistrien, dessen Hauptwirtschaftskapital das von den Rotarmisten hinterlassene und weltweit illegal verschachtete Waffen- und Munitionsarsenal ist, als Hauptprofiteur Smirnow, der korrupte Präsident Landes, gelten darf. dem natürlichen Bruder Rumänien hat Moldawien wenig gemein: Politischideologisch gegensätzliche Ausrichtungen sowie ausgeprägtes Desin-

teresse der Bevölkerungen Länder am jeweiligen Nachbarn lassen eine bilaterale Annäherung in absehbarer Zeit kaum realistisch erscheinen." (Autorenreferat)

[30-L] Rothacher, Albrecht:

Europas letzter Diktator: wird Lukaschenko das Jahr 2008 überleben?, in: Europäische Rundschau : Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 4, S. 87-99 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor setzt sich kritisch mit den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Weißrussland unter der Führung von Präsident Alexander Lukaschenko auseinander, welcher seit seinem Verfassungsputsch von 1994 als letzter Diktator Europas gilt. Obwohl ein nahes Ende seiner Regierungszeit oftmals prophezeit wurde, ist es Lukaschenko mit Hilfe billiger russischer Öl- und Gasimporte gelungen, seine Staatswirtschaft ohne notwendige Reformen aufrechtzuerhalten, der Bevölkerung ein bescheidenes Auskommen zu bieten und den aufgeblähten Sicherheitsapparat zu finanzieren. Nach dem Zerwürfnis mit Moskau, dessen Primat der Machtpolitiker Lukaschenko nicht anerkennen wollte, belasten nun die von Russland massiv erhöhten Energiepreise die wettbewerbsschwache weißrussische Wirtschaft. Der im Westen als Unperson geltende Diktator benötigt entweder dringend internationale Finanzhilfen oder er müsste seine Wirtschaft privatisieren. Die Bedingungen und Folgen der beiden Auswege bedrohen die Herrschaftsgrundlagen Lukaschenkos, wie der Autor näher zeigt. In Bezug auf die politische Entwicklung analysiert er unter anderem die Präsidentschaftswahlen vom März 2006, den politischen Einfluss der Opposition, den Umgang mit Dissidenten, den Verfassungsputsch sowie die Tendenzen einer Resowjetisierung in Weißrussland. (ICI2)

[31-L] Samoletova, Alla M.:

Different paths of party system consolidation: which factors matter for political justice?, in: Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Eds.): Movements, migrants, marginalisation : challenges of societal and political participation in Eastern Europe and the enlarged EU, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 27-40, ISBN: 978-3-89821-733-0 (Standort: UB Köln(38)-34A 9594)

INHALT: Der Beitrag diskutiert alternative Wege zur Stabilisierung eines Parteiensystems in den postkommunistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, das den demokratischen Anforderungen eines effektiven Parteienwettbewerbs genügt. Die Autorin zeigt, dass das gegenwärtige Russland unter Putin und Weißrussland diesen (westlichen) Standards nicht genügen. Der Mangel an Chancengleichheit für die politische Parteien wird aus den Eigenheiten des Wahlsystems und dem komplizierten Design der politischen Institutionen nach der Wende von 1991 erklärt. Obgleich formal Chancengleichheit garantiert ist, wird in Russland die politische Realität nach wie vor durch eine starke Oligarchisierung - eine Verflechtung von Wirtschaft und Staat - bestimmt. Insgesamt wird die Politik durch wenig transparente Absprachen und Klientelsysteme dominiert, die durch einen hohen Grad an Bestechung und Korruption in weiten Teilen als "mafiös" zu bezeichnen ist. Ein Vergleich zu anderen Transformationsgesellschaften Ost- und Mitteleuropas verdeutlicht die Stellung Russlands als eines "Sonderfalls". (ICA)

[32-L] Schneider, Eberhard:

Die Entwicklung des demokratischen Systems in Russland, in: Guido Thieme, Hartmut Ullrich (Hrsg.): Europäische Perspektiven der Demokratie : historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 283-305, ISBN: 3-631-39755-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/648)

INHALT: Der Beitrag zum Demokratisierungsprozess in Russland umfasst die Betrachtung des politischen Transformationsprozesses auf drei Ebenen: Der erste Abschnitt beschreibt die institutionelle Transformation auf der Makroebene, wobei sich die Ausführungen in folgende Aspekte gliedern: (1) die verfassungsmäßigen Grundwerte des russischen politischen Systems, (2) Wahlen und präsidentiale Demokratie sowie (3) der Weg zum Rechtsstaat. Der zweite Abschnitt widmet sich sodann der Transformation auf der Mesoebene. Dazu gehören (1) die Entwicklung des Parteiensystems, (2) die Entstehung informeller gesellschaftlicher Gruppierungen, (3) die Herausbildung von Protoparteien 1989, (4) die Parteibildung gemäß der Antinomie 'Demokraten-Kommunisten' 1990/91, (5) die Parteienbildung im Dreieck 'Demokraten-Zentristen-Opposition' 1991-1993, (6) die Etablierung der 'Partei der Macht' zwischen 1993 und 1995, (7) die Entstehung neuer politischer Kräfte nach 1995, (8) die Einführung des Parteiengesetzes unter Präsident Putin sowie (9) die Ausformung der Verbände und Gewerkschaften. Der dritte Abschnitt skizziert abschließend mit der Entwicklung einer Zivilgesellschaft die Transformation auf der Mikroebene. Während auf der zentralen Ebene die Transformation formal weitgehend vollzogen wurde, hat sich auf der Mesoebene noch kein einheitliches Parteiensystem entwickelt, das die unterschiedlichen politischen Interessen bündeln und artikulieren und so die Vermittlung zwischen der Gesellschaft und dem Staat übernehmen könnte. Die auf der zentralen Ebene weitgehend vollzogene politische Transformation ruht auf einem unzureichenden Unterbau, was Risiken für den dauerhaften Bestand des Transformationsgebäudes beinhaltet. (ICG2)

[33-L] Schneider-Deters, Winfried:

Die Wiederwahl des Präsidenten Kucma: Rückschritt für die Demokratie oder Fortschritt für die Reformen in der Ukraine?, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 50/2000, H. 5, S. 504-519 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In seiner Antrittsrede versprach der wiedergewählte Präsident Leonid Kucma der ukrainischen Bevölkerung einen 'neuen' Präsidenten. In seiner ersten Amtszeit hatte er den Reformprozeß - nach einem schwungvollen Auftakt - stagnieren lassen. Er beschuldigte das struktur-konservative Parlament der Reformblockade. Gestärkt durch seinen unangefochtenen Wahlsieg schüttelte Präsident Kucma das Image des halbherzigen Reformers ab und dekretierte gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit eine Reform der staatlichen Verwaltung sowie die 'Entkollektivierung' der Landwirtschaft. Mit der Berufung des renommierten Präsidenten der Nationalbank, Viktor Juschenko, in das Amt des Premierministers, der das Parlament mit überwältigender Mehrheit zustimmte, signalisierte Präsident Kucma dem 'Westen' seine Entschlossenheit, die Ukraine auf Reformkurs zu bringen. Einen neuen Anfang hat der 'alte' Präsident Kucma gemacht. Es bleibt zu hoffen, daß die Reformdynamik anhält und die Ukraine nicht - wie Skeptiker befürchten - nach gelungener Restrukturierung der Auslandsverschuldung wieder in Stagnation zurückfällt." (Autorenreferat)

[34-L] Silitski, Vitali:

Sonderfall Lukaschenko, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 8/9, S. 8-15 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/DK0NPH.pdf>)

INHALT: "Bei realistischer Einschätzung verfügt die EU gegenwärtig über keine guten politischen Optionen gegenüber Weißrussland. Doch die Bedingungen für eine Transformation in Weißrussland werden umso günstiger, je stärker die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sind." (Autorenreferat)

[35-CSA] Simon, Gerhard:

The Erosion of Post-Communism. Ukrainian Political Culture in Flux, in: Osteuropa 2007, 57, 10, Oct, 29-42., 2007, ISSN: 0030-6428

INHALT: Ukraine is neither a consolidated democracy, nor an authoritarian system. It remains in a post- Communist transitional stage & is struggling to find its way into the future. The post-Communist characteristics of the country's political culture are highly visible. The progress in overcoming this culture & the moves made in the direction of democracy are unmistakable. The constitution may well be disputed. That hinders the establishment of political institutions, which then end up a plaything for power- seeking interests. But Ukraine is the only country in the Commonwealth of Independent States where free & fair elections take place & freedom of the press reigns. A national consensus that includes an orientation towards the European Union is taking shape.

[36-CSA] Wells, Paul:

Georgia's Moment of Truth., in: Maclean's 120 no 51-52 26-29, 2007, ISSN: 0024-9262

INHALT: Discusses the upcoming elections in the Republic of Georgia, arguing that the spirit of the Rose Revolution is at risk. Background to President Saakashvili's decision to hold these snap elections is provided, & the violent repression of protestors is described. President Saakashvili contentions that Russia was behind the protests & that Russia is Georgia's key threat are addressed.

[37-L] Wheatley, Jonathan:

Elections and democratic governance in the former Soviet Union: the case of Georgia, in: Berliner Osteuropa-Info, 2004, H. 21, S. 75-82
(URL: http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_21/12_forum_wheatley.pdf)

INHALT: Der Beitrag untersucht die politische Kultur in dem post-sowjetischen Land Georgien, insbesondere die politischen Eliten im Rahmen von Wahlen und die Festigung demokratischer Werte. Dabei orientieren sich die Ausführungen an drei Annahmen: (1) Politische Eliten sind sozial nicht eingebettet und politische Wettbewerbe sind Null-Summen-Spiele. (2) In den meisten Ländern der früheren Sowjetunion ist die Zivilgesellschaft unzureichend entwickelt, um eine Rückkehr zum Autoritarismus zu verhindern. (3) Unter den politischen Eliten ist die Verhaltensnorm des Sammelns von diskreditierendem Material zu politischen Rivalen ein Überbleibsel aus der sowjetischen Zeit und liefert den Mitgliedern der politischen Eliten

einen persönlichen Grund, sich vor einer Machtrotation zu fürchten. So werden zunächst die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Einführung des politischen Pluralismus 1990 bis 2004 analysiert. Hier zeigt sich, dass freie und faire Wahlen in Georgien, wenn sie überhaupt stattgefunden haben, nicht mehr als eine rationale Strategie seitens der Eliten zur Erhaltung ihrer politischen Macht sind. Ferner werden wesentliche Elemente der Demokratie wie die politischen Parteien, die Zivilgesellschaft und die Massenmedien beleuchtet, die essentiell für das Funktionieren von Wahlen sind. Der Text schließt mit einer Reihe von Empfehlungen für Organisationen, welche die Förderung der Demokratie in der früheren Sowjetunion zum Ziel haben. (ICG2)

[38-L] Wiest, Margarete:

Georgien - demokratischer Neuanfang unter Michail Saakaschwili?, in: Ellen Bos, Antje Helmerich (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Demokratie : Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa, Münster: Lit Verl., 2006, S. 149-174, ISBN: 3-8258-7118-5 (Standort: UB Bonn(5)-2006-7186)

INHALT: Als Präsident Eduard Schewardnadse am 23. November 2003 nach wochenlangen Protesten gegen die gefälschten Parlamentswahlen von seinem Amt zurücktrat, ging in Georgien eine Ära zu Ende. Mehr als ein Jahrzehnt hatte der einstige georgische KP-Chef und sowjetische Außenminister die Entwicklung in der Kaukasusrepublik geprägt. Zu seinen Verdiensten gehört es, das von Bürgerkrieg und ethnischen Konflikten zerrüttete Georgien vom Ruch eines "failing state" befreit zu haben. Dies ging jedoch mit dem Aufbau eines autoritären Systems Hand in Hand. Mit dem Amtsantritt des neuen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili 2004 werden im In- und Ausland hohe Erwartungen verbunden. Inwieweit der Machtwechsel im obersten Staatsamt tatsächlich die Chance auf eine zweite Demokratisierung eröffnet und welche Rolle der neue Präsident in diesem Prozess spielt, ist Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Dabei wird zunächst auf die so genannte "Rosenrevolution" eingegangen. Sie stützt seine Herrschaft mit einem starken plebiszitären Element aus und schafft Anreize zur Machtausweitung. In einem zweiten Schritt werden mit der Persönlichkeit, Herkunft und den Visionen Saakaschwilis idiosynkratische Faktoren thematisiert. (ICA2)

[39-CSA] Wilkenning, Brandon; Smyth, Regina; Lowry, Anna:

Engineering Victory: Institutional Reform, Informal Institutions, and the Formation of a Hegemonic Party Regime in the Russian Federation, in: Post-Soviet Affairs 2007, 23, 2, Apr-May, 118-137., 2007, ISSN: 1060-586X

INHALT: Political scientists examine Vladimir Putin's efforts to ensure political control within a regime structure that is formally democratic. Methods for managing factional infighting, concentrating political resources in the 'party of power', United Russia, and to limit electoral competition are specified. A Monte Carlo electoral simulation leads to counter-intuitive conclusions about the impact of proportional-representation rules on electoral processes and outcomes. Conclusions are drawn about the effectiveness of efforts to institutionalize an authoritarian regime in which shared power is vested in a hegemonic party.

2 Parteienlandschaft/ Wahlkampf

[40-L] Baumann, Gabriele:

Frau und Politik in Russland: eine Beurteilung vor den Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003, in: KAS-Auslands-Informationen, 2003, Nr. 8, S. 19-31 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_2832_1.pdf)

INHALT: "Unter den politischen Entscheidungsträgern Russlands sind noch immer kaum Frauen auszumachen. Die Autorin erörtert in diesem Beitrag den Umstand, dass sich seit ungefähr einem Jahr nach den deutlichen Erfolgen in der Kommunalpolitik die Tendenz beobachten lässt, dass Frauen auch häufiger in Verbindung mit hohen Regierungsämtern genannt werden bzw. diese auch in Einzelfällen neu besetzen. Mit dem neuen Parteiengesetz kam es zu einem erheblichen Anstieg von Frauen unter den Mitgliedern der politischen Parteien, der sich in den Spitzenämtern bisher allerdings nicht niederschlägt. Die Rahmenbedingungen für Frauen mit der Chance auf stärkeren Einfluss in der russischen Politik haben sich verbessert, in der nächsten Legislaturperiode der Staatsduma wird sich dies dennoch nur geringfügig auswirken." (Autorenreferat)

[41-L] Baumann, Gabriele:

Politik in einer russischen Großstadt: die Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg, in: KAS-Auslands-Informationen, 2003, Nr. 2, S. 80-89 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_1587.pdf)

INHALT: Die Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg am 8. Dezember 2002 haben gezeigt, wie weit die russische Politik trotz gesetzlicher Rahmenbedingungen für politische Parteien und neuem Wahlrecht noch immer von einem westlichen Verständnis von Parlamentarismus und demokratischen Wahlen entfernt ist. Massive Manipulationen im Wahlkampf, fehlende Strategien der politischen Parteien sowie die permanente Konfrontation zwischen den Interessen der Administration von Präsident Putin und seinem Widersacher Wladimir Jakowlew, dem Gouverneur von St. Petersburg, bestimmten den Wahlkampf, hatten Einfluss auf die finanzielle Ausstattung der Kandidaten und die Bildung der Fraktionen in der neuen Versammlung. Der Autor dieses Beitrags deutet viele dieser Tendenzen hinsichtlich des Verlaufs und des Ausgangs der Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003. (JA)

[42-L] Buhbe, Matthes; Makarenko, Boris:

Das Parteiensystem Russlands: Grundlagen und Entwicklungsszenarien, (Politikinformation Osteuropa, Nr. 125), Bonn 2006, 20 S., ISBN: 3-89892-429-7 (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/03509.pdf>)

INHALT: Der Beitrag zur politischen Entwicklung und zum Wandel in Russland seit den 1990er Jahren untersucht das Parteiensystem des Landes und seine politischen Perspektiven. Dazu werden in einem ersten Schritt zunächst die Parteien im Kontext der russischen Politik verortet und folgende Aspekte betrachtet: (1) Entwicklung der Parteiensysteme in den postkommunistischen Staaten, (2) Besonderheiten der Entstehung des russischen Parteiensystems, (3)

Einfluss des Wahlsystems auf die Parteienbildung, (4) die Funktionen der Parteien im russischen Parteiensystem, (5) die staatliche Politik gegenüber den Parteien sowie (6) die russische Gesellschaft und ihre Einstellung zu Parteien. Auf dieser Grundlage werden im zweiten Schritt die wichtigsten politischen Parteien Russlands im Kurzprofil vorgestellt. Dazu gehören: (1) 'Einiges Russland' (Jedinaja Rossija), (2) Liberal-Demokratische Partei Russlands (Liberal'no-demokratitscheskaja partija Rossii; LDPR), (3) Union der rechten Kräfte (Sojuz prawych sil; SPS), (4) Russische Demokratische Partei 'Jabloko' (Rossijskaja demokratitscheskaja partija 'Jabloko'), (5) Volkspartei der Russischen Föderation (Narodnaja partija Rossijskoj Federacii; NPRF), (6) 'Patrioten Russlands' (Patrioty Rossii), (7) 'Heimat' (Rodina), (8) Russische Partei der Rentner (Rossijskaja partija pensionerow; RPP), (9) Kommunistische Partei der Russischen Föderation (Kommunistitscheskaja partija Rossijskoj Federacii; KPRF) und (10) Agrarpartei Russlands (Agrarnaja partija Rossii; APR). Der dritte Schritt widmet sich abschließend unter Zuhilfenahme verschiedener Entwicklungsmodelle den Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems. In diesem Zusammenhang werden auch kurzfristige Perspektiven der Entwicklung der wichtigsten russischen Parteien skizziert. Ein wesentlicher Aspekt der Analyse ist die Einflussnahme durch den Kreml. Aus der vorangegangenen Darstellung fügt sich ein Bild zusammen, wonach die Parteien und das Parlament schwach und durch die umso stärkere Präsidialverwaltung steuerbar erscheinen. Parteien, die kaum von ihren eigenen Aktivisten, sondern in erheblichem Maße von außen gelenkt werden, sind in der Mehrzahl. Entsprechend ist ihr Außenbild profillos und ihr Innenleben - wenn es das überhaupt gibt - vor der Öffentlichkeit verborgen. Zu fragen bleibt, ob die jüngsten Änderungen des Wahl- und Parteienrechts daran etwas ändern werden. Nach Einschätzung der Autoren wahrscheinlich nicht; jedoch werden erst die nächsten landesweiten Parlamentswahlen 2007 dafür den Test liefern. (ICG2)

[43-F] Fischer, Geertje, M.A. (Bearbeitung); Meyer, Gerd, Prof.Dr. (Betreuung):

Wahlen und "Wahlgestaltung" in einer russischen Großstadt (Tscheljabinsk) 1999-2002

INHALT: Übergeordnete Fragestellung: Funktionen/ Funktionieren der Wahlen in Russland; Beschreibung der "Tätigkeit" der an Wahlprozessen auf allen Ebenen (kommunaler, regionaler...) beteiligten Akteure; Frage nach den ihrem Verhalten zu Grunde liegenden Einstellungen; Frage nach dem Einfluss ihres Verhaltens auf den Charakter der Wahlen. **ZEITRAUM:** 1999-2002 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Russland, Tscheljabinsk

METHODE: Fallstudie basierend auf Gesprächen, Wahlkampfmaterialien, Beobachtungen, bereits zur Stadt vorliegenden Arbeiten; Auswertung und Diskussion in Bezug auf Forschungsliteratur

ART: *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Universitätsbund Tübingen Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen e.V.

INSTITUTION: Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. III Vergleichende Systemanalyse und Empirische Politikforschung (Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen)

[44-L] Golosov, Grigorii V.; Shevchenko, Iulia:

Incumbent re-election strategies in дума elections, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 166-187, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Die Autoren beschreiben die interne Struktur der russischen Duma und die Faktoren, die eine individualistische oder parteiorientierte Handlungsstrategie fördern. Danach werden die unabhängigen und die abhängigen Variablen der Analyse abgeleitet und systematisch dargestellt. Anschließend werden die Ergebnisse der statistischen Untersuchung dargestellt. Die Studie basiert auf der Datenbank, die die gesetzgeberischen Aktivitäten der Duma dokumentiert. Darüber hinaus werden Materialien von zwei Moskauer Forschungsinstitutionen in die Analyse verwendet. (ICG)

[45-L] Golosov, Grigorii V.:

Political parties and independent candidates in the duma election, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): *The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data*, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 36-58, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Der Autor beschreibt im Einzelnen die größten Parteien der politischen Landschaft Russlands im Wahljahr 1999. Zu dem rechten Flügel des politischen Spektrums werden vor allem die Union der rechten Kräfte, Jabloko, die Vaterlandspartei, der sog. Zhirinovski-Block sowie weitere kleinere Parteien gerechnet. Sie werden auf ihre Basis und Machtposition hin analysiert. Der linke Pol des politischen Spektrums wird vor allem durch die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und ihre Alliierten besetzt. Es wird eine Konzentration der Kräfte festgestellt, durch die sich die Fragmentierung der Wahlentscheidung, wie sie für die Wahlen 1995 kennzeichnend gewesen ist, reduziert hat. Anschließend werden die Wahlkämpfe in den einzelnen Regionen sowie die Wahlkandidaten und Wahlergebnisse dargestellt und mit Hilfe statistischer Methoden analysiert. (ICG)

[46-L] Haran', Oleksandr:

Die linken Parteien in der Ukraine, (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 27-2000), Köln 2000, 40 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20000106570; Graue Literatur)

INHALT: Gegenstand der Untersuchung sind die Parteien der politischen Linken in der Ukraine seit der Unabhängigkeit des Landes. Im Vordergrund stehen die Entwicklungen der beiden vergangenen Jahre. Die Untersuchung stützt sich auf die ukrainische Presse sowie auf umfangreiches, von den Parteien selbst veröffentlichtes Informationsmaterial. (ICEÜbers)

[47-CSA] Konitzer, Andrew; Wegren, Stephen K:

Prospects for Managed Democracy in Russia, in: *Europe-Asia Studies* 2007, 59, 6, Sept., 1025-1047., 2007, ISSN: 0966-8136

INHALT: The 2003 Duma election resulted in the victory of the party of power, thereby strengthening managed democracy in Russia. Since then, political trends in Russia's regions and rural politics provide considerable evidence of the increasing ability of pro-Kremlin forces to maximise their electoral fortunes in national contests. These political trends make it likely that United Russia will not only emerge as the dominant party in the 2007 Duma election, but will provide the Kremlin and Putin's successor with a compliant lower house. The outcome is that Putin's successor will find the political infrastructure to continue managed democracy.

[48-L] Laboor, Ernst:

Zur Bildung der dritten 'Partei der Macht' in der Russischen Föderation im Herbst 1999, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 44/2002, H. 2, S. 37-58

INHALT: Für den Jelzin-Clan aus Familienmitgliedern, Vertretern der Hochfinanz und der hohen Bürokratie, oft auch als "die Familie" bezeichnet, ging es bei den Wahlen im Herbst 1999 ums Überleben. Boris Jelzin selbst, der gerade einem Impeachment-Verfahren in der Duma mit Mühe und Not entgangen war, wollte sich vor Strafverfolgung durch Immunität auf Lebenszeit gesichert wissen. Dieses Ziel sollte mit einer neuen, einer handlungsfähigen "Partei der Macht" erreicht werden und mit einem neuen geeigneten Präsidenten. Die Wahl fiel auf Wladimir Putin, der jahrelang in den obersten Machtstrukturen für eine Führungsfunktion aufgebaut worden war. Putin gelang es - mit den Machtressourcen der "Kreml-Familie" - aus dem Stand eine neue "Partei der Macht" in Gestalt der Vereinigung "Einheit: Der Bär" zu bilden. Das veränderte die Kräftekonstellation im Parlament grundlegend. Die Programme der Parteien schienen dabei viele Russen gar nicht zu interessieren. Ihnen, die jegliches Vertrauen in die bisher agierenden Parteien verloren hatten, genügte es, Personen vorzufinden, die für Ordnung Stabilität, Sicherheit und moralische Sauberkeit zu stehen schienen. (ICA2)

[49-L] Laboor, Ernst:

Rußlands kommunistische und nationalpatriotische Opposition in der Dumawahl 1999, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 43/2001, H. 2, S. 24-39

INHALT: Die nationalpatriotische Opposition in der Dumawahl 1999 trat in Gestalt der Volkspatriotischen Union Russlands (VPUR) auf, deren Kern die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) bildete. Grundlage der Bündnispolitik der KPRF ist ein "für die deutsche Linke nicht leicht zu verstehender russischer Nationalpatriotismus, tief verankert im Denken und Fühlen des russischen Volkes". Die Plattform der patriotischen Kräfte im Vorfeld der Dumawahl 1999 bildete der Aufruf "Für den Sieg". Angestrebt wurde eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit der Duma-Sitze. Der Wahlkampf wurde von den Ereignissen in Tschetschenien überschattet. Mit dem Verlust der Sperrminorität von einem Drittel der Sitze war der Wahlausgang für die kommunistisch-nationalistische Opposition enttäuschend. Nach der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise steigen jedoch die Chancen der Kommunisten. (ICE)

[50-L] Legutke, Annette:

Die Organisation der Parteien in Russland, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2001, 203 S., ISBN: 3-531-13649-6 (Standort: UB Bonn(5)-2001-6638)

INHALT: "Das Buch beschäftigt sich mit der Organisationsbildung von Parteien im postkommunistischen Russland. Bezugnehmend auf die Forschungsergebnisse der international vergleichenden Parteienorganisationsforschung werden die folgenden Fragen aufgeworfen: 1. Welche Merkmale kennzeichnen die innere Struktur der russischen Parteien? 2. Welche Organisationen sind innerhalb des russischen Kontextes nachweislich effektiver? Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass Parteien, die zentral organisiert sind und einen hohen Oppositionsgrad zu bestehenden Machtstrukturen aufweisen, am effektivsten sind. Die Analyse macht zugleich deutlich, dass die Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Parteien im heutigen Russland begrenzt sind und noch einige institutionelle und strukturelle Weichenstellungen er-

forderlich sind, bevor Parteien zu aktiven Entscheidungsträgern russischer Politik werden." (Autorenreferat)

[51-L] Likhtenchtein, Anna:

Parties of power: the electoral strategies of Russia's elites, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): *The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data*, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 59-75, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Die Autorin beginnt mit einer Definition des Phänomens, analysiert seine Herkunft und seine Merkmale. Es werden ein theoretischer Rahmen zur Erfassung der Strategien der Eliten bei der Gründung von Parteien der Macht und eine institutionelle Erklärung des Verhaltens politischer Akteure skizziert. Ein separater Teil des Beitrags ist spezifischen Merkmalen der Wahlsituation im Jahre 1999 gewidmet. Hierbei handelt es sich um die diversen Elite-Gruppen und ihre Strategien bei der Gründung von Machtparteien. Abschließend werden die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1999-2000 sowie das politische Schicksal der Beteiligten thematisiert. (ICG)

[52-L] Lokshina, Tanya; Thomas, Ray; Mayer, Mary (Hrsg.):

The imposition of a fake political settlement in the Northern Caucasus: the 2003 Chechen presidential election, (Soviet and post-soviet politics and society, 22), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2005, 281 S., ISBN: 3-89821-436-2 (Standort: SB München(12)-2006.5997)

INHALT: "This book explains why Russia's 'War on Terror' shows little sign of success. It provides first-hand accounts of recent developments in Chechnya, and is supplemented with thematic summaries as well as numerous documents. In the manipulated election of October 2003, the favourite of the Kremlin, Akhmad Kadyrov, was made President of the Chechen Republic only to be killed seven months later in a terrorist attack. While a political settlement is urgently needed and Kadyrov's death is to be regretted, evidence shows that the 2003 'presidential election' bore no relation to a genuine political solution. The President was imposed on Chechnya and had little legitimacy among the Chechen people. The book describes how violence in the Northern Caucasus attributed to gangsters, war lords, Wahhabists, al Qaedaists, and to hatred of Russia has been reciprocated by 'law enforcement' agencies with 'cleansing operations', 'disappearances', and targeted assassinations. The reciprocity of violence has maintained the scale of lawlessness, and further diminished the prospects of solution." (author's abstract). Contents: Tanya Lokshina & Sergei Lukashevsky: Why this book was written (25-29); Alexander Cherkasov: The Chechen maze: Looking for a way out (30-36); Alexander Mnatsakanyan: The March 2003 referendum: What difference did it make? (37-49); Five candidates for the presidency: Biybulatov, Bugaev, Buraev, Kadyrov and Khanchukaev: Biybulatov - Interview by Roman Rostov (50-52); Bugaev - Interview by Ruslan Umarov (53-55); Buraev - Tanya Lokshina (56-59); Kadyrov - Interview by Ruslan Umarov (60-64); Kadyrov - Biography (64-66); Khanchukaev - Interview by Ruslan Umarov (67-69); A complaint by Biybulatov about Kadyrov (70-71); A complaint by Buraev about Kadyrov (71-79); Leonid Ruzov: In the end there can be only one: Removing major contenders (80-90); Tanya Lokshina: Malik Saidullaev: A reconnaissance (91-95); Malik Mingayevich Saidullaev - Biography (96-97); Appeal from the HQ of Saidullaev (97-103); The moor did his deed: Intervention by Paizullaev: Paizullaev - Interview by Ruslan Umarov (104-106); Paizullaev's HQ -

by Tanya Lokshina (106-120); Statement by Saidullayev's Head Of Election Campaign (120-121); Tanya Lokshina: The story of Saidullaev's removal (122-133); Alexander Mnatsakanian: From the life of election headquarters: Inside information (134-142); The Chair of the Election Commission before the election: Interview by Ruslan Umarov (143-149); Tanya Lokshina: Eve of the election 5 October 2003 (150-156); Tanya Lokshina: Only good news on TV (157-161); Tanya Lokshina: Election day (162-174); Reports on violations on the election day (175-182); Tanya Lokshina: Did the refugees vote? (183-184); Usam Baisaev: Did the refugees vote? (185-189); Alexander Cherkasov: Book of numbers - book of the lost (190-210); The Chair of the Election Commission after the election - Interview by Roman Rostov (211-221); Tanya Lokshina: Kadyrov at the United Nations (222-230); Tanya Lokshina: Perfect stillness zone (231-263); Alexander Cherkasov: War in the Caucasus and peace in Russia (265-271).

[53-L] Michaleva, Galina:

Forschung und Entwicklung des Parteiensystems in Russland, in: Martina Ritter, Barbara Wattendorf (Hrsg.): Sprünge, Brüche, Brücken : Debatten zur politischen Kultur in Russland aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft, Kulturosoziologie und Politikwissenschaft ; Beiträge einer internationalen und interdisziplinären Tagung, Berlin: Duncker & Humblot, 2002, S. 141-166, ISBN: 3-428-10918-X (Standort: UB Essen(465)-07ZZZF23618)

INHALT: "Galina Michaleva (Luchterhandt) geht in ihrem Aufsatz von der These aus, dass die Phasen der Transformation und die Schritte im Prozess der Parteienbildung in Russland miteinander korrespondieren: Wesentliche Ereignisse in der politischen Sphäre haben die Formierung und die programmatische Orientierung von Parteien geprägt, wie auch die Parteien selbst zunehmend den politischen Prozess der Transformation gestalten. Detailreich zeigt sie in ihrer Untersuchung, welche Parteien bisher entstanden sind, welche politischen Ziele sie verfolgen, welche gesellschaftlichen Interessen sie vertreten und in welchem Verhältnis sie zur Macht stehen bzw. welche Gestalt sie der Macht in Russland geben." (Autorenreferat)

[54-L] Minkenberg, Michael:

Die radikale Rechte in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas: Konzept, Konturen und Kontext, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 33/2002, H. 2, S. 305-323 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Bei der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa nach 1989 handelt es sich weder um die Rückkehr einer prä-demokratischen und prä-kommunistischen Vergangenheit noch um die Entsprechung zur heutigen radikalen Rechten Westeuropas. Die dominanten Kräfte der radikalen Rechten in den Transformationsländern unterscheiden sich ideologisch und strukturell von den meisten Varianten im Westen: ideologisch, weil sie extremer und offener anti-demokratisch sind; strukturell, weil sie besser als Phänomen einer sozialen Bewegung denn als dasjenige einer Partei umschrieben werden können. Neben der je landesspezifischen Geschichte und den ebenfalls spezifischen Gelegenheitsstrukturen bietet die wirtschaftlich-politische Regimetransformation als vielschichtiger Modernisierungsprozess den Rahmen für die Analyse der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa. Der aus der Transformation resultierende Stress sowie besonders die in einer Reihe von Ländern noch nicht vollendeten Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozesse der neuen Regime bieten der radikalen Rechten Osteuropas auf der einen Seite Mobilisierungschancen, die in westeuropäischen De-

mokratien nicht existieren. Auf der anderen Seite sind die Chancen zur Umwandlung der vielfältigen Bewegungen und Gruppen in stabile politische Parteien und entsprechende Wahlerfolge begrenzt." (Autorenreferat)

[55-L] Oprach, Marc:

Dimitri Medwedjew: Präsident auf Abruf oder ebenbürtiger Nachfolger Putins?, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 2, S. 6-30 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13283-544-1-30.pdf)

INHALT: "Anfang März 2008 wählen die Russen ihren neuen Präsidenten. Dass der Sieger der von allen Kreml freundlichen Parteien favorisierte Dimitri Medwedjew sein wird, steht außer Zweifel, wenngleich dieser nicht den Silowiki angehört, jener Gruppe früherer Militärs und Geheimdienstler, deren Macht unter Wladimir Putin enorm gewachsen ist und deren Beziehungsgeflecht von Eberhard Schneider als 'FSB-Netzwerk' bezeichnet wird. Doch auch ohne diesen Hintergrund ist Medwedjew, der sich gegen Sergej Iwanow und Viktor Subkow durchsetzte, Putins Mann, steht er diesem doch erwiesenermaßen loyal gegenüber. Doch welche Ziele hat der noch amtierende Präsident? Baut Putin bewusst einen schwachen Nachfolger auf, um die eigene Rückkehr an die Macht vorzubereiten? Wie ist seine Äußerung zu deuten, selbst Premier werden zu wollen? Will er sich vielleicht auf Dauer die Position eines 'nationalen Führers' der Russen sichern? Wie das Duo Putin-Medwedjew funktionieren wird, ist offen. Dass der vor allem in Wirtschaftsfragen kompetente Medwedjew eigenes Profil zu zeigen vermag, ist anzunehmen. Man darf somit gespannt sein, welche Werte der einst mit dem Namen des neuen Kreml-Führers verbunden werden." (Autorenreferat)

[56-L] Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Die russischen Wahlen 2007/2008: T. 1, Parlamentswahlen 2007, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 90), Bremen 2007, 95 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP90.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Die russischen Parteien vor den Wahlen - Petra Stykow: Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems (7-10); Petra Stykow: Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können (11); Andrew Wilson: Hat Russland noch eine Opposition? (12-14); Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition (15-19); Galina Michaleva: Worauf "Jabloko" hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen (20-24). Das Wahlrecht - Angelika Nußberger, Dmitry Marenkov: Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007 (25-32). Russische Politik im Vorfeld der Wahlen - Hans-Henning Schröder: Auftakt zum Präsidentenwechsel? Überlegungen zur Regierungsumbildung in Russland (33-36); Hans-Henning Schröder: Die Nachfolge - 1. Akt, 2. Szene (37-38); Vladimir Gelman: Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl (39-41); Ergebnisse der letzten Regionalwahlen (42-45); Liste "gekränkter Gouverneure" (46-48). Der Wahlkampf - Cornelia Rabitz: Gelenkte Demokratie - gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf (49-52); Die Qualität der Fernsehberichterstattung in den Augen der russischen Bevölkerung (53); Informationsquellen der russischen Bevölkerung (54-58); Umfragen zu den kommenden Wahlen (59-63); Jens Siegert: Dumawahlkampf 2007 (64-67); Jens Siegert: Nachfolgeproblem und Dumawahl (68-69); Das ODIHR sieht sich nicht in der Lage, die russischen Dumawahlen zu beobachten - Presse-

stimmen zur Absage der Wahlbeobachtung durch das ODIHR (70-71); Petra Stykow: Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember (72-75); Andreas Umland: Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfreden vom November 2007 als Gezeitenwechsel der postsowjetischen Politik (76-80). Das Wahlergebnis - Hans-Henning Schröder: Genügend Legitimation für einen "Schattenpräsidenten"? (81-83); Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen (84-95).

[57-L] Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Die russischen Parlamentswahlen 2003, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 52), Bremen 2003, 72 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP52.pdf>)

INHALT: "Russland ist ein wichtiger Partner deutscher und europäischer Politik. Die Parlamentswahlen im Dezember 2003 und die Präsidentenwahlen im März 2004 entscheiden, wer in den nächsten vier Jahren russische Politik bestimmen wird. Dabei ist nicht nur interessant, ob Russland den Weg weiterverfolgt, den es unter Putin eingeschlagen hat, und der innere Stabilisierung mit einer rationalen Außenpolitik verbindet. Es stellt sich auch die Frage, ob in den nächsten vier Jahren der Ausbau von Marktwirtschaft, die Demokratisierung des Systems und die Entfaltung der Zivilgesellschaft vorankommen. Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Hintergrundanalysen heraus. Diese "Russlandanalysen" sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik und Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind deutsche und russische Fachwissenschaftler. Die Russlandanalysen wenden sich an alle, die an den Ereignissen in Russland und an russischer Politik interessiert sind. Die Russlandanalysen der Monate Oktober bis Dezember 2003 waren den Wahlen zum russischen Parlament gewidmet. Sie werden - mit einigen kleinen redaktionellen Korrekturen - im vorliegenden Arbeitspapier nachgedruckt. Die drei Beiträge des ersten Abschnitts analysieren den politischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Kontext, in dem die Wahlen standen. Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten politischen Parteien und ihre Rolle im Parlament beschrieben. Außerdem wird das Wahlrecht einer kritischen Würdigung unterzogen. Der dritte Abschnitt ist dann dem eigentlichen Wahlkampf gewidmet. Nach einem allgemeinen Überblick werden mit der Rolle der Medien und der Jukos-Affäre zwei zentrale Themen ausführlicher erfasst. Im abschließenden vierten Abschnitt wird dann das Wahlergebnis kommentiert." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Lilija F. Schewzowa: Die russische Staatsmacht vor den Wahlen (8-11); Sabine Fischer: Russische Außenpolitik: neue Akzente, bleibende Ambivalenzen (12-17); Heiko Pleines: Russlands Wirtschaft im Aufwind (18-23); Silvia von Steinsdorff: Die russische Staatsduma (24-27); Angelika Nußberger: Die Grundlagen des russischen Wahlrechts (28-32); Martina Glass: Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien (33-41); Jens Siegert: Wahlkampf zur Russischen Staatsduma (42-47); Sabine Gladkov: Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür (48-54); Hans-Henning Schröder: Die Jukos-Affäre (55-63); Hans-Henning Schröder: Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma (64-72).

[58-L] Pleines, Heiko (Hrsg.):

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 86), Bremen 2007, 65 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP86.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Heiko Pleines: Der politische Machtkampf in der Ukraine (März 2007); Heiko Pleines: Der Konflikt um die Parlamentsauflösung (April 2007); Ingmar Bredies: "Staatszerfall" in der Ukraine? Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen Krise; Iris Kempe: Noch kein Licht am Ende des Tunnels. Ist die Transformation in der Ukraine gescheitert?; Rainer Lindner: Krise der Außenpolitik und Vermittlungsbedarf für die EU; Gerhard Mangott: Oranges Pharisäertum; Alexander Rahr: Zurück zur Präsidialrepublik?; Dieter Segert: Rechtsnihilismus und Entfremdung der politischen Klasse von der Gesellschaft als Quelle politischer Turbulenzen; Gerhard Simon: Kampf um die Macht oder die Demokratie in der Ukraine?; Meinungsumfragen zu Wahlen und politischer Stimmung; Nico Lange: Krisenbewältigung auf ukrainisch: Einigung ohne Kompromiss? (Mai 2007); Heiko Pleines: Die Einigung auf Neuwahlen im September (Juni 2007); Heiko Pleines: Das ukrainische Verfassungsgericht; Der Wahlkampf im Sommer 2007. Die politische Stimmung zum Beginn des Wahlkampfs; Yuliya Yurchuk: Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren; Die Wahlprogramme der drei großen Parteien; Halyna Kokhan: Wahlprognosen; Das Wahlergebnis im politischen Kontext. Das Wahlergebnis; Heiko Pleines: Ein Sieg für die Demokratie - hoffentlich mal wieder (Oktober 2007); Stefanie Harter: Verdienen ukrainische Eliten ein solches Wahlvolk?; Rainer Lindner: Zentrale Trends der politischen Entwicklung; Dieter Segert: Stabiles Parteiensystem, stabile Demokratie?; Gerhard Simon: Die Demokratie siegt - die Unsicherheit über die Zukunft bleibt; Andreas Umland: Im Zickzack gen Europa: zur Rolle der jüngsten Wahlen in der Nationalstaatsbildung und Demokratisierung der Ukraine.

[59-CSA] Pshizova, S. N.:

Politics As a Business: Russian Version [II], in: Polis: politicheskije issledovaniya www.politstudies.ru 2007, 3, 65-77., 2007, ISSN: 0869-1401

INHALT: In the second part of the article (for its first part see Polis, 2007, No. 1), particular features & prerequisites of the formation of extra-electoral political market are considered. As opposed to the space of the functioning of public representative institutions, which was for the most part of the 20th century taken up by ideological & social identifications, the system of functional representation related to the activities of pressure groups was, from the very outset, based on principles of pragmatic exchange & market competition. The conformity of these principles with the idea of pluralistic democracy is very questionable. But today, in the author's opinion, against the background of the widespread expansion of functional representation, rapprochement of the principles of functioning of electoral & extra-electoral spaces is to be observed, which creates conditions for the formation of an integral market-oriented political sphere. Marketization of politics stimulates professionalization of political activities & promotes change of functions of traditional democratic institutions, simultaneously encouraging the cultivation of business strategies by all the main actors. In Russian (radical) version, it means that the matter of real distribution of societal resources is transferred into the sphere of functional representation, whereas the electoral process acquires features of a political performance thoroughly staged by professionals.

[60-CSA] Reisinger, William M; Moraski, Bryon J:

Eroding Democracy: Federal Intervention in Russia's Gubernatorial Elections, in: Democratization 2007, 14, 4, Aug., 603-621., 2007, ISSN: 1351-0347

INHALT: Under some conditions, electoral politics may undermine democratization, even when the elections themselves adequately meet the usual standards. To illustrate this point, the article examines the dynamics of gubernatorial elections held in the 89 regions that comprise the Russian Federation during the first term of President Vladimir Putin. The analysis considers whether pressure from the federal executive and strategic changes in election timing influenced the results of these elections. The study contends that Putin's experience with gubernatorial elections led him to question their value and, ultimately, to eliminate them. Meanwhile, several of Russia's governors sent clear signals that they did not value free and fair elections. Since governors presiding over Russia's poorest regions were also the ones most likely to be insulated from public accountability, voters saw little value in defending the institution of gubernatorial elections. This helps explain the lack of public outcry following Putin's decision.

[61-L] Schneider, Eberhard:

Russischer Zweikampf: das Ringen um die Putin-Nachfolge, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 4, S. 478-484 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Frage der Nachfolge des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist bereits heute - ein Jahr vor dem Wahltermin im März 2008 - von großer politischer Bedeutung, da das gesamte politische System Russlands auf den Präsidenten ausgerichtet ist. Die anstehende Wahl hat eine unmittelbare Auswirkung auf die Innen- und Außenpolitik, die nur noch vor dem Hintergrund des Problems der Putin-Nachfolge zu verstehen ist. Zu Beginn seiner Amtszeit im März 2000 musste Wladimir Putin noch verschiedene Machtgruppen auszubalancieren, die alle für seine Nachfolge im weiteren Sinne relevant erschienen, da sie maßgeblich zu seiner Karriere beigetragen hatten. Inzwischen hat Putin drei Gruppen politisch "ausgeschaltet": die "Jelzin-Familie" (durch die Neuernennung der Machtminister und den Rücktritt bzw. die Entlassung ihrer letzten Spitzenvertreter), die Oligarchen (durch die Exilierung von Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij sowie die Inhaftierung von Michail Chodorkowskij) und die regionalen Führer (durch ihre engere Anbindung an Moskau). Gegenwärtig sind nur noch zwei Machtgruppen übrig geblieben: erstens die sich vor allem aus den Geheimdiensten rekrutierenden "Silowiki" und zweitens die "Reformer", die sich inzwischen jedoch immer mehr zu Zentristen gewandelt haben. Zwischen diesen spielt sich der Machtkampf um die Putin-Nachfolge ab, wie im vorliegenden Beitrag näher gezeigt wird. (ICI2)

[62-CSA] Scholl, Stefan:

Whiskey Instead of Vodka, in: Internationale Politik 2007, 62, 10, Oct, 104-110., 2007, ISSN: 1430-175X

INHALT: The result of the Duma & Presidential elections on 2 December & 2 March is already considered to be clear: it will, according to the general expectation of the Russians, be decided by President Vladimir Putin. 40 percent of the Russian voters agree with this as the opposition projects such a miserable image.

[63-L] Schröder, Hans-Henning:

Von Putin zu Putin?: Inszenierung eines Präsidentenwechsels, (SWP-Aktuell, 54), Berlin 2007, 8 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4422)

INHALT: Nachdem Russlands Präsident Putin im September 2007 einen neuen Ministerpräsidenten eingesetzt und im Oktober angekündigt hatte, er selbst werde bei den Dumawahlen am 2. Dezember 2007 auf Platz 1 der Liste "Einiges Russland" kandidieren, mehrten sich im politischen Moskau die Spekulationen über die damit verfolgten Ziele. Die Mehrzahl der Beobachter geht davon aus, dass dies die ersten Schritte eines kontrollierten Präsidentenwechsels sind, das heißt eines Wechsels, der die Macht beim bisherigen Amtsinhaber und somit alles beim Alten belässt. Dennoch ist die politische Klasse Russlands gegenwärtig von einer erhöhten Nervosität erfasst. Obwohl Putin deutlich machte, dass er im politischen Prozess weiter eine zentrale Rolle spielen will, stellt sich die Frage, ob es zu einer Umverteilung der Kräfte in den Machtzentren kommt. Die politische Balance zwischen den Elitegruppen, die bisher Stabilität garantierte, scheint in Gefahr, wie der Autor in seinem Beitrag näher ausführt. (ICI2)

[64-L] Schwabecker, Heinrich:

Etablierung des Zweiparteiensystems in Russland, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 2, S. 55-63 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_10435_1.pdf)

INHALT: "In den vergangenen Monaten hat das russische Parteiensystem - nicht ohne die nachhaltige Einwirkung von Präsident Putin - eine neue Form bekommen. Unter dem Namen 'Vaterland, Rentner, Leben - Union des Vertrauens' hat sich durch die Fusion der drei Parteien Rodina, Partei des Lebens und Partei der Rentner eine neue sozialdemokratisch orientierte politische Kraft etabliert, die der Macht loyal gegenübersteht. Das Ziel der neuen Partei und des offenbar hinter ihr stehenden Kreml scheint klar: Laut Lebenspartei-Chef Mironow soll die Neugründung bereit sein, eigene Lösungen für die vom Präsidenten gestellten Aufgaben auszuarbeiten, und es als ihre Pflicht ansehen, den von Putin verfolgten Kurs unhinterfragt zu stützen. Tatsache ist wohl, dass die Moskauer Machthaber planen, im Vorfeld von Parlamentswahlen 2007 und Präsidentschaftswahlen 2008 die Stellung der kommunistischen Duma-Opposition zu schwächen sowie Macht und Ressourcen der derzeitigen Eliten über das Jahr 2008 hinaus zu sichern. Tatsache ist aber auch, dass mit dem Aufbau der neuen Partei, die gemeinsam mit der Partei Einiges Russland der heutigen Kreml-Führung bei den anstehenden Wahlen wohl eine komfortable Mehrheit bescheren dürfte, das wahre Demokratieverständnis dieser Führung offenbar geworden ist." (Autorenreferat)

[65-L] Schwabecker, Heinrich:

Präsidentschaftswahlen 2008 in Russland, (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 18), Sankt Augustin 2005, 5 S. (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/analysen_und_argumente/7_dokument_dok_pdf_6552_1.pdf)

INHALT: "Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 in Russland kann Präsident Putin gemäß der russischen Verfassung nicht mehr antreten. Die Debatte um einen Nachfolger begann im Februar 2005 unerwartet früh. Drei Jahre vor dem Wahltermin haben innerhalb von zwei Tagen

gleich drei Politiker ihre Kandidatur erklärt. Derzeit entwickelt sich in Russland eine intensive Debatte über die Zukunft Putins, in der auch die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und damit einer erneuten Präsidentschaft Putins eine Rolle spielt. Die vorliegende Arbeit gibt eine Übersicht über die möglichen Szenarien für die Präsidentschaftswahlen 2008 und über mögliche Entwicklungen nach dem Wahltermin. Wer sind die aktuellen Kandidaten? Besteht die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und welche Rolle wird Putin nach 2008 spielen?" (Autorenreferat)

[66-L] Shcherbak, Andrey:

Coalition politics of political parties in Russia, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 89-107, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Der Autor bezieht sich auf westliche Theorien, die Parteikoalitionen als Gegenstand haben, und stellt fest, dass die meisten von ihnen zur Erklärung des Verhaltens von Parteien in etablierten Mehrparteiendemokratien entstanden sind. Aus diesem Grund analysiert er die Grundannahmen solcher Theorien und thematisiert ihre Modifizierungen hinsichtlich der Eigenart der politischen Situation in Russland. In einem zweiten Teil werden empirisch 12 russische politische Parteikoalitionen im Zeitraum zwischen 1993 und 2001 untersucht. Abschließend werden die Perspektiven der Koalitionsbildung und der Parteiensystems in Russland aus der Sicht der gewonnenen Ergebnisse diskutiert. (ICG)

[67-L] Taylor, Charles Lewis:

Political parties and elections in the new democracies, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West : Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess ; Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdt. Verl., 2002, S. 213-226, ISBN: 3-531-13641-0

INHALT: Der Beitrag untersucht den Prozess der Bildung politischer Parteien bzw. eines Parteiensystems in den postkommunistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas. Als entscheidend für die Formierung einer neuen demokratischen politischen Kultur erweist sich die jeweilige nationale Vorgeschichte des Bruchs mit dem kommunistischen Regime. So kam es in Ungarn zu einem "negotiated change" zwischen dem alten Regime und den Dissidenten, der zu einem relativ stabilen politischen System mit einer geringen Anzahl von Parteien führte. Die "silent revolution" in der CSSR wurde bei der Entmachtung der alten politischen Elite durch einen breiten Konsens getragen. Das politische System Kroatiens leidet nach wie vor unter den "Altlasten" der politisch zersplitterten Bundesrepublik Jugoslawien, während in Bulgarien und Russland die Legitimität der neuen politischen Ordnung durch die Altkommunisten ständig in Frage gestellt ist. Als entscheidend für die politische Stabilität der fünf Länder betrachtet der Autor insgesamt den jeweiligen Grad der Wähler-Partei-Bindung. (ICA)

[68-CSA] Thames, Frank C:

Searching for the Electoral Connection: Parliamentary Party Switching In the Ukrainian Rada, 1998-2002, in: Legislative Studies Quarterly 2007, 32, 2, May, 223-256., 2007, ISSN: 0362-9805

INHALT: Studies of legislative behavior almost universally begin with the assumption that legislators desire reelection. For scholars who study the Ukrainian Verkhovna Rada, this assumption is perhaps tenuous, given the weaknesses of political parties and the significant party switching. Yet an analysis of party switching between 1998 and 2002 using a new method that controls for selection bias demonstrates that, although turnover among parties was high, this turnover followed an electoral logic: deputies changed parties, in part, to secure reelection. Thus, the electoral connection, assumed in so much of the legislative behavior literature, existed even in the chaotic Rada.

[69-L] Thieme, Tom:

Länderporträt: Russland, in: Uwe Backes, Jesse Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie : 18. Jg. 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 220-237, ISBN: 978-3-8329-2431-7

INHALT: Der Verfasser präsentiert einerseits einen allgemeinen Überblick zur Struktur, Ideologie und Programmatik der extremistischen Parteien und Gruppierungen in Russland. Andererseits werden Eigenheiten herausgearbeitet, welche auf einen eigenen Typus von Extremismus in Russland hinweisen. Ergeben sich aus den Folgen der über 70 Jahre währenden kommunistischen Herrschaft und der transformationsbedingten Ursachen für Extremismus in Osteuropa besondere Formen von Extremismus? Wie sind diese in das rechts-links-vergleichende Extremismuskonzept zu integrieren? Inwieweit lassen sich daraus und aus den Rahmenbedingungen des defekt-demokratischen politischen Systems Schlüsse zur Stärke und Schwäche des Extremismus in Russland ziehen? Welche Folgen ergeben sich aus dem Verhältnis von Extremismus und defekter Demokratie für die russische Zivilgesellschaft und die politische Kultur im Lande? Wie lässt sich die weitere Entwicklung des Extremismus in Russland einschätzen, und welche Gefahren sind damit künftig für die russische Demokratie zu erwarten? Eingangs wird ein Überblick zu den drei momentan in der Duma vertretenen extremistischen Parteien KPRF, LDPR und Rodina dargestellt. Dabei werden zum einen allgemeine Angaben zur Geschichte, Größe, Struktur und zu den Wahlergebnissen der Parteien präsentiert. Zum anderen werden die Parteien im antidemokratischen Spektrum zwischen Rechts- und Linksextremismus eingeordnet. Anschließend setzt sich der Autor mit dem außerparlamentarischen Extremismus in Russland auseinander. Im Mittelpunkt steht neben den beiden nicht in der Duma vertretenen extremistischen Parteien NBP und RNE die Person des einflussreichen Moskauer Politikberaters und bekanntesten Antidemokraten Alexandr Dugin. Abschließend werden die empirischen Erkenntnisse auf Folgen und Auswirkungen für die russische Gesellschaft hin überprüft. (ICG2)

[70-L] Toka, Gabor:

Issue voting and party systems in Central and Eastern Europe, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weißels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West : Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess ; Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdt. Verl., 2002, S. 169-185, ISBN: 3-531-13641-0

INHALT: An Hand der Daten einer Sekundäranalyse von osteuropäischen und insbesondere ungarischen Wahlergebnisse bestätigt der Autor - in Anlehnung an die Forschungen von Hans-Dieter Klingemann - die These, dass die politischen Parteien ihre programmatischen Differenzen in Wahlkampfzeiten stärker betonen und herausarbeiten und sie nicht - wie häufig un-

terstellt - die Gegensätze im "Kampf um die Mitte" nivellieren. Die These und der empirische Befund haben zur Voraussetzung, dass die (osteuropäischen) Bürger auch die Fähigkeit und kognitive Kompetenz besitzen, die Unterschiede zwischen den Parteien überhaupt wahrzunehmen und sie in entsprechendes politisches Verhalten umzusetzen. Insgesamt zeigt er Autor, dass die ideologischen Polarisierungen und Personalisierungen von Standpunkten durch die Parteien eine wichtige Funktion im politischen Prozess der Willensbildung erfüllen. Auch die extremen Parteien sind demokratietheoretisch ein wichtiger Bestandteil der demokratischen politischen Kultur, da sie zur Klärung der politischen Standpunkte und Sachfragen beitragen und zusätzliche Optionen bieten. (ICA)

[71-CSA] Wells, Paul:

Georgia's Moment of Truth., in: Maclean's 120 no 51-52 26-29, 2007, ISSN: 0024-9262

INHALT: Discusses the upcoming elections in the Republic of Georgia, arguing that the spirit of the Rose Revolution is at risk. Background to President Saakashvili's decision to hold these snap elections is provided, & the violent repression of protestors is described. President Saakashvili contentions that Russia was behind the protests & that Russia is Georgia's key threat are addressed.

[72-CSA] White, David:

Victims of a Managed Democracy? Explaining the Electoral Decline of the Yabloko Party, in: Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization 2007, 15, 2, Spring, 209-229., 2007, ISSN: 1074-6846

INHALT: Although the declining fortunes of Russia's social-liberal party, Yabloko, can partially be explained by its own failings in key areas, ultimately the marginalization of programmatic opposition, the problems of media access, and the huge imbalance in resources available to political parties (all features of 'managed democracy') have played the determining factor in the party's electoral decline.

3 Wahlrecht/ Wahlsysteme

[73-L] Buhbe, Matthes; Makarenko, Boris I.:

Das Mehrparteiensystem im neuen Russland, in: Matthes Buhbe, Gabriele Gorzka (Hrsg.): Russland heute : Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 273-291, ISBN: 978-3-531-15269-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007599)

INHALT: In Russland sichern das neue Parteiengesetz, das veränderte Wahlgesetz und die föderale Leitung der Wahlkommission mit ihren regionalen Gliederungen die Legalität von Parteilisten, Kandidaten und Wahlvorgängen ab. Die Wahlgesetze verlangen, dass mindestens die Hälfte aller Sitze in der Duma (Landesparlament) des jeweiligen Föderationssubjektes und alle Sitze in der Staatsduma (Bundesparlament) durch Parteilistenplätze vergeben werden. Warum schwächeln dennoch die Parteien und warum gilt das Mehrparteiensystem Russlands als deformiert? Aus welchen Gründen wird die Demokratie im neuen Russland als "gelenkte"

Demokratie, "Fassaden"-Demokratie oder "simulierte" Demokratie bezeichnet? Welche Entwicklung wird das Parteiensystem in den kommenden Jahren nehmen, das aufgrund der fehlenden Gewaltenteilung vom Monozentrismus und von der vom Kreml betriebenen Zentralisierung der Macht bestimmt wird? Die Autoren geben zur Beantwortung dieser Fragen einen Überblick über die Parteiensysteme in den postkommunistischen Staaten, über die Besonderheit pro-präsidentieller Parteien und über die Parteien- und Wahlgesetzgebung. Sie stellen außerdem Kurzprofile der wichtigsten Parteien in der Russischen Föderation vor und diskutieren die Zukunftsperspektiven des Parteiensystems. (ICI2)

[74-L] Gilka-Bötzow, Agnes; Kropp, Sabine:

Institutionenentwicklung in Russland und der Ukraine: vertikale Machtverteilung als Triebfeder, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 4, S. 778-794 (Standort: USB Köln (38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autorinnen analysieren die Bedeutung des Zentrums und der Regionen in der politischen Dynamik in Russland und in der Ukraine und schildern die Wahlgeographie der Präsidentschaftswahlen in den beiden Ländern sowie die Rolle regionaler Faktoren der Systementwicklung. Anschließend werden die Umgestaltung der Wahlsysteme von der Mehrheits- zur Verhältniswahl und das Spannungsverhältnis zwischen Föderalismus und Unitarismus untersucht. Anhand der Analyse werden mehrere Gemeinsamkeiten festgestellt. In beiden Ländern stellen die Regionen maßgebliche Faktoren der politischen Entwicklung dar. Der Umgang der politischen Eliten mit Institutionen bezeichnen die Verfasserinnen in beiden Ländern als instrumentell. Klientelismus und vertikale Seilschaften kennzeichnen die politischen Strukturen der beiden untersuchten Länder. (ICG2)

[75-CSA] Goode, J. Paul:

The Puzzle of Putin's Gubernatorial Appointments, in: Europe-Asia Studies 2007, 59, 3, May, 365-399., 2007, ISSN: 0966-8136

INHALT: This article confronts the puzzles at the heart of Vladimir Putin's decision to eliminate Russia's gubernatorial elections: specifically, the lack of resistance among the regions to Putin's proposal, & the relative ease & speed with which electoral institutions were dismantled. It considers explanations at the central & regional levels, revealing that the Kremlin engaged regional interests & incentives to make the system of appointments seem appealing. After considering competing accounts of Putin's objectives, analysis then focuses on the Kremlin's revival of Soviet-era institutional practices as serving to make the elimination of gubernatorial elections seemingly inevitable while rendering compliance as obligatory.

[76-L] Grotz, Florian:

Die Entwicklung kompetitiver Wahlsysteme in Mittel- und Osteuropa: post-sozialistische Entstehungsbedingungen und fallspezifische Reformkontexte, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 34/2005, H. 1, S. 27-42 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Nach dem demokratischen Systemwechsel von 1989/ 90 führten die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten anlässlich ihrer ersten freien Parlamentswahlen ('Gründungs-

wahlen') nicht nur neue Wahlsysteme ein, sondern reformierten sie auch danach ungewöhnlich häufig. Der folgende Beitrag analysiert diesen institutionellen Entwicklungsprozess systematisch-vergleichend für sechs post-sozialistische Staaten (Russland, Ukraine, Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien). Auf Basis theoretischer Überlegungen zur Reform politischer Institutionen bestätigt sich dabei die These von Nohlen/ Kasapovic (1996), dass die Gründungswahlsysteme wesentlich vom Systemwechseltypus geprägt wurden - allerdings nur dort, wo die Entscheidung über das Wahlsystem in die unmittelbare Transitionsphase fiel. Spätere Wahlsystemreformen sind nicht mehr durch den Demokratisierungsmodus, sondern durch kontextspezifische Variablenkonstellationen zu erklären." (Autorenreferat)

[77-L] Klingemann, Hans-Dieter; Mochmann, Ekkehard; Newton, Kenneth (Hrsg.):

Elections in Central and Eastern Europe: the first, Berlin: Ed. Sigma 2000, 353 S., ISBN: 3-89404-195-1

INHALT: "Zehn Jahre nach den ersten fairen und freien Wahlen zu national repräsentativen Gremien in Mittel- und Osteuropa, ist es an der Zeit für eine mehr zusammenfassende Bestandsaufnahme. Wahlen in Mittel- und Osteuropa - die erste Welle vereinigt detaillierte Informationen über den Stand der Wahlforschung aus zwölf Ländern dieses Raumes (also nicht allen Mittel- und Osteuropäischen Ländern)." Inhaltsverzeichnis: Hans-Dieter Klingemann and Charles Lewis Taylor: Preface (7-8); Hans-Dieter Klingemann, Ekkehard Mochmann and Kenneth Newton: Editors' Introduction and Acknowledgements (9-10); Sarah Birch: Elections and Representation in Post-Communist Eastern Europe (13-35); Geoffrey Evans and Stephen Whitefield: Explaining the Formation of Electoral Cleavages in Post-Communist Democracies (36-67); Gabor Toka: Electoral Research in Hungary (71-104); Radoslaw Markowski: Electoral Research in Poland (105-139); Algis Krupavicius: Electoral Research in Lithuania (140-165); Ivan Grdesic: Electoral Research in Croatia (166-180); Vladimir Goati and Srecko Mihailovic: Electoral Research in the Federal Republic of Yugoslavia (181-200); Antony Todorov: Electoral Research in Bulgaria (203-214); Pavel Campeanu: Electoral Research in Romania (215-234); Svetomir Skaric: Electoral Research in Macedonia (235-247); Kosta Barjaba: Electoral Research in Albania (248-260); Vladimir Gel'man: Electoral Research in Russia (263-290); Olexandr Stegnyy: Electoral Research in the Ukraine (291-302); Valerii Karbalevich: Electoral Research in Belarus (303-313); Brigitte Hausstein: Data and Background Information on Elections in Central and Eastern Europe: Sources in the World Wide Web (317-347); Ekkehard Mochmann: Electoral Studies Conducted in Eastern European Countries (351-353).

[78-CSA] Meleshkina, Ye.Yu.; Anokhina, N. V.:

The Proportional Electoral System and Dangers of Presidentialism: The Russian Case, in: Polis: politicheskie issledovaniya www.politstudies.ru 2007, 5, 8., 2007, ISSN: 0869-1401

INHALT: In December, 2007, Russia will be for the first time electing Parliament according to the proportional system, with a number of other innovations of the electoral legislation to be applied. What may these innovations mean for the country? Will the proportional principles promote further democratization of Russia, or will they favour conservation of the established power configuration? The authors of the article try to answer these questions by turning to some examples of application of proportional and mixed electoral systems under the condi-

tions of presidential or mixed forms of rule with a powerful president, and by analyzing the effects of the Russian variant of mixed system.

[79-CSA] Moraski, Bryon:

Electoral System Reform in Democracy's Grey Zone: Lessons from Putin's Russia, in: *Government and Opposition* 2007, 42, 4, 536-563., 2007, ISSN: 0017-257X

INHALT: Besides seat maximization, what factors motivate an incumbent regime in the grey zone between democracy and dictatorship to alter a relatively institutionalized parliamentary electoral system? To answer this question, this article seeks to uncover the rationale guiding the 2005 changes to Russia's electoral system. It presents evidence to suggest that the same strategies that allowed Russia's current party of power to use the existing electoral system to its advantage in the 2003 Duma election, threatened to spoil the fruits of that advantage in the years to come. Yet it also points out that moving from a mixed electoral system to a purely proportional system could be good for Russian democracy in the future. As a result, the work contends that seemingly authoritarian incumbents will promote reforms that aid the future cause of democracy when these same reforms serve their more immediate interests.

[80-L] Nohlen, Dieter:

Internationale Trends der Wahlsystementwicklung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 34/2005, H. 1, S. 11-26 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In Wahlsystemfragen gibt es keinen Stillstand. Besonders im Zuge der dritten Welle der Demokratisierung hat es viele Wahlsystemwechsel gegeben. Aber auch in einigen gestandenen Demokratien fanden grundlegende Wahlreformen statt. Der Beitrag fragt nach allgemeinen Tendenzen der Wahlsystementwicklung auf der Ebene der Wahlsystemtypen. Er stellt die multidimensionalen Funktionsanforderungen an Wahlsysteme heraus und fragt danach, welche Wahlsystemtypen ihnen am ehesten gerecht werden. Sodann werden die Entwicklungen nach Regionen aufgezeigt. Der beobachtete gewisse Trend zu kombinierten Wahlsystemen wird mit der höheren Funktionsleistung dieser Wahlsysteme erklärt, ohne andere Faktoren, welche die Wahl oder das Design von Wahlsystemen bestimmen, zu vernachlässigen." (Autorenreferat)

[81-L] Nohlen, Dieter:

Wahlrecht und Parteiensystem, (Uni-Taschenbücher), Opladen: Leske u. Budrich 2000, 479 S., ISBN: 3-8100-1465-6 (Standort: UB Dortmund(290)-D25603/3)

INHALT: "In der Schrift des Heidelberger Politikwissenschaftlers geht es um den immer wieder problematischen Zusammenhang von rechtlich-institutionellen Regelungen des Wahlprozesses einerseits, sowie Parteienwettbewerb und Wahlergebnissen andererseits. Inwiefern formen Wahlrecht und Wahlsystem die Parteiensysteme? Lassen sich gesetzmäßige Beziehungen feststellen? Welche Bedeutung kommt dem gesellschaftlichen und politischen Kontext zu? Zur Prüfung dieser Fragen dienen theoretisch-methodische Überlegungen und systematisch vergleichend ausgewertete historische Erfahrungen aus liberal-pluralistischen Staaten in aller Welt. Die Schrift versteht sich als eine allgemeine Einführung in die Lehre von den Wahlsys-

temen, zielt aber zugleich auf eine neue theoretische Grundlegung des Forschungsfeldes. Sie erscheint in dritter, völlig überarbeiteter Auflage." (Autorenreferat)

[82-L] Nußberger, Angelika:

Fiktion Rechtsstaat: zur aktuellen Entwicklung in Russland, in: Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hrsg.): Nur ein Ölboom? : Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung, Münster: Lit Verl., 2005, S. 211-226, ISBN: 3-8258-8284-5 (Standort: THB Aachen(82)-Za7985-20)

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Veränderung des föderalen und demokratischen Systems Russlands. Der Schwerpunkt der von Präsident Putin angekündigten Reformen ist die Abschaffung der Volkswahl der Gouverneure und ihre Bestimmung durch die Exekutive in Moskau, d.h. durch den Präsidenten. Weiterhin werden auch die Elemente des Mehrheitswahlrechts im Wahlsystem entfernt, um über ein reines Verhältniswahlrecht zu verhindern, dass populäre Einzelkandidaten in die Duma einziehen können. Schon in den 1990er Jahren, insbesondere aber seit dem Amtsantritt von Präsident Putin, zeigt der Umgang mit dem in der Verfassung festgelegten Postulaten "Demokratie" und "Rechtsstaat", dass das Recht für die Politik instrumentalisiert wird und nicht das Recht über den Staat, sondern der Staat über das Recht herrscht. Die "rule of law" bleibt Theorie. Der die 1990er Jahre bestimmende umfassende Import von Rechtsideen und Rechtsnormen aus dem Ausland hat insgesamt an der Oberfläche wohl zu einer Öffnung und Änderung des Verfassungsrechtssystems, nicht aber zu einer Kehrtwende in dem Verständnis von der Bedeutung des Rechts für die Gestaltung - und auch Begrenzung - des politischen Prozesses geführt. (ICA2)

[83-L] Schmitz, Karsten:

Wahl- und Parteiensysteme in Osteuropa: eine Neubewertung anhand des Konzentrationseffekts, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 2, S. 353-376 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die von Maurice Duverger und Giovanni Sartori entwickelten Gesetze zum Zusammenhang von Wahl- und Parteiensystemen lassen sich mit Blick auf die jungen Demokratien im postkommunistischen Osteuropa überprüfen. Dafür werden diese sowohl nach der Art ihrer Wahlsysteme als auch nach der erwarteten Stärke des Konzentrationseffektes unterschieden. Es zeigt sich, dass der entscheidende Konzentrationseffekt umso eher von einem Verhältniswahlrecht mit nationaler Sperrklausel als von einem Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen ausgeht, je weniger das Parteiensystem strukturiert ist. Solche instabilen Parteiensysteme finden sich in vielen Staaten Osteuropas. Während die Gesetze von Duverger in ihrer Simplizität der dortigen Situation kaum gerecht werden, trifft die Theorie von Sartori aufgrund ihrer stärkeren Berücksichtigung der Struktur des Parteiensystems schon eher zu, allerdings vernachlässigt auch sie die Wirkung von landesweiten Sperrklauseln. Die fehlende Bedeutung der nationalen Sperrklausel in den bisherigen Analysen ist wohl auch das Resultat der Beeinflussung vieler Autoren durch die relativ stabilen westlichen Parteiensysteme." (Autorenreferat)

[84-L] Schneider, Eberhard:

Die russische Staatsdumawahl 1999, (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 3-2000), Köln 2000, 40 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20000106225; Graue Literatur)

INHALT: Der Verfasser arbeitet einleitend Unterschiede zur Staatsdumawahl 1995 in Bezug auf die politische Situation in der Russischen Föderation heraus. Er stellt im Folgenden die Regelungen des neuen russischen Dumawahlgesetzes vor, das das bisher geltende Wahlgesetz präzisiert. Es schließt sich ein Überblick über die 28 zur Staatsdumawahl zugelassenen Parteien, Wählervereinigungen, Bewegungen und Blöcke an. Vor diesem Hintergrund referiert der Verfasser die Ergebnisse der Staatsdumawahl vom 19. Dezember 1999 sowie der konstituierenden Sitzung der Staatsduma am 18. Januar 2000. (ICE)

[85-F] Selb, Peter, Jun.-Prof.Dr.; Bernauer, Julian; Leifeld, Philip (Bearbeitung):

Parlamentarische Repräsentation ethnischer Minderheiten in den neuen Demokratien Osteuropas

INHALT: Die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion ausgelöste Welle der Staatenbildung in den 1990er Jahren wurde zum Teil von blutigen ethnischen Auseinandersetzungen begleitet. Diese Entwicklungen entfachten innerhalb der vergleichenden Politikwissenschaft eine bis heute andauernde Debatte, welche demokratischen Institutionen zur Kanalisierung und friedfertigen Austragung solcher Konflikte beitragen können. Unumstritten ist dabei die Annahme, dass eine adäquate politische Repräsentation ethnischer Minderheiten unabdingbar ist, und dass daher vor allem die Ausgestaltung des Wahlsystems eine zentrale Rolle in der Verfassungsgebung spielt (siehe z.B. Lijphart 1990; Norris 2004; Reilly und Reynolds 1999; Sartori 1994). Weit weniger Einigkeit herrscht hingegen darüber, was genau adäquate politische Repräsentation bedeutet und mittels welcher wahlsystemischer Mechanismen diese am besten zu erreichen ist. Der Orthodoxie entsprechend sind proportionale Wahlsysteme (PR) gegenüber Mehrheitswahlsystemen zu bevorzugen. PR-Systeme, so die Argumentation, setzen geringere Repräsentationshürden und geben ethnischen Minderheiten daher Anreize zur Gründung eigener Parteien, welche die Gruppen bei proportionaler Übersetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze entsprechend ihrer Bevölkerungsanteile legislativ vertreten, was wiederum eine friedvolle Kanalisierung ethnischer Konflikte erleichtert (z.B. Lijphart 1990). Kritiker dieser Argumentation wenden ein, dass die parlamentarische Repräsentation ethnischer Minderheiten durch eigene Parteien Konflikte zementiert, anstatt diese zu lösen. Zu bevorzugen seien daher Mehrheitsysteme, die hohe Repräsentationshürden für ethnische Parteien setzen, gleichzeitig aber den größeren Parteien Anreize bieten moderate Kandidaten ins Rennen zu schicken, die über die Grenzen von Volksgruppen hinaus mehrheitsfähig sind, um so die Kooperation - und nicht die Konkurrenz - zwischen den ethnischen Gruppen zu stärken (z.B. Horowitz 1993; Reilly und Reynolds 1999). Ganz offensichtlich fußen diese beiden gegensätzlichen Positionen auf unterschiedlichen Konzeptionen der adäquaten Repräsentation von Minderheiten. Während die majoritäre Position eher von einem inhaltlichen Repräsentationskonzept ausgeht, stellt die proportionale Vision stärker auf die deskriptive Repräsentation, d.h. die parlamentarische Vertretung durch Mitglieder der eigenen Gruppe, ab (Mansbridge 1999; Pitkin 1967). Letzteres taten ganz offensichtlich auch die meisten Verfassungsväter und -mütter in den neuen Demokratien Osteuropas: In sämtlichen Staaten wurden proportionale oder gemischt-proportionale Wahlsysteme (wie z.B. das deutsche) etabliert; in einigen Ländern gelten zusätzlich spezielle Regelungen für ethnische Minderheiten, wie beispielsweise

die Einrichtung ethnischer Wahlkreise oder die Aufhebung von formalen Prozenzhürden (siehe Htun 2004; Lijphart 1986). Vor diesem Hintergrund stehen bei Betrachtung der tatsächlichen Vertretung ethnischer Minderheiten in ost- und mitteleuropäischen Parlamenten insbesondere zwei Beobachtungen ins Auge (siehe z.B. Alonso und Ruiz-Rufino 2007), die die primäre Motivation für die vorliegende Projektskizze liefern. Erstens gibt es hinsichtlich der deskriptiven Repräsentation ethnischer Minderheiten trotz relativ ähnlicher Wahlsysteme enorme Unterschiede zwischen den Ländern. So sind in einigen Ländern wie beispielsweise den baltischen Staaten Minderheiten parlamentarisch deutlich untervertreten, während sie etwa in Albanien und Kroatien mehr oder weniger verhältnismäßig und in der Ukraine sogar leicht überproportional repräsentiert sind. Zweitens gibt es innerhalb einiger Länder drastische Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Darüber hinaus sind einzelne ethnische Gruppen wie die Roma über die Länder hinweg parlamentarisch untervertreten. Diese Beobachtungen bringen die bisherige vergleichende Forschung mit ihrem fast ausschließlich makroskopischen Augenmerk auf Wahlsysteme in argen Erklärungsnotstand. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Osteuropa

METHODE: Hier wird vorgeschlagen, den analytischen Fokus auf die Ebene der ethnischen Gruppen zu verlagern. Deskriptive parlamentarische Repräsentation wird dabei verstanden als Ergebnis des Wechselspiels zwischen institutionellen Opportunitätsstrukturen einerseits und sozialen Gruppen mit spezifischen Interessen und Ressourcen andererseits (z.B. Kriesi et al. 1992). Konkret soll untersucht werden, welche Effekte etwa die Gruppengröße, die geografische Verteilung, die Mobilisierungsressourcen oder die kulturelle Ähnlichkeit mit der ethnischen Mehrheit im Zusammenspiel mit den institutionellen Anreizen und Hürden auf die parlamentarische Vertretung von Minderheiten haben. Im Gegensatz zu bisherigen Studien, die theoretische Anleihen an die soziale Bewegungsforschung machen (z.B. Bird 2005), soll hier aber eine systematisch vergleichende und primär quantitative Perspektive beibehalten werden.

ART: AUFTRAGGEBER: nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" (Fach D 173, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Selb, Peter (Jun.-Prof.Dr. e-mail: Peter.Selb@uni-konstanz.de, Tel. 07531-88-2321, Fax: 07531-88-4482)

[86-F] Tiemann, Guido, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Pollack, Detlef, Prof.Dr. (Betreuung):

Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa

INHALT: Das Projekt beschäftigt sich mit den Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und die Qualität politischer Repräsentation in elf osteuropäischen Vergleichsstaaten (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine und Ungarn). Dabei ist die leitende These, dass Wahlsysteme, im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels, nicht die in theoretischer Perspektive erwarteten und in etablierten Demokratien beobachteten politischen Konsequenzen erzeugen. Insbesondere kaum institutionalisierte Parteiensysteme und der volatile Kontext politischer Konkurrenz entziehen Wählern und Partieliten diejenigen Informationen, die für abgestimmtes strategisches Handeln von Wählern und von Partieliten notwendig sind. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine

VERÖFFENTLICHUNGEN: Tiemann, Guido: Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006. ISBN 3-531-15005-7.

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europa-Fellowship

INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine BWL, insb. betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung (Postfach 1768, 15207 Frankfurt an der Oder)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0335-5534-16467, e-mail: tiemann@euv-frankfurt-o.de)

[87-L] Tiemann, Guido:

Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa, (Politische Kultur in den neuen Demokratien Europas), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 377 S., ISBN: 978-3-531-15005-5

INHALT: Tiemann beschäftigt sich mit grundlegenden Fragen der Transformationsforschung und vergleichenden Regierungslehre aus dem Blickwinkel einer institutionenorientierten Fragestellung. Dabei untersucht er vor allem die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen und die Robustheit institutioneller Effekte im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels über unterschiedliche kulturelle und soziopolitische Kontexte hinweg. Motiviert wird die Analyse durch die Annahme, dass institutionelle Optionen, im Gegensatz zu politischer Kultur, gesellschaftlichen Konfliktlinien oder ökonomischen Rahmendaten, einer bewussten, kurzfristigen Gestaltung und Manipulation zugänglich sind. Analysiert werden demnach die Effekte von Wahlsystemen auf das Format des Parteiensystems und auf die Qualität der politischen Repräsentation. Um dies empirisch wie theoretisch tragfähig zu machen, erarbeitet Tiemann zunächst sechs Problemkomplexe (wie z. B. die effektive Reichweite und die Funktionsbedingungen von politischen Institutionen) und untermauert die Analyse derer durch so genannte Vergleichs- und Kontrollgruppen ('alte' und 'junge' Demokratien). In seiner Fallauswahl beschränkt er sich auf die europäischen postsozialistischen Transformationsstaaten inklusive Russland. Nach einer sehr ausführlichen und theoretisch wie empirisch sehr gut unterfütterten Analyse kommt Tiemann zu dem Schluss, dass Wahlsysteme vor allem in Transformationskontexten sowohl eine profunde Wirkung auf die Fragmentierung von Parteiensystemen als auch für die Qualität der politischen Repräsentation haben. Die Abwesenheit von institutionellen Strukturen entzieht, so eines der vielen Fazite des Autors, den politischen Akteuren die notwendigen Informationsressourcen für die strategische Adaption an die institutionellen Anreize des Wahlsystems und lässt somit die Entwicklungsdefizite der jungen und teilweise defekten Demokratien hervortreten. (ZPol, NOMOS)

[88-L] Tiemann, Guido:

Das Endogenitätsproblem politischer Institutionen und die Optionen von "Electoral" und "Constitutional Engineering", in: Gert Pickel, Susanne Pickel (Hrsg.): Demokratisierung im internationalen Vergleich : neue Erkenntnisse und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 211-236, ISBN: 3-531-15113-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007/2594)

INHALT: Der Autor untersucht im Rahmen eines "Constitutional Engineering" die Effekte der unterschiedlichen Wahlsysteme in den osteuropäischen Transformationsländern. In Bezug auf eine Reform der Wahlsysteme setzt er sich vor allem mit den Wechselwirkungen von Wahl-

und Parteiensystemen auseinander und legt dabei die Ansätze des Neoinstitutionalismus und der Rational-Choice-Theorie zugrunde. Seine empirischen Analysen zeigen unter anderem, dass die Reichweite des "Constitutional Engineering" über Wahlsysteme durch heterogene Kontextfaktoren eingegrenzt wird, die in Osteuropa den Einfluss externer konstitutioneller Ingenieure beeinträchtigen bzw. ganz verhindern. Sowohl die spezifischen Situationen nach dem politischen Umbruch als auch die konkreten Aushandlungsprozesse der Akteure in den postsozialistischen Staaten haben dementsprechend die großen Visionen einer konstitutionellen Umgestaltung verhindert. Dies weist dem Autor zufolge auf die begrenzten Umsetzungsmöglichkeiten des "Constitutional Engineering" in der Praxis hin und verstärkt die Bedeutung von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. (ICI2)

[89-L] Vorndran, Oliver:

Die Entstehung der ukrainischen Verfassung, (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München. Reihe Wirtschaft und Gesellschaft, 24), Berlin: Duncker & Humblot 2000, 355 S., ISBN: 3-428-09676-2

INHALT: Sicherlich ist Vorndrans Arbeit die erste umfassende Darstellung zum verfassungsgebenden Prozess und den Verfassungsorganen der unabhängigen Ukraine. Er geht von der Annahme aus, dass die Verfassungsgebung von vier grundlegenden Faktoren geprägt wurde. Es sind 'die historischen Vorbedingungen, die Machtkonstellation der Beteiligten, die bestehenden politischen Institutionen und die Ziele der Akteure' (15). Gewissenhaft und detailliert erläutert er diese Faktoren und so entsteht eine informative Chronologie des institutionellen Wandels in der Ukraine seit 1989. Inhaltsübersicht: Historische und regionale Bestimmungsfaktoren ukrainischer Politik; Aufbruch und Umbruch; Ein Staat im Werden; Die Parlamentswahlen 1994; Die Parteien der Ukraine; Die Bildung der 13. Verchovna Rada; Die Präsidentschaftswahl 1994; Die Regierung zwischen Parlament und Präsident; Das 'Gesetz über die Macht'; Die Neuordnung der politischen Gewalten; Der verfassungsgebende Prozess. (ZPol, NOMOS)

[90-L] Yargomskaya, Natalia:

The effects of the electoral system and electoral strategies, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 76-88, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Die Autorin beginnt mit der Darstellung der Logik des russischen Wahlsystems, wobei sie von einem Mischsystem ausgeht, in dem Parteien und Wähler parallel zueinander den Wahlkampf führen. Es werden mechanische und psychologische Effekte des Wahlsystems unterschieden, die bei den Wahlen 1995 und 1999 analysiert werden. Es werden die einzelnen Teile der Abstimmung - die Verhältnis- und die Mehrheitswahl - separat in Betracht gezogen und unterschiedliche Ergebnisse für die kleinen und für die großen Parteien konstatiert. (ICG)

[91-L] Zimmer, Kerstin:

Formal institutions and informal politics in Ukraine, in: Gerd Meyer (ed.) - 2nd rev. and updated ed.: *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe : Hungary, Poland, Russia and Ukraine*, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 267-313, ISBN: 978-3-86649-147-2 (Standort: UB Bonn(5)-2008/1982)

INHALT: Das politische System der Ukraine ist das eines neopatrimonialen Staates. Die Personalisierung von Macht spielt eine besondere Rolle. Die Verfasserin analysiert das Funktionssystem zwischen dem Zentrum und den Regionen, die Verwaltungsstruktur und das Funktionieren der gesetzlichen Regelungen. Aufgrund ihrer hohen Bedeutung sind informelle Praktiken im formellen System institutionalisiert. Die Mechanismen des Wahlsystems und die regionalen politischen Apparate werden daher in die Analyse einbezogen. Zwischen den Mechanismen des administrativen und des Wahlsystems werden zahlreiche kausale Beziehungen aufgedeckt, die den neopatrimonialen Charakter des Systems verstärken. Politische Macht ist in den Händen einiger Weniger privatisiert, der Staatsapparat ist ein Instrument des Kampfes zwischen Eliten. Recht wird selektiv und machtorientiert angewendet. Die orangene Revolution hat jedoch den Widerstand der Bevölkerung gegen diese Art von Politik gezeigt. (ICE)

4 Wahlverhalten/ Wahlergebnisse

[92-L] Ajvasova, Svetlana; Kertman, Grigorij:

Genderanalyse der Parlamentswahlen 1999 in Russland, in: Martina Ritter, Barbara Watten-dorf (Hrsg.): *Sprünge, Brüche, Brücken : Debatten zur politischen Kultur in Russland aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft, Kulturosoziologie und Politikwissenschaft ; Beiträge einer internationalen und interdisziplinären Tagung*, Berlin: Duncker & Humblot, 2002, S. 167-193, ISBN: 3-428-10918-X (Standort: UB Essen(465)-07ZZZF23618)

INHALT: "Svetlana Ajvasova und Grigorij Kertman konzentrieren sich in ihrem Artikel auf die Partizipation von Frauen am Prozess der Parteienbildung, auf ihre Chancen zur Teilhabe und ihren Ausschluss aus der Sphäre des Politischen wie auch auf die Stereotypisierungen, mit denen sie belegt werden. Die scheinbare, durch Quoten sichergestellte Gleichberechtigung von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen war ein oft betontes Element der politischen Kultur der Sowjetunion. Die Installierung demokratischer Institutionen hat nun zu einer außerordentlichen Reduktion der Anzahl von Frauen in der Politik und in der politischen Öffentlichkeit geführt. Da dieser Fakt zunächst 'unentdeckt' blieb, legen die AutorInnen in ihren Beitrag detaillierte Zahlen und Analysen zu dieser Frage vor." (Autorenreferat)

[93-L] Anohina, Natalia; Meleshkina, Elena:

Election results and voting behavior, in: Vladimir Gel'man, Grigori V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): *The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data*, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 108-126, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Die Autorinnen beschreiben ein Mehrfaktorenmodell zur Analyse und Erklärung vom Wahlverhalten. Im Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses steht die Auswahl von Faktoren, die das Wahlverhalten beeinflussen. Es werden dabei unterschiedliche theoretische Konzepte

thematisiert und die spezifischen Merkmale der russischen politischen Situation hervorgehoben. Auf dieser Basis werden empirische Hypothesen formuliert, die mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse der regionalen Wahlergebnisse und Materialien aus der Forschung überprüft werden. (ICG)

[94-L] Barany, Zoltan:

Romani electoral politics and behaviour, in: JEMIE : Journal on ethnopolitics and minority issues in Europe, 2001, Iss. 1, 12 S. (URL: <http://www.ecmi.de/jemie/download/Focus11-2001Barany.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht Wahlpolitik und Wahlverhalten von Roma in Osteuropa. Nach wie vor sind die Roma unterrepräsentiert in nationalen und lokalen politischen Bereichen. Der Autor analysiert die Probleme, die die Roma im Zusammenhang mit Wahlen haben, überprüft die Beziehungen zwischen Roma und wichtigen politischen Organisationen und erforscht das Wahlverhalten der Roma. Der politische Wandel vom Sozialismus zur freien Marktwirtschaft gab den Roma die Gelegenheit, ihre politische Marginalisierung zu verringern. Nach einer Dekade der Mobilisierung bleiben sie aber weiterhin unterrepräsentiert in der osteuropäischen Politik. Hierfür gibt es zahlreiche strukturelle Gründe auch innerhalb der Ethnie selbst. (ICD)

[95-L] Beichelt, Timm; Minkenberg, Michael:

Explaining the radical right in transition: theories of right-wing radicalism and opportunity structures in post-socialist Europe, (F.I.T. Discussion Papers, No. 03/02), Frankfurt an der Oder 2002, 22 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20020107386; Graue Literatur; URL: http://www.euv-frankfurt-o.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/2002/03-02-Beichelt_Minkenberg.pdf)

INHALT: Im Gegensatz zur umfangreichen Literatur zu den politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime ist das wissenschaftliche Interesse an der Entwicklung der politischen Rechten und der ultranationalistischen Parteien in dieser Region eher begrenzt. Die vorliegende Studie versucht anhand von Wahlergebnissen, diese Lücke zu schließen. Dazu entwickeln die Autoren einen theoretischen Ansatz für eine ländervergleichende Studie zum Rechtsradikalismus und seiner Funktion für die Transformationsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften. Die bisherigen Ansätze stützen sich auf Varianten der Modernisierungstheorie, in soweit der Rechtsradikalismus als Folge der starken Strukturbrüche und des rapiden sozialen und kulturellen Wandels dieser Gesellschaft erklärt wird. Die Autoren greifen diesen Ansatz auf, modifizieren ihn aber in die Richtung, dass Rechtsradikalismus und dessen Unterstützung als Ausdruck von "Transformationskosten" konzipiert wird. Diese sind jedoch ein eher diffuser ideologischer Protest gegen den forcierten Wandel und damit weitgehend ein "Überbauphänomen". (ICA)

[96-L] Durkot, Juri:

Neue Chance für Orange?: erneuter Machtwechsel nach vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 10, S. 28-47 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_12352_1.pdf)

INHALT: "Die Ukraine hat den Demokratietest noch einmal bestanden. Trotz aller Befürchtungen wegen möglicher Wahlfälschungen und eines Wahlkampfs, der streckenweise eher an eine Schlamm Schlacht erinnerte, haben die Beobachter von der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments die am 30. September abgehaltenen Parlamentswahlen wieder als frei und demokratisch eingeschätzt. Zwar gab es klare Kritik wegen der schlechten Qualität der Wahllisten und einiger Einschränkungen im Wahlrecht, doch es wurde noch einmal bewiesen: Durch Wahlen ist ein legitimer Machtwechsel in der Ukraine möglich - eine Selbstverständlichkeit für Europa, aber nicht für den postsowjetischen Raum. Somit ist die Ukraine nach diesen Parlamentswahlen den europäischen Demokratiestandards noch ein Stück näher gekommen." (Autorenreferat)

[97-L] Gel'man, Vladimir; Meleshkina, Elena (Hrsg.):

The 1999-2000 national elections in Russia: analyses, documents and data, (Founding Elections in Eastern Europe), Berlin: Ed. Sigma 2005, 227 S., ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: "Die wichtige Frage nach der Zukunft Russlands als demokratischer Staat ist der rote Faden, der sich durch alle Beiträge dieses Bandes zieht. Auf der Suche nach einer Antwort hat eine Gruppe russischer Politikwissenschaftler und Soziologen die Duma-Wahl von 1999 und die russische Präsidentschaftswahl von 2000 sorgfältig dokumentiert und analysiert. Aufbauend auf den schon publizierten Analysen der Duma-Wahlen von 1993 und 1995 sowie der Präsidentschaftswahl von 1996 ('Elections in Russia, 1993-1996', edition sigma 1999), widmen die Autoren in diesem Band den ausführlichen Analysen der Wahl- und Koalitionsstrategien sowie der Frage, welche Wirkung das Wahlsystem auf den Ausgang von Wahlen hat, noch größere Aufmerksamkeit. Das schließt auch eine gründliche Untersuchung der regionalen Verteilung der Unterstützung für politische Parteien mit ein. Forscher in den betreffenden Ländern haben hoch entwickelte disziplinäre Techniken erarbeitet und den landesspezifischen Bedingungen angepasst, um post-kommunistische Erfahrungen zu untersuchen und sowohl Wahlergebnisse als auch Umfragedaten statistisch zu analysieren. Die Daten, die in den Analysen für dieses Buch verwendet wurden, werden in einem Anhang beschrieben und dokumentiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hans-Dieter Klingemann and Charles Lewis Taylor: Preface (7); Directory of Russian Political Parties (9-10); Vladimir Gel 'man: The 1999-2000 National Elections and the End of Regime Transition in Russia (11-35); Grigorii V. Golosov: Political Parties and Independent Candidates in the Duma Election (36-58); Anna Likhtencheina: Parties of Power: The Electoral Strategies of Russia's Elites (59-75); Natalia Yargomskaya: The Effects of the Electoral System and Electoral Strategies (76-88); Andrey Shcherbak: Coalition Politics of Political Parties in Russia (89-107); Natalia Anohina and Elena Meleshkina: Election Results and Voting Behavior (108-126); Natalia Anohina and Elena Meleshkina: The Political Attitudes of Russian Voters (127-142); Rostislav Turovsky: Regional Aspects of National Elections in Russia (143-165); Grigorii V. Golosov and Zulia Shevchenko: Incumbent Re-election Strategies in Duma Elections (166-188); Appendix A:

Election Results: Parliamentary Election 1999 and Presidential Election 2000 (189-216); Appendix B: Documentation of Datasets Available for Secondary Analysis (217-227).

[98-CSA] Hesli, Vicki L.:

The 2006 Parliamentary Election in Ukraine, in: Electoral Studies 2007, 26, 2, June, 507-511., 2007, ISSN: 0261-3794

INHALT: Discusses the results for the 2006 parliamentary elections in Ukraine, highlighting the candidates and their campaigns.

[99-L] Manutscharjan, Aschot:

Keine "Aprikosen-Revolution": die Parlamentswahlen in Armenien und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Kaukasus, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 8, S. 31-59 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_11783_1.pdf)

INHALT: "Geopolitisch ist die Lage Armeniens hochkomplex. Der russisch-amerikanische Raketenstreit, der 'Pipeline-Krieg', das zwiespältige Verhältnis zu Moskau, die Beziehungen zum Iran, aber auch die historisch belasteten Beziehungen zur Türkei sind nur einige der Eckpunkte, in deren Spannungsfeld sich das kaukasische Land behaupten muss. Vor diesem Hintergrund fanden im Mai 2007 Parlamentswahlen in Armenien statt, von denen manche bereits im Vorfeld gesagt hatten, sie würden in eine pro-westliche Revolution münden und das Ende der armenisch-russischen Allianz einleiten. Doch dann verlief die Wahl demokratischer als die vor vier Jahren, die angekündigte 'Aprikosen-Revolution' blieb aus. Die Republikanische Partei von Ministerpräsident Sarkisjan erhielt 32 Prozent der Stimmen, Bargavac Hajastan 14,71 und die ARF Dasnakzutjun 12,75 Prozent. Die Opposition dagegen sprach von Wahlbetrug und einem 'sportlichen Wettbewerb unter Geldsäcken'. Sicher hatte auch die Außen- und Sicherheitspolitik den Wahlkampf geprägt, so etwa der Ärger über die Erhöhung der Gaspreise durch Moskau und den russischen Schuldennachlass gegenüber anderen Staaten, nicht aber gegenüber dem 'befreundeten' Armenien. Doch von einer ernsthaften Hinterfragung der russisch-armenischen Kooperation, die, so die Führung in Jerewan, 'im Interesse des armenischen Volkes' liege, kann nicht die Rede sein." (Autorenreferat)

[100-L] Markowski, Radoslaw:

Political institutions and electoral behavior in Central and Eastern Europe, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West : Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess ; Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdt. Verl., 2002, S. 186-212, ISBN: 3-531-13641-0

INHALT: Der Beitrag untersucht an Hand von Wahlergebnissen zwei Hauptaspekte der Transformation der postkommunistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas: Wahlbeteiligung und das Verhalten bei politischen Wahlen. Die Wahlbeteiligung fungiert dabei als ein Indikator für einen doppelten Sachverhalt: (1) Sie indiziert den Grad der politischen Partizipation und der Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben; (2) Wahlbeteiligung kann als Indikator für die Zufriedenheit mit dem politischen Regime gedeutet werden. Die mit dem Wahlverhalten verbundene politische Wahl zwischen Parteien ist das eigentliche substanzielle poli-

tische Phänomen: Die Frage, warum Menschen eine bestimmte Partei wählen bzw. warum einige Parteien sich einer hohen Unterstützung erfreuen, ist die zentrale Frage der Analyse des "politischen Marktes". Die vorliegende Interpretation der Wahlergebnisse der letzten Dekade in den postkommunistischen Gesellschaften zeigt, dass der Prozess der Demokratisierung (im westeuropäischen Sinne) entscheidend von der Konsolidierung der politischen Institutionen und einer entsprechenden demokratischen politischen Kultur abhängig ist. (ICA)

[101-L] Nuriyev, Elkan:

Wahlen in Aserbaidshans: innenpolitische Machtkämpfe und strategische Interessen der Großmächte, (SWP-Aktuell, 2005/55), Berlin 2005, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1496)

INHALT: "Zwei Jahre nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Aserbaidshans sieht sich Ilham Aliyev mit einer an Schärfe gewinnenden innenpolitischen Krise konfrontiert. Am 6. November 2005 fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die Opposition und westliche Wahlbeobachter zahlreiche schwerwiegende Verstöße und Fälschungen registrierten. Das Regierungslager wiederum versichert, alle Voraussetzungen für faire, transparente und demokratische Wahlen seien erfüllt gewesen. Internationale Organisationen waren schließlich weit im Vorfeld der Wahlen bemüht, für solche Voraussetzungen zu sorgen. Die USA, der wichtigste externe Spieler in der Region, gaben zu verstehen, dass sie auf Wahlmanipulationen deutlich reagieren würden. So sehr sich im Umfeld der Wahlen die internationale Aufmerksamkeit auf das Kräftespiel zwischen der Staatsmacht und Oppositionellen richtet, dürfen darüber die Dynamiken innerhalb der Elite nicht außer acht gelassen werden. Vor den Parlamentswahlen kamen Trennlinien innerhalb des Regierungslagers deutlich zum Vorschein." (Autorenreferat)

[102-L] Oschlies, Wolf:

Ukrainischer Karneval, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 11, S. 1296-1300 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert den Ausgang der vorgezogenen Parlamentswahlen am 30. September 2007 in der Ukraine. Bei den letzten Wahlen am 26. März 2006 schafften fünf Parteien den Sprung über die Drei-Prozent-Hürde: auf der einen Seite die Partei der Regionen (PR), die Kommunistische Partei (KPU) und die Sozialistische Partei (SP), welche gemeinsam die Regierung bildeten. Diesen standen die beiden Blöcke gegenüber, die 2004 die "orange Revolution" angeführt hatten: Der "Block Julia Timoschenko" und der "Block Unsere Ukraine" (NU) von Präsident Wiktor Juschtschenko. Im Juli 2007 fusionierte der NU mit der sozialistischen Splittergruppe "Nationale Selbstverteidigung" (NS) zur NUNS. Dieses Parlament sollte zwar erstmalig fünf Jahre amtieren, jedoch geriet die Ukraine im Frühjahr 2007 in eine staatlich-politische Krise, so dass Neuwahlen als der letzte Ausweg erschienen. Auch wenn die Parteien ein Auslöser der Krise waren, dann wurde diese durch die jüngste Wahl nicht beseitigt und erbrachte eine wenig veränderte Konstellation, wie der Autor in seinem Beitrag näher zeigt. (ICI2)

[103-L] Pleines, Heiko (Hrsg.):

Das Comeback von Viktor Janukowitsch: die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 81), Bremen 2007, 36 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP81.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Taras Kuzio: Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen (5-6); Kerstin Zimmer: Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt (7-10); Thomas Stiglbrunner: Die wichtigsten Parteien im Portrait (11-15); Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006 (16-19); Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung vom 26. März bis 6. September 2006 (20-23); Heiko Pleines: Demokratie lernen (24); Die ursprüngliche Zusammensetzung der Regierung Janukowitsch (25-26); Kurzbiographien der Minister (27-28); Der Konflikt um die Entlassung des Außenministers (29-31); Ralf Wachsmuth: Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten (32-34); Präsident Viktor Juschtschenko zur politischen Lage (35-36).

[104-L] Schneider, Eberhard; Reimer, Alexander:

Die ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowna Rada, (SWP-Aktuell, 18), Berlin 2002, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=447)

INHALT: "Die Wahl des ukrainischen Parlaments am 31. März 2002 zeigte gegenüber der letzten Wahl drei neue Entwicklungen: Die Kommunisten wurden bei der Listenwahl auf den zweiten Platz verwiesen, die von Präsident Leonid Kutschma initiierte Bewegung 'Für eine einige Ukraine' landete auf dem dritten Platz, Sieger wurde das oppositionelle Bündnis 'Unsere Ukraine' unter Führung des vor einem Jahr abgesetzten Premiers Wiktor Juschtschenko. Im Parlament, der Werchowna Rada, schaffte es trotzdem die Bewegung 'Für eine einige Ukraine', die größte Fraktion zu bilden durch Kauf von und Druck auf direkt gewählte Abgeordnete. Wird es eine neue Regierung geben, die an den Präsidenten gebunden ist, deren Vorsitzender aber die Zustimmung des Parlaments benötigt? Die Parlamentswahlen waren zugleich das Vorspiel zur Präsidentenwahl in zwei Jahren, zu welcher Amtsinhaber Leonid Kutschma nicht mehr antreten darf. Das Abschneiden der präsidentenfreundlichen Bewegung bei der Parlamentswahl zeigt, daß ein von Kutschma aufgestellter Kandidat kaum Chancen hätte, ihm nachzufolgen." (Autorenreferat)

[105-L] Schneider, Eberhard:

Russland nach den Wahlen, in: Winand Gellner, Martin Reichinger (Hrsg.): PIN - Politik im Netz - Jahrbuch 2005 : Deutschland nach der Bundestagswahl 2005 ; fit für die globalen Aufgaben der erweiterten EU?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 167-176, ISBN: 3-8329-1877-9 (Standort: UB Paderborn(466)-PEN6143)

INHALT: Der Beitrag analysiert die russische Präsidentschaftswahl vom 14. März 2004. Besondere Betrachtung finden dabei die Regierungsbildung, die administrative Reform der Regierung sowie die Reform der Präsidialadministration. Vor dem Hintergrund der hohen Wahlergebnisse und der damit verbundenen Stärkung der Macht von Präsident Putin bewertet der Autor das russische Parteiensystem und unterzieht die Chancen zur Etablierung einer Markt-

wirtschaft nach westlichen Maßstäben einer kritischen Würdigung. Putin und seine Berater wollen einen starken Staat, den sie sich nur durch Einschränkung von Demokratie vorstellen können. Sollten diese Kräfte in Sinne des chinesischen Wegs der Ansicht sein, Marktwirtschaft mit Autoritarismus in der Politik verbinden zu können, so täuschen sie sich für den Autor. Auf Dauer kann eine Gesellschaft nicht in verschiedene Teilbereiche zerlegt werden, die sich unabhängig voneinander entwickeln, denn die Wirtschaftsdemokratie der Marktwirtschaft verlangt die politische pluralistische Demokratie und umgekehrt. (ICA2)

[106-L] Schneider, Eberhard:

Wahlen in Rußland: Ergebnisse der Staatsdumawahl und der Wahl des Präsidenten, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 50/2000, H. 5, S. 492-503 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Nachstehend werden die endgültigen Ergebnisse der Wahlen zur russischen Staatsduma, die Bildung der Fraktionen und Gruppen sowie der Komitees dargestellt und analysiert. Anschließend werden die Präsidentschaftswahlen und die Wahl des Präsidenten Putin untersucht. Die neue Staatsduma ist politisch weniger polarisiert als ihre Vorgängerin. Die Fraktionen der Kommunisten und Nationalisten sind wesentlich kleiner geworden. Insgesamt ist es aber fraglich, wie dauerhaft die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Staatsduma sein werden. Der Antagonismus Präsident - Parlament besteht jedoch unter Putin nicht mehr." (Autorenreferat)

[107-L] Schneider-Deters, Winfried:

Präsident Kucma wiedergewählt: Neubeginn in der Ukraine, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 50/2000, H. 4, S. 351-366 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am 14. November 1999 wurde Leonid Kucma für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten der Ukraine wiedergewählt. Der Machtsog, den sein Wahlsieg erzeugte, bewirkte im Parlament die Bildung einer pro-präsidentialen Mehrheit, deren Stabilität sich allerdings erst noch erweisen muß. Die struktur-konservative Linke, die bislang die legislative Unterstützung des Reform-Kurses des Präsidenten blockierte, versank in politischer Einflußlosigkeit." (Autorenreferat)

[108-L] Schneider-Deters, Winfried:

Freie Wahl, große Qual: orangener Pyrrhussieg in der Ukraine?, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 56/2006, H. 5, S. 59-73 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Bei den Wahlen in der Ukraine erzielte die Partei der Regionen das beste Ergebnis. Doch drei aus der Orangen Revolution hervorgegangene Parteien verfügen gemeinsam über die absolute Mehrheit. Die Bildung einer 'orangen Koalition' gestaltet sich dennoch schwierig. Grund ist Julija Tymosenkos Anspruch, Ministerpräsidentin zu werden. Kräfte des präsidentennahen Blocks Nasa Ukraina blockieren dies. Präsident Juscenko zeigt Führungsschwäche. Eine Regierungsbeteiligung der Partei der Regionen stellt ein Risiko für die Unab-

hängigkeit der Ukraine dar: Wegen der Abhängigkeit ihrer Montanmagnaten von Gas aus Russland würde die Partei der Regionen in einer 'großen Koalition' mit Nasa Ukraina die Integration der Ukraine in den 'Einheitlichen Wirtschaftsraum' betreiben und die EU-Perspektive gefährden." (Autorenreferat)

[109-L] Sejnis, Viktor:

Wie Rußland gewählt hat: zum Fazit der Parlaments- und Präsidentenwahlen Dezember 1999/März 2000, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 50/2000, H. 7, S. 758-778 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im folgenden analysiert und kommentiert der Autor, bis Ende 1999 Mitglied der Jabloko-Fraktion der russischen Staatsduma, das Ergebnis der jüngsten Parlaments- und Präsidentenwahlen in Rußland. Die Wahlen hätten Hoffnungen auf ein Vorankommen in Richtung bürgerlicher Gesellschaft nicht erfüllt. Insgesamt sei die Zunahme der autoritären Tendenzen in der Leitung von Staat und Gesellschaft die wahrscheinlichste Entwicklungsvariante in Rußland." (Autorenreferat)

[110-CSA] Shakin, Dmitry; Myagkov, Misha; Ordeshook, Peter C.:

The Disappearance of Fraud: The Forensics of Ukraine's 2006 Parliamentary Elections, in: Post-Soviet Affairs 2007, 23, 3, July, 218-239., 2007, ISSN: 1060-586X

INHALT: Ukraine's 2006 parliamentary election was deemed free and fair by outside observers, at least as compared to elections in other states of the former USSR and most notably as compared to the second (November) round of its 2004 presidential vote. In earlier research we applied several statistical forensic indicators to official election returns to assess the extent of fraud in that election and in Russia, and we used those indicators to confirm that Ukraine's December presidential runoff rerun was largely devoid of the fraud that undermined the November vote's legitimacy. Here we apply those same indicators to official returns from Ukraine's 2006 vote, not simply to confirm what observers conclude about that election but also to lend credence to the indicators themselves.

[111-L] Siemers, Wilhelm Johann:

Im Schatten des Präsidenten: die Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002, in: KAS-Auslands-Informationen, 2002, Nr. 4, S. 23-40 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_366.pdf)

INHALT: "Die ukrainische Parlamentswahl hat einen heimlichen Sieger. Es ist Präsident Leonid Kutschma. Zwar gewann der prowestliche und marktwirtschaftlich orientierte Ex-Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko mit seinem Parteienbündnis 'Unsere Ukraine' die Mehrheit der Zweitstimmen, doch der präsidentennahe Wahlblock 'Für eine geeinte Ukraine' unter der Führung von Wolodymr Lytwyn konnte die meisten Direktkandidaten durchbringen. Kutschmas Strategie, eine starke Pro-Präsidenten-Fraktion im Parlament zu platzieren, um nach Belieben schalten und walten zu können, ging auf. In der Zusammenarbeit zwischen Präsident, Ministerkabinett und Parlament ist vorerst keine große Änderung in Sicht. Die

richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft der Ukraine ist die Präsidentschaftswahl im Oktober 2004." (Autorenreferat)

[112-CSA] Tucker, Joshua A.; Meirowitz, Adam:

Run Boris Run: Strategic Voting in Sequential Elections, in: The Journal of Politics 2007, 69, 1, Feb, 88-99., 2007, ISSN: 0022-3816

INHALT: Following the 1995 Russian parliamentary election, it was suggested that Russian voters may have used their votes to send a message to the then current Russian president, Boris Yeltsin, who was scheduled to run for reelection six months later. Building on this observation, we consider the incentives for information transmission through strategic voting in systems with sequential elections. We find that when an election for a sufficiently weak institution (e.g., a parliament) precedes an election for a strong institution (e.g., a president), in any equilibrium some voters vote against their preferred party in the first election to send a message to candidates in the second election. Following a brief discussion of the intuition underlying this argument, we present a model that allows us to isolate institutional features that affect the prevalence of this type of strategic voting: the relative importance of institutions to voters, the timing of sequential elections, & the relative cost of responsiveness by candidates.

[113-L] Turovsky, Rotislav:

Regional aspects of national elections in Russia, in: Vladimir Gel'man, Grigorii V. Golosov, Elena Meleshkina (Hrsg.): The 1999-2000 national elections in Russia : analyses, documents and data, Berlin: Ed. Sigma, 2005, S. 143-165, ISBN: 3-89404-241-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5152)

INHALT: Der Autor argumentiert, dass eine Beschreibung des russischen Wahlraumes die Anwendung mehrerer Prinzipien voraussetzt, wobei die geographische Komponente von besonderer Bedeutung für die Wahlergebnisse ist. Dabei werden die Unterscheidungen zwischen 'Nord-Süd' und 'ethnisch-russischem Kern vs. nichtrussischer Peripherie' hervorgehoben. Es werden die Entwicklungen innerhalb des Zentrums, der Semi-Peripherie und der eigentlichen Peripherie untersucht, ihre Relevanz für die Wahlergebnisse wird aufgezeigt. (ICG)

[114-L] Ziemer, Klaus (Hrsg.):

Wahlen in postsozialistischen Staaten, Opladen: Leske u. Budrich 2003, 380 S., ISBN: 3-8100-3942-X (Standort: UB Bonn(5)-2003-3851)

INHALT: "Wahlen bilden in Demokratien die entscheidende Grundlage für die Legitimation jeglicher staatlicher Herrschaft. In Staaten des Realsozialismus besaßen Wahlen dagegen eine deutlich andere Funktion. Hierin lag einer der grundlegenden Unterschiede der Begründung politischer Macht in beiden Systemen. Der Arbeitskreis Postsozialistische Gesellschaften der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) hat sich in den neunziger Jahren mehrfach mit Problemen auseinandergesetzt, die sich aus der Transformation der bisherigen realsozialistischen politischen und sozioökonomischen Systeme in Europa ergeben haben. Es lag daher nahe, auch die Rolle zu untersuchen, die Wahlen in postsozialistischen Staaten Europas zufällt. Während der Jahrestagung der DVPW im Oktober 1997 in Bamberg befasste sich der Arbeitskreis mit eben diesem Thema, und die im vorliegenden Band publizierten

Beiträge gehen ganz überwiegend zurück auf die damalige Tagung." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Klaus Ziemer: Wahlen in postsozialistischen Staaten (9-28); H. Linus Förster: Wahlen im Transformationsprozess der Republik Belarus (29-55); Ivo Georgiev: Wahlen im postsozialistischen Bulgarien (57-78); Vladimir Goati: Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien (79-110); Nenad Zakosek: Wahlen in Kroatien 1990-2000 (111-154); Klaus Ziemer: Wahlen im postsozialistischen Polen (155-188); Dorothee de Neve: Wahlen in Rumänien (189-216); Susanne Kraatz: Wahlen in Russland (217-254); Karel Vodicka: Wahlen und Transition in der Slowakei (255-282); Zdenka Mansfeldova: Wahlen im Transformationsprozess der Tschechischen Republik (283-305); Florian Grotz, Johanna Haiduk und Ihor Yahnyshchak: Wahlen in der Ukraine (307-344); Csilla Machos: Parlamentswahlen in Ungarn (1990-2002) (345-378).

5 Einstellungen der Bevölkerung/ politische Identität

[115-CSA] Carnaghan, Ellen:

Do Russians Dislike Democracy?, in: PS: Political Science & Politics 2007, 40, 1, Jan, 61-66., 2007, ISSN: 1049-0965

INHALT: Draws upon 60 intensive interviews with ordinary Russian citizens conducted between 1998 & 2003 to argue that one reason Russians reject liberal democrats & support leaders like Vladimir Putin who appear to be moving toward autocracy is because they perceive threats to democracy differently. This difference is due to inexperience in distinguishing between democratic & undemocratic actions & a failure to recognize how government actions have directly affected people's lives since the end of the Soviet regime. The Russian interviewees did not differentiate between democratic & autocratic actions/institutions & had little understanding of either the role of a legislature or the complexities of democratic practice. Other issues discussed include the people's disdain for Boris Yeltsin's market reforms & attempts to privatize government institutions & the Russian obsession for order which is a basis for Pres. Putin's popularity. A broader implication of this finding is that 'emerging quasi-democratic systems' may never become true democracies, not because the citizens don't like democracy, but because they are unable to recognize signals that endanger it.

[116-L] Constant, Amelie; Kahanec, Martin; Zimmermann, Klaus F.:

The Russian-Ukrainian political divide, (DIW Diskussionspapiere, 656), Berlin 2006, 26 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp656.pdf>)

INHALT: "The Orange Revolution unveiled significant political and economic tensions between ethnic Russians and Ukrainians in Ukraine. Whether this divide was caused by purely ethnic differences or by ethnically segregated reform preferences is unknown. Analysis using unique micro data collected prior to the revolution finds that voting preferences for the forces of the forthcoming Orange Revolution were strongly driven by preferences for political and economic reforms, but were also independently significantly affected by ethnicity; namely language and nationality. Russian speakers, as opposed to Ukrainian speakers, were significantly

sierte Wahlkämpfe (448-461); Andrea Volkens: Manifesto Research: Past, Present, and Future (462-477); Kapitel V. Politische Repräsentation und politische Leistungsfähigkeit: Sören Holmberg: Necessarily Unrepresentative Political Parties (481-494); und vier weitere Beiträge von Jacques Thomassen, Hermann Schmitt, Kai-Uwe Schnapp und Edeltraud Roller.

[118-L] Katchanovski, Ivan:

Cleft countries: regional political divisions and cultures in post-soviet Ukraine and Moldova, (Soviet and post-soviet politics and society, Bd. 33), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2006, 286 S., ISBN: 3-89821-558-X (Standort: SUB Hamburg(18)-A2006/6467)

INHALT: "During the 'Orange Revolution' in Ukraine, the second largest country in Europe came close to a violent break-up similar to that in neighboring Moldova, which witnessed a violent secession of the Transnistria region. Numerous elections, including the hotly contested 2004 presidential elections in Ukraine, and surveys of public opinion showed significant regional divisions in these post-Soviet countries. Western parts of Ukraine and Moldova, as well as the Muslim Crimean Tatars, were vocal supporters of independence, nationalist, and pro-Western parties and politicians. In contrast, Eastern regions, as well as the Orthodox Turkic-speaking Gagauz, consistently expressed pro-Russian and pro-Communist political orientations. Which factors - historical legacies, religion, economy, ethnicity, or political leadership - could explain these divisions? Why was Ukraine able to avoid a violent break-up, in contrast to Moldova? This is the first book to offer a systematic and comparative analysis of the regional political divisions in post-Soviet Ukraine and Moldova. The study examines voting behaviour and political attitudes in two groups of regions: those which were under Russian, Ottoman, and Soviet rule; and those which were under Austro-Hungarian, Polish, Romanian, and Czechoslovak rule until World War I or World War II. This book attributes the regional political divisions to the differences in historical experience. This study helps us to better understand regional cleavages and conflicts, not only in Ukraine and Moldova, but also in other cleft countries." (author's abstract)

[119-L] Klingemann, Hans-Dieter:

Der Wechsel von Regimen: Bürger und Parteien in den neuen Demokratien, in: WZB-Mitteilungen, 2003, H. 99, S. 5-8 (Standort: USB Köln(38)-XA1592; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser hat 1990 die Gelegenheit genutzt, in Mittel- und Osteuropa ein Forschungsnetzwerk aufzubauen, das sich mit dem Demokratisierungsprozess in dieser Region befassen sollte. Untersucht wurden die politischen Einstellungen der Bevölkerung zu den neuen demokratischen Regimen und politischen Institutionen sowie die Rolle von Parteien und Wahlen im demokratischen Konsolidierungsprozess. Es wurde eine Buchreihe zu den "Gründungswahlen" in Osteuropa eingerichtet und eine umfangreiche, in ihrer Art einzigartige Datenbank aufgebaut. Der Verfasser betont die zentrale Rolle politischer Parteien als Mittler zwischen Bürgern und Staat. Die Untersuchungen sollen in den kommenden Jahren fortgeführt werden. (ICEÜbers)

[120-L] Kuzio, Taras:

Semi-authoritarianism in Kuchma's Ukraine, in: Nicolas Hayoz, Andrej N. Lushnycky (eds.): *Ukraine at a crossroads*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 33-61, ISBN: 3-03910-468-3

INHALT: Der Verfasser analysiert die Art des Regimes in der Ukraine in einem vergleichenden Kontext mit anderen GUS-Staaten. Einleitend werden die Folgen des sowjetischen Erbes für den Verlauf der postsozialistischen Transformation in der Ukraine erörtert. Dabei stehen die Probleme der nationalen Integration und Identität im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Es wird die Spaltung des Landes analysiert, die zur Entstehung eines 'hybriden Regimes' geführt hat, und mit Entwicklungen in anderen GUS-Staaten verglichen. Weitere Aspekte der Untersuchung beziehen sich auf den virtuellen Kampf gegen die Korruption, den Mangel an Haushaltstransparenz und die offizielle Haltung zu Zivilgesellschaft und politischer Opposition. Vor diesem Hintergrund wird die These vertreten, dass die Quelle des amorphen Zentrismus in der Schwäche der nationalen Identität zu suchen ist. Die Vorherrschaft der früheren sowjetischen ostukrainischen Eliten, die eine amorphe nationale Identität vertreten, hat zu einer ambivalenten Innen- und Außenpolitik geführt. Nur eine Überwindung des sowjetischen Erbes kann die Spaltung des Landes beseitigen und sein 'hybrides' Regime verwandeln. Die Verbindung zwischen nationaler Identität und Zivilgesellschaft war in den Wahlen 2004 offensichtlich. Massenproteste, die in der 'orangen Revolution' kulminierten und zum Sieg von Jushchenko führten, wurden von den westlichen und zentralen Teilen der Ukraine geführt. Diese Wahlen waren nicht nur Wahlen im Sinne der Wahl eines neuen Präsidenten. Sie waren auch eine Wertung bezüglich der Regierungszeit von Kutschma sowie ein Konflikt zwischen zwei politischen Kulturen: zwischen der europäischen (Jushchenko) und eurasischen (Janukowych). (ICG2)

[121-L] Lorenz, Astrid:

Belarus: Politische Kultur und Systemwechsel, in: Raimund Krämer (Hrsg.): *Autoritäre Systeme im Vergleich*, Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam, 2005, S. 195-207, ISBN: 3-937786-68-6 (Standort: UB Siegen(467)-31/PDB/1717)

INHALT: Belarus an der westlichen Peripherie der ehemaligen Sowjetunion gelegen, klein, mit offener Volkswirtschaft und einem im osteuropäischen Vergleich hohen Wohlstand und Human Development Index ausgestattet, kann in seiner Demokratisierung derzeit als unterbrochen oder gescheitert bezeichnet werden. Der vorliegende Beitrag sucht nach Erklärungen für diesen Tatbestand. Üblicherweise sollen zwei Thesen die politische Entwicklung im autoritären Belarus erklären: Zum einen jene, dass der seit 1994 amtierende Präsident Lukaschenko als Alleinherrscher sämtliche Geschicke des Landes lenkt. Zum anderen jene von einer speziellen politischen Kultur der Belarussen, die gewissermaßen "diktaturanfällig" seien. Nicht selten werden beide Thesen miteinander kombiniert: Lukaschenko sei eine - teils sogar als gesetzmäßig bezeichnete - Folge der historischen und politisch-kulturellen Eigenarten von Belarus. Der Beitrag setzt sich genauer mit den Charakteristika und der möglichen Prägekraft der politischen Kultur in Belarus auseinander. Er diskutiert die Grenzen ihrer Erklärungskraft hinsichtlich politischer Prozesse und bespricht weitere bedeutsame Variablen. Unter politischer Kultur versteht die Autorin die Gesamtheit der das politische System (polity), das politische Verhalten (politics) und die politischen Inhalte (policy) betreffenden Einstellungen. Hierzu zählen insbesondere das Verhältnis der Bürger zum Staat und zur Eigenstaatlichkeit, ihre kollektive Identität, politische Ideen und Wertehierarchien, die Wahrnehmung abstrakter

politischer Institutionen (Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung u.a.), politischer Wettbewerb und politische Partizipation. (ICA2)

[122-F] Michaleva, Galina (Bearbeitung):

Russische Regionen (Pilotprojekt)

INHALT: Die zunehmende, regionale Differenzierung im politischen und kulturellen Bereich im Laufe der Transformation ist durch regionalspezifische Elemente geprägt, die man in der Geschichte zurückverfolgen kann. Das gemeinsame Pilot-Projekt der Forschungsstelle und des Instituts für gesellschaftspolitische Forschung Moskau machte es sich daher zur Aufgabe, die regionalspezifischen Verhaltensmuster und die regionalen Identifikationen zu untersuchen. Methodisch bediente sich die Studie gleichermaßen historischer, politikwissenschaftlicher und kulturologischer Analysen. Jede regionale Analyse basierte auf der Auswertung zahlreicher empirischer Daten aus Interviews, Umfragen, statistischen Analysen, Beobachtungen, Dokumentenanalysen usw. Im Zentrum der Forschung stehen vier (russische) Gebiete: Novgorod, Vorones, Saratov und Ekaterinburg, insbesondere die Gebietsmetropolen. Aus folgenden Gründen wurden diese Regionen gewählt: Alle vier Gebiete haben eine überwiegend russische Bevölkerung, vor 1991 dominierte hier von allem der militärisch-industrielle Komplex. Die Regionen sind voneinander geographisch relativ weit entfernt, so daß gegenseitige Einwirkungen ausgeschlossen sind. Sowohl die Geschichte dieser Regionen als auch die gegenwärtige politische und kulturelle Entwicklung sind extrem unterschiedlich. Die Arbeit widmet sich der Politik und Kultur der jeweiligen Region; die Analyse wird dabei mit einem historischen Rückblick verbunden. Die Geschichte der jeweiligen Region wird allerdings nicht für sich selbst genommen, sondern unter dem Gesichtspunkt untersucht, welche Traditionen in Politik und Kultur lebendig geblieben sind. Die aktuelle politische Entwicklung wird seit Beginn der Perestrojka ausführlicher untersucht, wobei die Entstehung neuer politischer Akteure sowie die Institutionalisierungsprozesse im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Es werden der schrittweise Aufbau der Exekutiv- und Legislativorgane, der Parteien und politischen Bewegungen, die Rolle der Wahlen in diesem Prozeß sowie das Wahlverhalten der Bürger beschrieben. Es gehörte zu den Aufgaben der Autoren, regionalspezifische Formen der politischen Konfliktlösung zu finden. Die kulturelle Entwicklung der Regionen wird durch Beschreibung der für jede Region spezifischen Kulturgattungen dargestellt. Es galt festzustellen, ob ein regionaler Mythos vorhanden ist und welche Auswirkung seine Existenz auf die kulturelle Entwicklung hat. Ziel war es, Porträts der Regionen zu erarbeiten, indem gezeigt werden sollte, welche spezifischen Entwicklungsformen die Gestalt (pattern) der jeweiliger Region prägen. Kooperationspartner: Russländische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität (RGGU) Stiftung "Zentrum für moderne politische Studien" (Moskau). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland

METHODE: Ergebnisse: In jeder Region existieren mehr oder weniger deutliche "patterns" sowohl der politischen als auch der kulturellen Entwicklung, die zurück in die Geschichte verfolgt werden können. 1. Im politischen Bereich geht es um den Grad der Diversifikation der Machtzentren; diese Differenzierung bestimmt sowohl den Grad der Institutionalisierung in der Politik als auch die Formen der Konfliktlösung und die Öffentlichkeitsformen von Politik und "regionaler Ideologie". 2. Die Strukturierung des politischen Lebens in den Regionen ist mit deren Selbstidentifikation bzw. der Loyalität zu Moskau stark verbunden. Der in allen Gebietsmetropolen existierende Hauptstadt-Mythos wird in äußerst unterschiedlicher Weise konzipiert und wirkt dementsprechend anders auf das politische und kulturelle Leben. Dabei versteht sich Ekaterinburg als Hauptstadt des Urals, Vorones als Hauptstadt der Schwarzzerde-

zone Rußlands, Saratov als Hauptstadt der Volga-Region und Novgorod als Hauptstadt des Nord-Westens. 3. Wichtig für die kulturelle Entwicklung und für die Selbstidentifikation ist auch der Mythos des goldenen Zeitalters. Dieses liegt für Novgorod im 13. Jahrhundert, der Periode der Novgorod-Republik, für Saratov ist die Industrialisierung Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts die Zeit der Blüte gewesen. Für Voronesch sind die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts das "goldene Zeitalter", als die Stadt zur Hauptstadt des Zentralen Gebiets wurde, für Jekaterinburg schließlich ist es gar die Gegenwart. 4. Die kulturellen Patterns jeder Region bestimmen die regionalspezifischen Kulturformen und Orientierungen, wie z.B. die Orchester für Volksmusik in Voronesch, die Rockgruppen und Galerien in Jekaterinburg, die Theater und Literaturgruppen in Saratov oder die Architektur und Museen in Novgorod. Da dieses Projekt nur einen Pilotcharakter hatte, sind viele Forschungsfelder ausgeklammert bzw. nur oberflächlich erfaßt worden. Es ist daher ein weiteres Projekt mit folgender Zielsetzung geplant: a) Vertiefung der methodologischen Grundlagen; b) Einbeziehung weiterer Regionen, darunter auch nationale Republiken (z.B. Tatarstan oder Kalmykien) sowie weiterer Gebiete mit ausgeprägten spezifischen Traditionen (z.B. das Gebiet Astrachan oder Irkutsk); c) Ausarbeitung des historischen Teils; d) Verstärkung des komparativen Elements, wobei nicht nur regionalspezifische, sondern allgemeintypische politische und kulturelle Besonderheiten analysiert werden sollen; e) Erweiterung der kulturologischen Analyse; f) Untersuchung unter dem spezifischen Gesichtspunkt: inwieweit die europäischen Traditionen und die Intensität der gegenwärtigen Verbindungen nach Europa das politische Leben der Regionen allgemein und die regionale Außenpolitik im Besonderen beeinflussen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ryzenkov, S.; Ljuchterhandt-Michaleva, G. (Red.): *Politika i kul'tura v rossjskoj provincii*. M. - SPb, "Letnij sad", 2001, 267 S.+++Luchterhandt-Michaleva, G.: Zur politischen und kulturellen Entwicklung der russischen Provinz - Vorstellung eines Forschungsprojektes. in: Höhmann, H.-H. (Hg.): *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas*. Bremen: Edition Temmen 2000, S. 178-189.+++ Michaleva, G.: Rußlands Regionen in der Politik. in: *Russland unter Putin. Der Bürger im Staat*, 2001, H. 2/3, S. 116-121.

ART: *BEGINN:* 1996-01 *ENDE:* 2001-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0421-218 - 3257, e-mail: luchterh@osteuropa.uni-bremen.de)

[123-L] Minkenberg, Michael:

Rechtsradikalismus in Mittel- und Osteuropa nach 1989, in: Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus : Personen - Organisationen - Netzwerke ; vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen: Leske u. Budrich, 2002, S. 61-74, ISBN: 3-8100-3399-5 (Standort: UB Bonn(5)-2002-7472)

INHALT: Zu den vielfältigen Nebeneffekten des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa nach 1989 gehört auch das Auftreten einer lautstarken radikalen Rechten, die in der Regel wenig beachtet wird, in Einzelfällen aber beträchtliche Wahlerfolge zu verzeichnen hat. In vergleichender Perspektive stellt der Autor die Besonderheiten, das Potential und die Konturen der radikalen Rechten in Mittel- und Osteuropa dar. Dies geschieht anhand einiger Fallbeispiele aus zwei unterschiedlichen Ländertypen: Einerseits nahezu konsolidierte Demokratien und EU-Beitrittskandidaten wie Polen, Ungarn und die Tschechische Republik; andererseits Länder wie Rumänien und Russland, wo die Demokratisierung noch im Gang ist. Dabei

wird verdeutlicht, dass historische Faktoren, vor allem die Pfade der Nationsbildung und Staatswerdung, und politische Faktoren, die im unterschiedlichen Verlauf des Regimewechsels zu suchen sind, eine wichtige Rolle für den gegenwärtigen Rechtsradikalismus in der Region spielen. Der erste Abschnitt gibt einen Überblick über den aktuellen (wenig umfangreichen) Forschungsstand und skizziert das zugrundeliegende Konzept für den Vergleich des Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Im Anschluss wird unter Berücksichtigung von Umfragedaten das rechtsradikale Mobilisierungspotential in Mittel- und Osteuropa nach 1989 dargestellt. Hier offenbaren sich beträchtliche nationalistische und antisemitische Einstellungen sowie eine rechte Selbstidentifikation in der Öffentlichkeit. Der dritte Abschnitt präsentiert den rechtsradikalen Parteiensektor in Mittel- und Osteuropa, deren Wahlerfolge sich stark unterscheiden. Es folgt eine Beschreibung des Bewegungs- und Kleingruppensektors der rechtsradikalen Milieus. In abschließenden Betrachtungen umreißt der Autor den historisch-politischen Kontext des Rechtsradikalismus in der mittel- und osteuropäischen Region nach 1989. So ist die Geschichte des postsozialistischen Europa durch einen Mangel an demokratischer Erfahrung und Praxis in der Vergangenheit und die Dynamik und Offenheit des Transformationsprozesses charakterisiert, der zu instabilen politischen Bündnissen und einem relativ fließenden Parteiensystem führt. (ICG2)

[124-CSA] Oreshkina, Darya; Oreshkin, Dmitry:

The Geography of Russia's Electoral Culture, in: Social Sciences 2007, 38, 2, 71-87., 2007, ISSN: 0134-5486

INHALT: The article appeared in Russian in the Obshchestvennye nauki i sovremennost journal, No. 5, 2006.

[125-CSA] Petz, Ingo:

Awakening through Music: the Cultural Anti-Elite in Belarus, in: Osteuropa 2007, 57, 1, Jan, 49-55., 2007, ISSN: 0030-6428

INHALT: For the democratisation process in Belarus, there is a partner who has received too little notice so far. Since the middle of the 1990s, a cultural opposition made up of young people has taken shape. Their creativity & activities are an important force for democratic change. The protests after the presidential election in March 2006 showed this. The promotion of democracy from the West ought not only to look at the opposition parties. It is necessary to consider this new informal opposition & to offer it a forum in Europe. It is here that a young anti-elite is taking shape which will form tomorrow's Belarus.

[126-L] Riabchuk, Mykola:

Die Ukraine: ein Staat, zwei Länder?, in: Transit : europäische Revue, 2002, H. 23, S. 172-188 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die gegenwärtige Lage in fast allen postkommunistischen Ländern ist von tiefen gesellschaftlichen und politischen Ambivalenzen gekennzeichnet, was für die heutige Ukraine in besonderem Maße gilt. Wie zahlreiche empirische Befunde und sozialwissenschaftliche Daten immer wieder belegen, ist diese Ambivalenz einerseits eine Folge der regionalen, kulturellen und sprachlichen Diskrepanzen des Landes und geht andererseits auf die Atomisie-

rung der ukrainischen Gesellschaft durch den sowjetischen Totalitarismus zurück. Der Autor möchte mit seinen Ausführungen die These belegen, dass diese immer noch bestehende Erblast im ersten Jahrzehnt der politischen Unabhängigkeit des Landes nicht nur nicht überwunden, sondern dass sie im Gegenteil von der postsowjetischen Elite mit Bedacht konserviert wurde, und zwar als eine notwendige Bedingung ihres politischen Überlebens. Der Autor geht insbesondere auf den Ausgang der Parlamentswahlen vom Frühjahr 2002 ein, der die Ambivalenz der ukrainischen Gesellschaft und deren problematische Auswirkungen auf die politische Entwicklung des Landes erneut unter Beweis gestellt hat. (ICI2)

[127-L] Schmid, Ulrich:

Russland: politische Jugendorganisationen zwischen Komsomol und Konzeptualismus, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 18/2006, Nr. 3, S. 6-10, 55

INHALT: "Die Administration von Präsident Putin versucht mit den 'Unsrigen', eine dem Regime loyale Jugendorganisation aufzubauen. Dabei verbinden sich patriotische Klänge, sowjetische Reminiszenzen und Anleihen aus der Konzeptkunst. Die Breitenwirkung und Nachhaltigkeit dieser Anstrengungen sind aber keinesfalls gewiss." (Autorenreferat)

[128-L] Simon, Gerhard:

Aufbruch in der Ukraine: die postkommunistische Revolution in Orange, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 18/2005, H. 1, S. 7-13

INHALT: "Der Sozialwissenschaftler Gerhard Simon analysiert die so genannte Revolution in Orange vom Spätherbst 2004 in der Ukraine. Trotz vieler ungelöster Probleme ist das Land, so der Autor, im Aufbruch. Die Ukraine ist durch die Revolution in Orange eine andere geworden, weil sie erlebt hat, dass die Gesellschaft etwas bewegen und verändern kann. Das hatten die meisten Menschen - und die meisten Beobachter (!) - zuvor für ausgeschlossen gehalten. 1991 war die Ukraine eher der Nutznießer als der aktive Akteur bei der Erringung der Selbständigkeit gewesen. Jetzt hat das Land erstmals die Erfahrung von Selbstbestimmung gemacht. Die Revolution war und ist für Simon kein nationalistischer, sondern ein bürgerlich-demokratischer Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft mit Europa." (Autorenreferat)

[129-L] Szporluk, Roman:

Warum die Ukrainer Ukrainer sind: Kommentar zu Riabchuk, in: Transit : europäische Revue, 2002, H. 23, S. 189-195 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor setzt sich mit den Ausführungen von Mykola Riabchuk im vorliegenden Sammelband kritisch auseinander, in welchen eine tiefgreifende Ambivalenz in der Ukraine diagnostiziert wird, die eine "pervertierende Auswirkung" auf die politische Entwicklung des Landes habe. Riabchuk führt diese Ambivalenz zum einen auf die regionalen, kulturellen und sprachlichen Trennlinien zurück, die das Land durchziehen, zum anderen betrachtet er sie als Folge der "Atomisierung der ukrainischen Gesellschaft durch den sowjetischen Totalitarismus". Einen deutlichen Beleg für seine These sieht Riabchuk im Ausgang der ukrainischen Parlamentswahlen im Frühjahr diesen Jahres. Der Autor zieht vor allem die von Riabchuk

konstatierten Ambivalenzen auf politischer, gesellschaftlicher und sprachlich-kultureller Ebene in Zweifel, denen er jeweils seine eigene Deutung gegenüberstellt. (ICI)

6 Rolle der Medien/ Meinungsfreiheit

[130-CSA] Azhgikhina, Nadezhda:

The struggle for press freedom in Russia: reflections of a Russian journalist, in: Europe-Asia Studies 2007, 59, 8, Dec., 1245-1262., 2007, ISSN: 0966-8136

INHALT: Draws on personal experience to provide an insider's perspective on post-Soviet journalism, rejecting the idea that free speech is dead in Russia & the Vladimir Putin regime is responsible. The origins of the current troubled state of Russian media independence are contemplated. The case of journalist Anna Politkovskaya, murdered in October 2006, is described as just one instance of the startling violence against journalists in Russia. While there are reasons for pessimism regarding freedom of speech in Russia, some cause for optimism is cited. After asserting that press freedom emerged from perestroika, attention is given to a detailed historical review of the liberal Soviet press during that period & the tumultuous post-Soviet 1990s. The 1999 election is said to have negatively impacted the journalistic profession, with the new millennium seeing the emergence of self-censorship. The state monopoly on the news (about 80% of press ownership) is noted. The three hundred year existence of the Russian press is claiming to have been characterized by censorship, with the Doctrine of Informational Security marking a new struggle for press freedom. Current examples of censorship & media control are given, underscoring the end of what is terms a golden age of a new Russian independent media.

[131-L] Dyczok, Marta:

The politics of media in Ukraine: election 2002, in: Nicolas Hayoz, Andrej N. Lushnycky (eds.): Ukraine at a crossroads, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 63-99, ISBN: 3-03910-468-3

INHALT: Anhand einer Untersuchung zur Wechselwirkung zwischen Massenmedien und Politik stellt die Verfasserin fest, dass die ukrainischen Wähler nicht sehr stark in ihren politischen Entscheidungen durch die Medien beeinflusst gewesen sind. Diese These wird insbesondere durch die Analyse des Zusammenhangs zwischen Sendezeit und Wahlergebnissen verdeutlicht. Auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse wird erläutert, dass die Kontrolle über Massenmedien, insbesondere über das Fernsehen keine Wahlergebnisse in der Ukraine garantiert. Die Wähler in der Ukraine haben sich als intelligenter als erwartet gezeigt und waren in der Lage festzustellen, was für eine Rolle den Medien im Wahlkampf zugewiesen worden war. Ein weiteres Ergebnis der Analyse der ukrainischen Wahlergebnisse aus der Sicht der Medien besteht darin, dass die Muster der sowjetischen politischen Kultur in der postsowjetischen Ukraine weiterhin vital sind. Einstellungen, Verhalten, Überzeugungen, Gewohnheiten und Werte, die das politische Verhalten prägen, demonstrieren den Mangel an Rechtsstaatlichkeit, an Vertrauen zu politischen Eliten und Journalisten sowie die systemische Korruption und Vetternwirtschaft in der heutigen Ukraine. Medieneigentümer sind aktive Instanzen der Zensur und der Verzerrung der Information. Sie sind Teil der alten Elite und beeinflussen die Politik gemäß ihrer Interessen. Journalisten sollten über Korruption und Gesetzesverlet-

zungen berichten, aber sie selbst sind oft Teil des Problems. Es wird argumentiert, dass im medialen Bereich kein Handlungsspielraum für demokratische Entwicklungen vorhanden ist, wenn der Staat und die Oligarchen die Massenmedien und insbesondere das Fernsehen kontrollieren. (ICG)

[132-L] Nußberger, Angelika; Schmidt, Carmen (Hrsg.):

Medienrecht und Meinungsfreiheit in Russland, (Schriften zu Kommunikationsfragen, 40), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 183 S., ISBN: 3-428-11789-1

INHALT: Der Grad der Meinungsfreiheit in Russland sowie das dortige Medienrecht und seine Anwendung werden ausführlich und im Kontext der europäischen Entwicklung beschrieben. Als Ausgangspunkt und Maßstab werden zuerst die Entscheidungen der mittel- und osteuropäischen Verfassungsgerichte und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vorgestellt, außerdem die Entwicklung des Medienrechts in der EU. Eine wichtige Frage dabei ist, ob das Medienrecht als Wirtschaftsrecht oder als Kulturgüterschutzrecht anzusehen ist. Außerdem ordnet Otto Deppenheuer, Professor für Staatslehre, Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie in Köln, die Medien zwischen Recht und Ethik ein. 'Ohne rechtlich garantierte Freiheit der Medien stellt sich die Frage einer ethischen Selbstbindung nicht' (45), schreibt er - eine gerade auch mit Blick auf Russland zentrale Aussage. Denn dort ist eine 'ausdrückliche Absicherung der Medienfreiheit auf der Ebene der Verfassung (...) noch nicht erfolgt' (78), so Stanislav Severdjaev von der Lomonossov-Universität Moskau. Vielmehr zeigt sich, dass die Medien auf der Grundlage von Antiterror-Gesetzen, die sich unausgesprochen aber deutlich auf den Tschetschenien-Konflikt beziehen, einer Zensur unterworfen werden können. Margareta Mommsen, Professorin in München, konstatiert 'grundlegende Mängel im Prozess der demokratischen Konsolidierung' (122), die sich beispielhaft anhand der Reglementierung der Medien zeigen lässt. Die Meinungsfreiheit und Medienvielfalt werden beschränkt und damit ein Wesensmerkmal jeder Demokratie 'dem Ziel geopfert, unter allen Umständen das bürokratische Machtmonopol aufrechtzuerhalten' (125). Dass die Entwicklung in Russland nicht die zwingende Folge der Transformationsprozesse ist, wird in Beiträgen über Weißrussland und Estland gezeigt. Während in Weißrussland eher von Medienunfreiheit gesprochen werden muss, ist die estnische Entwicklung vorbildlich. Dort ist in kurzer Zeit eine verfassungsrechtlich abgesicherte freie Medienlandschaft entstanden. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Teil I: Die völkerrechtlichen und europäischen Grundlagen: Angelika Nußberger: Aktuelle Probleme im Bereich des Medienrechts im Spiegel der Entscheidungen mittel- und osteuropäischer Verfassungsgerichte und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (13-26); Bernd Grzeszick: Aktuelle Probleme der Entwicklung des Medienrechts im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (27-44); Teil II: Regelung und Selbstregelung in den Medien: Otto Deppenheuer: Medien zwischen Recht und Ethik (45-65); Michail Fedotov: Auf dem Wege zur Pressefreiheit: die Erfahrung Russlands (65-74); Stanislav Severdjaev: Verfassungs- und Rechtsnormen des Informationsaustausches in Russland (75-82); Michail Pastuchov: Entwicklung des Medienrechts in Belarus (83-94); Carmen Schmidt: Entwicklung des Medienrechts in Estland (95-108); Teil III: Alte und neue Herausforderungen der Medienfreiheit. Alte und neue gesetzgeberische Reaktionen: Margareta Mommsen: Das Verhältnis von Macht und Medien in der Russischen Föderation (109-126); Viktor N. Monachov: Meinungsfreiheit und neue Informationstechnologien (127-138); Michael Geistlinger: Die Bedrohung der offenen Gesellschaft: Medienrecht und Terrorismus (139-150); Vezeslav Rjabkov: Rechtliche Mechanismen der Gegenmaßnahmen gegen Extremismus in den Medien (151-158); Dmitrij Muratov: Wahlkampf in Tschetschenien - Ein Beispiel aus der Praxis (159-160); Jurij

Baturin: Medienrecht als Indikator für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, der Demokratie und des Rechtsstaats (161-166); Ekaterina Lysova: Die Freiheit der Massenmedien und Wahlen in Russland: Interessenkonflikt (167-176); Sergej Bolsakov: Der Wahlkampf in Russland aus der Perspektive der Zentralen Wahlkommission (177-182).

[133-CSA] Oates, Sarah:

The neo-Soviet model of the media, in: Europe-Asia Studies 2007, 59, 8, Dec., 1279-1297., 2007, ISSN: 0966-8136

INHALT: This article traces the genesis of a neo-Soviet model of the mass media. Through an examination of the Russian media in the post-Soviet era as well as a review of media performance during elections in the region, the article concludes that the Russian media now operate in a 'neo-Soviet' fashion. Factors in this media model include a rejection of balance or objectivity; flaws in media law; self-censorship; government interference and harassment of media outlets; the lack of journalistic professionalism; and an atmosphere of violence against journalists. Furthermore, there are continuities in audience reception from the Soviet to the neo-Soviet model.

[134-L] Scharf, Albert; Fedotov, Michail (Hrsg.):

Medienrecht im Vergleich Deutschland-Russland: eine Initiative des Petersburger Dialogs, Würzburg: Königshausen u. Neumann 2004, 414 S., ISBN: 3-8260-2943-7 (Standort: B d. Inst. f. Auslandsbez. Stuttgart(212)-24839)

INHALT: Eine Gruppe von russischen und deutschen Experten im Bereich des Medienrechts legt eine rechtsvergleichende Analyse vor, die aufzeigt, auf welche Herausforderungen die Medienfreiheit gegenwärtig trifft und welche Wege zur Überwindung dieser Herausforderungen von den Rechtssystemen beider Länder angeboten werden. Im Einzelnen werden Gesetzgebung und Praxis der Rechtsanwendung in achtzehn Fragenkomplexen für beide Länder dargestellt. Dabei handelt es sich um folgende Bereiche: verfassungsrechtliche Grundlagen, Schranken der Meinungs- und Medienfreiheit, Mediengesetzgebung und -struktur, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Rolle internationaler Verträge, Selbstregulierung, Zuständigkeit von Exekutivbehörden, Registrierung und Lizenzierung, Eigentumsrecht, Recht auf Information, Zugang zu geschützten Informationen, Schutz der persönlichen Ehre, Schutz der Individual-sphäre, gerichtliche Kontrolle der Informationsverbreitung, Schutz der Informationsquellen, Schutz der öffentlichen Moral und Jugendschutz, Werbung, Wahlen. (ICE2)

[135-CSA] Skillen, Daphne:

The next general elections in Russia: What role for the media?, in: Europe-Asia Studies 2007, 59, 8, Dec., 1263-1278., 2007, ISSN: 0966-8136

INHALT: Examines recent changes to the Russian legal & political system to shed light on the media's narrowed capacity to cover the 2008 presidential elections. Focus is on developments since the last election, arguing that the Kremlin has been hard at work to ensure a victory. Amendments to electoral & other areas of law are reviewed in terms of how they impede the press' ability to cover the elections. Discussed is how media ownership has shifted into the hands of those loyal to the Kremlin, removing diversity & pluralism & encouraging self-

censorship. Despite this the existence of independent media persists even if the number of outlets is shrinking, & the Internet is identified as a rich source of independent information. Some attention is given to the rising government pressure on the independent press, politicians, & activists in the run up to the elections.

[136-L] Trautmann, Ljuba:

Demokratisierung oder Resowjetisierung?: die russischen Massenmedien im Transformationsprozess, in: Barbara Thomaß und Michaela Tzankoff (Hrsg.): Medien und Transformation in Osteuropa, Opladen: Westdt. Verl., 2001, S. 203-233, ISBN: 3-531-13476-0

INHALT: Der Beitrag befaßt sich mit den russischen Massenmedien im Transformationsprozeß und versucht die Frage zu beantworten, ob der Weg zur Demokratisierung oder zur Resowjetisierung führt. Zunächst wird der Reformprozeß in Politik, Wirtschaft und im sozialen Bereich beleuchtet, um dann Transformationsphasen und Funktionswandel der russischen Medien zu beschreiben. In einem weiteren Schritt werden die medienrechtlichen Grundlagen sowie die medienökonomischen Strukturen dargelegt. Des Weiteren werden Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt, Hörfunk, Fernsehlandschaft und die elektronischen Medien, insbesondere das Internet, einer Analyse unterzogen. Die Interaktion zwischen Fernsehen und Wahlen wird empirisch untersucht. Die Ausbildung der Journalisten, ihre Berufsethik und ihr berufliches Selbstverständnis werden anhand einer Sekundäranalyse hinterfragt. Fazit: Die russischen Medien haben es nicht geschafft in der Zeit, als Staat und Gesellschaft in die Krise gerieten, autonom und konstruktiv zum Aufbau eines unabhängigen Informationssystems und einer Zivilgesellschaft beizutragen, obwohl es vorübergehend Ansatzpunkte dazu gab. Die skizzierten Strukturmerkmale der Medien "lassen nur wenig Hoffnung, daß es in absehbarer Zukunft zu demokratischen Reformen in Rußland kommt". Zu dieser skeptischen Bewertung trägt die Tatsache bei, daß sich die russischen Medienschaffenden nicht durch die Herausbildung einer eigenen Mittelstandsidentität von der postsowjetischen Machtelite abgrenzen konnten. So fehlt russischen Journalisten die corporate identity, um als selbständige Akteure im Kampf um öffentliche Macht und Einfluß auftreten zu können. Die entscheidenden Akteure, die Rußlands Medienzukunft bestimmen, sind statt dessen der Staat und die "Oligarchen", die beide versuchen, die Presse und die elektronischen Medien für ihre Machtspiele zu instrumentalisieren. (RG)

7 Internationales Engagement

[137-L] Ahrens, Geert-Hinrich:

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine: die schwierige Mission der OSZE/ ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005), (ZEI Discussion Paper, C 151), Bonn 2005, 38 S., ISBN: 3-936183-51-1 (Graue Literatur;
URL: http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c151_ahrens.pdf)

INHALT: Der Autor, Leiter der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, beschreibt den dortigen Wahlverlauf für den Zeitraum August 2004 bis Januar 2005. Die Durchführung der Wahlen spiegelt sowohl die Schwierigkeiten der Wahlbeobachtung als auch der politischen Kultur im Land wider, mündet aber schließlich,

nach Vorgängen, die jetzt allgemein als 'orange Revolution' bezeichnet werden, in eine Lösung, die dem Willen der Wählermehrheit entspricht. Diese Lösung läuft auf eine Neubestimmung der innen- und außenpolitischen Koordinaten der ukrainischen Politik hinaus. In das Thema einführend, wird zunächst die innere Konfrontation zwischen den beiden politischen Lagern um die Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch und Juschtschenko dargestellt. Ferner werden die Stellungnahmen des internationalen Umfelds skizziert, insbesondere aus den USA, Kanada und Russland. Im Anschluss folgt eine Skizzierung der Struktur der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission (EOM) sowie der Grundlagen der EOM-Tätigkeit. Die EOM (Election Observation Mission) umfasst drei Teile: eine seit Ende August/Anfang September 2004 in Kiew arbeitende Kerngruppe (KG), die seit Anfang September im ganzen Land stationierten Langzeitbeobachter (LZB) und die jeweils zum Wahltag anreisenden Kurzzeitbeobachter (KZB). Das Mandat der EOM besteht darin, die Wahlen daraufhin zu beobachten, ob sie den von allen OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen entsprechen. Zudem wird ein Einblick in die Arbeit der Wahlbeobachter vermittelt, indem die Beziehungen der EOM zu den Beteiligten beschrieben werden. Sie ist durch den Anspruch der Transparenz geprägt. Die Resultate der Wahlbeobachtung gliedern sich in folgende Wahlen bzw. politische Entwicklungen: (1) die Bürgermeisterwahlen in der Kleinstadt Mukatschewo am 18. April 2004, (2) die erste Runde der Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober 2004, (3) die Stichwahl vom 21. November 2004, (4) die 'orange Revolution' sowie (5) den wiederholten zweiten Wahlgang vom 26. Dezember 2004. In einem Ausblick merkt der Autor an, dass in der Ukraine im März 2006 Parlamentswahlen stattfinden, deren ordnungsgemäße Durchführung nicht gesichert ist, wenn es nicht zu erheblichen Verbesserungen in Wahlgesetz und -praxis kommt. (ICG2)

[138-L] Berg, Andrea:

Who's afraid of George Soros?: the conflict between authoritarian rulers and international actors in Central Asia, in: Andrea Berg, Anna Kreikemeyer (eds.): *Realities of transformation : democratization policies in Central Asia revisited*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 127-140, ISBN: 3-8329-1637-7 (Standort: UB Bonn(5)-2006/5829)

INHALT: "The author analyses the tensions between authoritarian rulers and international actors in Central Asia. She identifies policy patterns used by the presidents in Central Asia with respect to their relations with international actors in order to maintain power. Regarding pre-emptive strategies focusing on arguments and measures employed by the present rulers against international actors, the author carefully studies their behaviour both towards George Soros' Open Society Institute (OSI) and the OSCE. She notes that, as the fear of a potential spread of 'coloured revolutions' seems to be growing, since the events in Uzbekistan in May 2005, Kazakhstan has also begun to restrict the activities of external non-governmental and international organizations." (author's abstract)

[139-L] Kostanyan, Amalia:

Die OSZE und die Antikorruptionsbewegung in Armenien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): *OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 543-554, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Seit dem Jahr 2000 gibt es eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der OSZE-Mission in Eriwan und dem Center for Regional Development/Transparency International (CRD/TI). Der Beitrag stellt vier Aspekte dieser Zusammenarbeit vor: (1) Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Politik; (2) Gewährleistung des Zugangs zu Umweltinformationen; (3) Wahlbeobachtung und Verbesserung der Wahlgesetzgebung; (4) Förderung regionaler Zusammenarbeit und Stabilität. Trotz der positiven Zwischenbilanz der Arbeit von OSZE und CRD/TI gilt es, die Anstrengungen zur Unterstützung der Antikorruptionsbewegung in Armenien zu verstärken. (ICE)

[140-L] Lindner, Rainer; Sahm, Astrid:

"Dialog" ohne Dialog vor "Wahlen" ohne Wahl?: Belarus' am Vorabend der Parlamentswahlen, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 50/2000, H. 9, S. 991-1003 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am 15. Oktober finden in Belarus' Parlamentswahlen statt. Ihr Verlauf wird das zukünftige Verhältnis des Landes zum übrigen Europa erheblich beeinflussen. Internationale Bemühungen, über Verhandlungen zwischen Staatsmacht und Opposition akzeptable Voraussetzungen für die Durchführung freier und fairer Wahlen zu schaffen, blieben in der ersten Jahreshälfte weitgehend erfolglos. Die Opposition verkündete daher im Juli 2000 ihre Absicht, die Wahlen zu boykottieren. Der nachfolgende Artikel analysiert ausführlicher das Wahlgesetz, die Positionen der belarussischen Führung und Oppositionsparteien sowie die Politik der europäischen Organisationen am Vorabend dieser für Belarus' so wichtigen Weichenstellung." (Autorenreferat)

[141-L] Torjesen, Stina; Overland, Indra (Hrsg.):

International election observers in Post-Soviet Azerbaijan: geopolitical pawns or agents of change?, (Soviet and post-soviet politics and society, 46), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007, 220 S., ISBN: 978-3-89821-743-9 (Standort: LB Stuttgart(24)-57/2290)

INHALT: Content: Stina Torjesen, Indra Overland: Introduction (7-16); Leila Alieva: International observation missions: assessments of the 2005 parliamentary election (17-64); Ulvi Amirbekov: Frameworks for election observation in Azerbaijan: institutional improvements but little impact? (65-84); Zafar Guliev: Parliamentary elections in Azerbaijan: democratic expectations versus imitated realities (85-108); Zardusht Alizade: The 2005 parliamentary elections: a mirror of politics and society in Azerbaijan (109-139); Rustam Seyidov: The post-election situation: who rules Azerbaijan? (141-168); Torgul Juvarly, Ali Abasov: Economic implications of the parliamentary elections: symbiosis of politics and economics (169-220).

[142-CSA] Zulueta-Fulscher:

Flawed Elections in Kazakhstan: How will the International Community React?, in: 4p, 2007, Fundacion para las Relaciones Internacionales y el Dialogo Exterior

INHALT: Most of the international observers described the vote counting in Kazakhstan as lacking in basic democratic standards. The lack of transparency and assorted procedural problems

noted throughout polling day tainted an election that many analysts had hoped would be a decisive step forward in Kazakhstan's path towards democracy. The standards do not meet the expectations raised before the elections, which had been sold to the international community as the means to acquire the legitimacy needed for Kazakhstan to assume the OSCE chairmanship in 2009.

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS (bisher FORIS) und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;

bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Ahrens, Geert-Hinrich 137
Ajvasova, Svetlana 92
Anohina, Natalia 93
Anokhina, N. V. 78
Azarova, Aitalina 1
Azhgikhina, Nadezhda 130

B

Barany, Zoltan 94
Baumann, Gabriele 40, 41
Beichelt, Timm 2, 3, 95
Berg, Andrea 138
Bernauer, Julian 85
Buhbe, Matthes 42, 73
Buzogany, Aron 4

C

Carnaghan, Ellen 115
Constant, Amelie 116

D

Durkot, Juri 96
Dyczok, Marta 131

E

Eschment, Beate 5

F

Fedotov, Michail 134
Fischer, Geertje 43
Fritz, Erich G. 6
Fuchs, Dieter 117

G

Geiss, Paul Georg 7
Gel'man, Vladimir 8, 97
Gelman, V. Ya. 15
Gilka-Bötzow, Agnes 74
Golosov, Grigorii V. 44, 45
Goode, J. Paul 75
Grotz, Florian 76
Gumppenberg, Marie-Carin v. 9

H

Halbach, Uwe 10
Haran', Oleksandr 46
Hesli, Vicki L. 98

I

Ismayr, Wolfgang 11

J

Jarabik, Balazs 12

K

Kahanec, Martin 116
Katchanovski, Ivan 118
Kauer, Lisl 18
Kempe, Iris 13
Kertman, Grigorij 92
Klingemann, Hans-Dieter 77, 119
Konitzer, Andrew 47
Kostanyan, Amalia 139
Kropp, Sabine 74
Küchholz, Juliane 14
Kuzio, Taras 120

L

Laboor, Ernst 48, 49
Lankina, T. V. 15
Lauzanne, Claire 16
Legutke, Annette 50
Leifeld, Philip 85
Likhtenchtein, Anna 51
Lindner, Rainer 17, 140
Lokshina, Tanya 52
Lorenz, Astrid 121
Lowry, Anna 39

M

Makarenko, Boris 42
Makarenko, Boris I. 73
Mangott, Gerhard 18, 19, 20
Manutscharjan, Aschot 99
Mark, Rudolf A. 21, 22
Markowski, Radoslaw 100
Mayer, Mary 52
Meirowitz, Adam 112

Meleshkina, Elena 93, 97
Meleshkina, Ye. Yu. 78
Meyer, Gerd 43
Michaleva, Galina 53, 122
Minkenberg, Michael 54, 95, 123
Mochmann, Ekkehard 77
Moraski, Bryon 79
Moraski, Bryon J 60
Motyl, Alexander J. 23
Myagkov, Misha 110

N

Newton, Kenneth 77
Nohlen, Dieter 80, 81
Nuriyev, Elkhon 101
Nußberger, Angelika 82, 132

O

Oates, Sarah 133
Oprach, Marc 55
Ordeshook, Peter C. 110
Oreshkin, Dmitry 124
Oreshkina, Darya 124
Oschlies, Wolf 102
Overland, Indra 141

P

Pashkouskaya, Yanina 24
Petz, Ingo 125
Pleines, Heiko 56, 57, 58, 103
Polese, Abel 25
Pollack, Detlef 86
Pshizova, S. N. 59

R

Rahr, Alexander 26
Reimer, Alexander 104
Reisinger, William M 60
Riabchuk, Mykola 126
Rjabchuk, Mykola 27
Roller, Edeltraud 117
Ross, Cameron 28
Rothacher, Albrecht 29, 30

S

Sahm, Astrid 140
Samoletova, Alla M. 31
Scharf, Albert 134
Schmid, Ulrich 127

Schmidt, Carmen 132
Schmitz, Karsten 83
Schneider, Eberhard 32, 61, 84, 104, 105, 106
Schneider-Deters, Winfried 33, 107, 108
Scholl, Stefan 62
Schröder, Hans-Henning 56, 57, 63
Schwabacher, Heinrich 64, 65
Sejnis, Viktor 109
Selb, Peter 85
Shakin, Dmitry 110
Shcherbak, Andrey 66
Shevchenko, Iulia 44
Siemers, Wilhelm Johann 111
Silitski, Vitali 34
Simon, Gerhard 35, 128
Skillen, Daphne 135
Smyth, Regina 39
Szporluk, Roman 129

T

Taylor, Charles Lewis 67
Thames, Frank C 68
Thieme, Tom 69
Thomas, Ray 52
Tiemann, Guido 86, 87, 88
Toka, Gabor 70
Torjesen, Stina 141
Trautmann, Ljuba 136
Tucker, Joshua A. 112
Turovsky, Rotislav 113

V

Vorndran, Oliver 89

W

Wegren, Stephen K 47
Wells, Paul 36, 71
Weßels, Bernhard 117
Wheatley, Jonathan 37
White, David 72
Wiest, Margarete 38
Wilkening, Brandon 39

Y

Yargomskaya, Natalia 90

Z

Ziemer, Klaus 114

Zimmer, Kerstin 91

Zimmermann, Klaus F. 116

Zulueta-Fulscher 142

Sachregister
A

Abgeordneter 69, 92
 Afrika 80
 Akteur 43
 Albanien 77
 Antiamerikanismus 69
 Antisemitismus 123
 Appointment 75
 Armenien 99, 139
 Aserbaidschan 10, 101, 138, 141
 Audiences 133
 Außenpolitik 4, 6, 8, 11, 18, 24, 29, 57, 99
 außerparlamentarische Opposition 69
 Authoritarianism (Political Ideology) 27, 35, 39, 79
 autoritäres System 2, 38, 105, 121, 138
 Autoritarismus 7, 34, 37, 82, 109, 121, 140

B

Baltikum 77, 86, 132
 Belarus 125
 Berichterstattung 127, 134
 berufliches Selbstverständnis 136
 Berufsbildung 136
 Berufsethos 136
 Bevölkerung 42, 48, 95, 119
 bilaterale Beziehungen 34, 99
 Bulgarien 67, 77, 86, 114
 Bundesrepublik Jugoslawien 77
 Bürgermeister 137
 Bürokratie 26

C

Candidates 98
 Censorship 130
 Chancengleichheit 31
 Commodification 59
 Commonwealth of Independent States 35
 Constitutional Amendments 135
 Constitutions 35
 Culture 125

D

Democracy 27, 35, 39, 47, 60, 72, 79, 115
 Democracy -- Kazakhstan 142

Democratization 28, 125
 Demokratieverständnis 69, 82, 87
 demokratisches Verhalten 24
 Demokratisierung 2, 3, 4, 6, 7, 9, 10, 13, 14, 16, 19, 20, 24, 31, 32, 37, 38, 67, 70, 76, 77, 86, 95, 100, 103, 105, 109, 119, 123, 126, 128, 136, 140, 141
 Demonstrations, Political 36, 71
 Dictatorship 79
 Diktatur 17, 21, 30
 Dominanz 26
 Dritter Weg 120

E

Effektivität 50
 Eigentumsrecht 134
 Elections 15, 23, 27, 28, 35, 36, 47, 59, 60, 62, 68, 71, 72, 75, 78, 79, 98, 110, 112, 124, 125, 130, 133, 135
 Elections -- Kazakhstan 142
 Elections -- Ukraine 12
 Electoral Systems 39, 79, 115
 Elite 7, 91
 Energie 34
 Entscheidungsträger 40
 Erbschaft 120
 Erdgas 34, 108, 141
 Erdöl 141
 Estland 86, 132
 Ethik 132
 ethnische Beziehungen 116
 ethnische Gruppe 85, 94, 116
 ethnische Herkunft 94, 116
 ethnischer Konflikt 4, 9
 ethnische Struktur 129
 Ethnizität 118
 Europapolitik 18
 Exekutive 19, 122

F

Faschismus 54
 Federalism 60
 Fernsehen 131, 136
 Föderalismus 18, 82
 Föderation 1, 82

Fraktion 106
 Frankreich 81
 Frau 40, 92
 Fraud 110
 Frauenfrage 40
 Freedom of Speech 130
 Freiheit 25
 Freiheitsrecht 3, 134
 Fundamentalismus 5, 54
 Funktionswandel 136

G

Geography 124
 Geopolitik 69
 Georgia, Transcaucasia 36, 71
 Georgien 10, 14, 37, 38, 138
 Gesellschaftspolitik 24
 Gesetzgebung 11, 73, 134
 Gewalt 52
 Gewaltenteilung 89
 Gewerkschaft 32
 Gleichberechtigung 40
 Governance 37
 Governors 75
 Großbritannien 81
 Großstadt 41, 43
 GUS 38

H

Herrschaft 3, 109
 Herrschaftsapparat 3
 Herrschaftsform 2, 3, 10
 Herrschaftssicherung 10
 Hörfunk 136

I

Identitätsbildung 93
 Ideologie 69
 Incentives 75
 Informationspolitik 86
 Informationsrecht 134
 Informationstechnologie 132
 informelle Struktur 1, 91
 Infrastructure 47
 Innenpolitik 10, 13, 21, 24, 33, 48, 57, 101, 103, 105, 107, 140
 Institutionalisierung 87, 88, 122
 institutionelle Faktoren 66
 institutioneller Wandel 32

Instrumentalisierung 74, 131
 Interessengruppe 22
 Interessenorientierung 117
 Interessenpolitik 9, 24, 141
 Interessenvertretung 11
 internationale Beziehungen 4, 17, 18, 99, 126, 129, 141
 internationale Organisation 138
 Internet 135, 136
 Irland 81
 Islamismus 5

J

Journalismus 136
 Journalist 136
 journalistischer Beruf 136
 Journalists 130, 133
 Jugend 127
 Jugendbewegung 127
 Jugendorganisation 127
 Jugendpolitik 127
 Jugendschutz 134

K

Kanada 137
 Kandidatenaufstellung 41
 Kandidatur 41, 56, 61, 65, 97
 Kasachstan 9, 138
 Kaukasusregion 10, 99
 Kirgistan 5, 7, 138
 Koalition 66, 69, 108
 Koalitionsbildung 66, 97, 102, 104, 108
 Koalitionspolitik 66
 Kommunalpolitik 11
 kommunistische Partei 4, 18, 42, 46, 49, 69, 106
 Kompetenzverteilung 26
 Konfliktlösung 122
 Konfliktpotential 87
 Konsolidierung 8, 25, 74
 Kontextanalyse 25, 87
 Konzentration 83
 Korporatismus 34
 Korruption 13, 31, 48, 74, 120, 131, 139
 Krieg 52
 Kroatien 67, 77, 114
 Kultur 122, 129

L

Landwirtschaft 33
Leadership 62
Lebenslauf 26
Legislative 1, 19, 122
Legislative Bodies 68, 78, 98, 112
Legislators 68
Legitimität 1, 91
Leistungsfähigkeit 117
Lettland 86
liberale Partei 69
Liberalisierung 5
Liberalismus 26
Litauen 77, 86
Local Government 28

M

Macht 25, 51, 91
Machtkampf 8, 25, 26, 48, 58, 61, 63, 101
Machtpolitik 21, 30, 38, 51, 101
Machtsicherung 10, 64, 138
Machtwechsel 10, 18, 22, 96
Manipulation 41, 52
Markets 59
Marktwirtschaft 105
Massenbewegung 127
Massenmedien 11, 37, 127, 136
Mass Media 133
Mayors 15
Mazedonien 77
Medien 2, 131
Medienarbeit 131
Medienjournalismus 131
Medienökonomie 136
Medienpolitik 132, 134
Medienrecht 132, 134, 136
Mehrheitswahl 76, 80, 81, 83, 90
Mehrparteiensystem 19, 73
Meinungsfreiheit 2, 3, 132
Metropole 122
Minderheit 85, 94
Ministerpräsident 26
Mitteleuropa 11, 54, 67, 70, 76, 77, 100, 119, 123
Modernisierung 38, 95, 117
Modernisierungstheorie 2, 3
Moldau 4, 29, 118
Motivation 48, 66

N

nationale Entwicklung 120
nationale Identität 13, 120
nationale Integration 120
Nationalismus 49, 69, 95, 106, 123
Nationalität 116
Netzwerk 141
neue Medien 117
News Media 135
nichtstaatliche Organisation 94, 138, 141
Nord-Süd-Beziehungen 113

O

öffentliches Recht 134
öffentlich-rechtliche Einrichtung 136
ökonomische Entwicklung 87
ökonomischer Wandel 94
Oligarchie 31, 131
Opposition 10, 17, 21, 22, 25, 33, 34, 49, 56, 102, 106, 107, 109, 140
Organisation 50
Organisationsentwicklung 73
Organisationsstruktur 50, 73
organisierte Kriminalität 31, 120
orthodoxe Kirche 69
Osterweiterung 31, 33, 140
Osteuropaforschung 87
Ostmitteleuropa 85, 119
OSZE 137, 138, 139, 141
Ownership 130

P

Parlament 11, 18, 20, 41, 46, 49, 53, 57, 84, 85, 92, 102, 106, 107, 109, 111, 126, 140
Parlamentswahl 13, 14, 16, 19, 37, 40, 41, 56, 57, 58, 63, 69, 96, 97, 99, 101, 102, 103, 104, 141
Parteianhänger 44
Parteibasis 45
Parteidisziplin 44
Parteigesetz 32
Parteienrecht 42
Parteigründung 42, 50, 51, 53, 64
Parteipolitik 42
Partizipation 11, 94
Patriarchat 10
Patriotismus 49, 69
Personalisierung 70, 91

-
- Persönlichkeitsrecht 134
 Pluralism 27, 135
 Pluralismus 37
 Polarisierung 70
 Polen 76, 77, 86, 114, 123
 Policy Reform 39
 Political Behavior 68
 Political Campaigns 98
 Political Culture 35
 Political Institutions 39
 Political Opposition 125
 Political Parties 68, 72
 Political Power 27, 39
 Political power -- Ukraine 12
 Political Representation 59, 115
 Political Systems 39, 47, 78, 124, 135
 Politicians 135
 Politics 23
 Politiker 37, 40, 51, 55
 Politikwissenschaft 117
 politische Aktivität 40
 politische Bewegung 25, 61, 122
 politische Beziehungen 5
 politische Elite 2, 6, 19, 22, 37, 51, 63, 101, 120, 131
 politische Entscheidung 88
 politische Entwicklung 2, 4, 5, 30, 32, 42, 52, 73, 122, 126, 129, 137
 politische Führung 2, 6, 10, 16, 21, 22, 30, 38, 61, 63, 73, 101, 102
 politische Gruppe 32
 politische Herrschaft 16, 17
 politische Ideologie 45, 131
 politische Institution 1, 4, 45, 74, 88, 91, 100
 politische Kontrolle 131
 politische Krise 5, 25, 58, 101, 102
 politische Kultur 2, 7, 9, 11, 16, 17, 19, 25, 37, 87, 92, 100, 117, 118, 120, 121, 126, 131, 137
 politische Linke 42, 45, 46, 107
 politische Macht 4, 5, 6, 9, 16, 17, 19, 37, 42, 101, 138
 politische Mitte 42, 45
 politische Ökonomie 2, 3
 politische Partizipation 40, 85, 92, 100, 117, 139
 politischer Akteur 24, 88
 politische Rechte 42, 45, 95
 politischer Einfluss 5, 9, 10, 14, 16, 40, 61
 politischer Konflikt 122
 politischer Prozess 6, 9, 16, 19, 24, 32
 politischer Wandel 9, 16, 19, 22, 24, 42, 53, 88, 94, 119, 128, 136, 141
 politisches Bündnis 104
 politisches Handeln 24, 88
 politisches Interesse 24
 politische Situation 2, 5, 6, 9, 10, 17, 19, 20, 21, 22, 29, 32, 40, 58, 101, 103, 104
 politisches Programm 42, 46, 56, 58, 70, 92
 politisches Regime 19
 politische Stabilität 5, 6, 9, 17, 31, 32, 63, 121, 139
 politische Struktur 10
 politisches Verhalten 24, 37, 43
 politische Unterstützung 14
 politische Willensbildung 117
 Politisierung 127
 Polizei 105
 Postcommunist Societies 35, 130, 133
 postkommunistische Gesellschaft 6, 7, 31, 33, 38, 67, 69, 77, 87, 95, 100, 105, 107, 117, 120, 121, 131, 136
 Power Elite 125
 Präsident 1, 6, 19, 21, 25, 26, 29, 30, 34, 38, 48, 61, 63, 64, 65, 82, 102, 105, 108, 111, 121
 Präsidentschaftswahl 5, 6, 9, 17, 19, 22, 24, 26, 29, 34, 37, 38, 52, 55, 61, 63, 64, 65, 74, 97, 120, 121, 137
 Präsidialsystem 1, 7, 32, 138
 Preis 34
 Presidents 62, 112, 115, 135
 Presse 136
 Pressefreiheit 3, 132, 134, 136
 privater Rundfunk 136
 Professionalism 59, 133
 Proportional Representation 39, 78
 Public Opinion 115
- R**
 Radikalismus 69
 Rassismus 54
 Rational-Choice-Theorie 93
 Raumnutzung 113
 Raumordnung 113

Raumwirksamkeit 113
 Rechtsanwendung 134
 Rechtsordnung 11
 Rechtsradikalismus 54, 70, 95, 123
 Rechtssicherheit 2, 3
 Rechtsstaat 6, 11, 16, 32, 82, 132
 Rechtswesen 82
 Reformpolitik 33, 82, 105, 107
 Regierbarkeit 87
 Regierung 1, 2, 11, 22, 30, 33, 56, 89, 106, 107, 109, 141
 Regierungsbildung 104
 Regierungssturz 14
 Regierungswechsel 14, 63
 Region 29, 41, 74, 122
 regionale Entwicklung 74, 113
 regionale Identität 113, 122
 regionale Integration 113
 regionaler Unterschied 118
 regionale Verflechtung 113
 regionale Verteilung 74, 113
 Regionalpolitik 11
 Regression 93
 Regressionsanalyse 44
 Religionsgemeinschaft 6
 Repräsentation 85, 86, 87, 117
 Repression 3, 21
 Revolution 10, 14, 22, 23, 24, 36, 71, 91, 120, 128
 Revolutions 27
 Rollenzuschreibung 136
 Routine 93
 Rule of Law 27
 Ruling Class 35
 Rumänien 77, 86, 114, 123
 Rundfunk 136
 Russe 116
 Russia 15, 28, 39, 47, 59, 60, 62, 72, 75, 78, 79, 112, 115, 124, 130, 133, 135
 Russian Federation 36, 71
 Russland 1, 2, 3, 6, 8, 18, 19, 20, 26, 31, 32, 34, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 73, 74, 76, 77, 81, 82, 84, 86, 90, 92, 93, 97, 99, 105, 106, 108, 109, 113, 114, 122, 123, 127, 132, 134, 136, 137, 141

S

Saakashvili, Mikheil 36, 71
 Security 130
 Separatismus 118
 Sicherheitspolitik 8, 99
 Slowakei 76, 86, 114
 soziale Bewegung 123
 sozialer Konflikt 9
 sozialer Wandel 141
 sozialistische Bewegung 25
 sozialistische Partei 25, 46
 Sprache 129
 Staatenbildung 9
 staatliche Einflussnahme 17, 42
 staatliche Lenkung 17
 Staatsapparat 91
 Staatsform 3, 17, 88
 Staatsgründung 89
 Staatsoberhaupt 20, 89
 Staatsstreich 30
 Stabilität 67, 74
 State Formation 15
 State Power 72
 State Role 60
 Statistics 110
 Strukturwandel 95
 Südosteuropa 11
 Systementwicklung 121
 Systemveränderung 11, 53, 86

T

Tausch 74
 Terrorismus 132
 Tradition 122
 Transformation 6, 7, 9, 11, 13, 14, 16, 19, 20, 21, 22, 31, 32, 34, 37, 38, 42, 53, 54, 67, 69, 76, 77, 88, 89, 95, 100, 105, 114, 119, 120, 121, 123, 136
 Transparenz 120, 137
 Tschechische Republik 67, 76, 86, 114, 123
 Tschetschenien 6, 52, 132
 Türkei 11

U

Übergangsgesellschaft 8, 93
 UdSSR-Nachfolgestaat 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 33, 34,

-
- 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 58, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 73, 74, 76, 77, 81, 82, 84, 86, 89, 90, 91, 92, 93, 96, 97, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 113, 114, 116, 118, 120, 121, 122, 123, 126, 127, 128, 129, 131, 132, 134, 136, 137, 139, 140, 141
- Ukraine 2, 3, 13, 22, 23, 24, 25, 27, 33, 35, 46, 58, 68, 74, 76, 77, 86, 89, 91, 96, 98, 102, 103, 104, 107, 108, 110, 111, 114, 116, 118, 120, 126, 128, 129, 131, 137
- Ukrainer 116
- Umwelt 139
- Ungar 67
- Ungarn 70, 76, 77, 81, 86, 114, 123
- Union of Soviet Socialist Republics 130
- USA 14, 17, 101, 137, 141
- Usbekistan 138
- V**
- Verbändesystem 32
- Verfassungsänderung 104
- Verfassungsgericht 11
- Verfassungsrecht 20, 134
- Verhältniswahl 76, 80, 81, 83, 90
- Versammlungsfreiheit 3
- Vertrauen 26
- Verwaltung 11, 105
- Violence 133
- Volksentscheid 16
- Volkswirtschaft 30
- Voting Behavior 112, 115
- W**
- Wahlbeteiligung 94, 100
- Wahlbündnis 45, 51
- Wähler 90, 94, 116
- Wahlergebnis 5, 8, 10, 17, 19, 25, 31, 33, 41, 45, 46, 51, 54, 56, 58, 81, 84, 92, 93, 94, 97, 102, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 113, 116, 123, 126, 129, 137
- Wahlforschung 44, 45, 77, 90, 93, 117, 131
- Wahlgesetz 50, 57, 81, 84, 97, 104, 111, 139
- Wahlkampf 10, 14, 24, 37, 41, 44, 45, 51, 56, 57, 58, 61, 70, 94, 96, 97, 104, 111, 131, 132, 137
- Wahlkreis 44, 81
- Wahlrecht 41, 42, 73, 82, 90, 96, 140
- Wahlsystem 11, 42, 44, 76, 80, 83, 85, 86, 87, 88, 90
- Wahlwerbung 131
- Weimarer Republik 81
- Weißrussland 3, 16, 17, 21, 30, 34, 77, 114, 121, 132, 140
- Werbung 134
- Wertorientierung 117
- Wertwandel 117
- Wirtschaft 2, 6, 17, 31
- wirtschaftliche Lage 22, 29
- Wirtschaftselite 8
- Wirtschaftsentwicklung 4, 8, 30, 57, 121
- Wirtschaftsförderung 8
- Wirtschaftskrise 29
- Wirtschaftspolitik 8
- Wirtschaftsreform 116
- Wirtschaftssystem 9
- Wirtschaftsweise 17
- Y**
- Yushchenko, Viktor 12
- Z**
- Zeitschrift 136
- Zeitung 136
- Zentralasien 5, 7, 9, 138
- Zentralisierung 82
- Zentralismus 73
- Zielanalyse 66
- Zielsetzung 88
- Zigeuner 94
- Zivilgesellschaft 9, 14, 16, 32, 34, 37, 109, 117, 132, 139
- Zukunftsperspektive 42
- Zweiparteiensystem 64
- Zypern 11
21. Jahrhundert 20

Institutionenregister

Europa-Universität Viadrina, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine
BWL, insb. betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung 86

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 122

Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" 85

Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissen-
schaft Abt. III Vergleichende Systemanalyse und Empirische Politikforschung 43

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des GESIS-IZ Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das GESIS-IZ Sozialwissenschaften überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (SOFIS - ehemals FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Information und Beratung zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung
- Internet-Service

Das GESIS-IZ Sozialwissenschaften wurde 1969 als Informationszentrum Sozialwissenschaften von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Von 1986 an war es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. Seit April 2007 ist das GESIS-IZ eine von drei Abteilungen der neu gegründeten GESIS. GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet. Deren zentrale Aufgaben sind die sozialwissenschaftliche Informations- und Datenvermittlung zwischen Ost- und Westeuropa sowie die Förderung von Ost-West-Kooperationen und die Unterstützung der vergleichenden Forschung. Seit Januar 2006 gehört auch das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) zur GESIS. Das CEWS bietet zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung an.

Die Datenbanken SOFIS und SOLIS

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 43.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das GESIS-IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SIDOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der GESIS-IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Juni 2007 ca. 350.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom GESIS-IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken SOFIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International
The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
76012 Karlsruhe
Deutschland
Tel.: +49 (0) 7247-80 85 55
www.stn-international.de

**GBI-Genios Deutsche
Wirtschaftsdatenbank GmbH**
Freischützstr. 96
81927 München
Deutschland
Tel.: +49 (0) 89-99 28 79-0
http://www.gbi.de/r_startseite/index.ein

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und SOFIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden (www.infoconnex.de).

SOFIS und SOLIS stehen neben weiteren 12 Datenbanken auch im sozialwissenschaftlichen Fachportal **sowiport** für die Recherche zur Verfügung. Auf www.sowiport.de können Nutzer folgende Datenbanken integriert oder einzeln durchsuchen:

Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
Publikationen der Bertelsmann Stiftung
ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt enthält sowiport.de rund 2,5 Millionen Literaturnachweise, 50.000 Forschungsprojekte und 8.500 Nachweise zu sozialwissenschaftlichen Institutionen, darüber hinaus Veranstaltungshinweise, Themenschwerpunkte und Links zu Portalen.

Im **Internetangebot der GESIS (www.gesis.org)** steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der SOFIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung. Dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in SOFIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken SOFIS und SOLIS bietet das GESIS-IZ Sozialwissenschaften entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das GESIS-IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das GESIS-IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

Allgemeine Soziologie	Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
Berufssoziologie	Kultursoziologie + Kunstsoziologie
Bevölkerungsforschung	Methoden und Instrumente der
Bildungsforschung	Sozialwissenschaften
Familienforschung	Migration und ethnische Minderheiten
Frauen- und Geschlechterforschung	Organisations- und Verwaltungsfor-
Freizeit - Sport - Tourismus	schung
Gesellschaftlicher Wandel in den	Osteuropaforschung
neuen Bundesländern	Politische Soziologie
Gesundheitsforschung	Religionsforschung
Industrie- und Betriebssoziologie	Soziale Probleme
Internationale Beziehungen +	Sozialpolitik
Friedens- und Konfliktforschung	Sozialpsychologie
Jugendforschung	Stadt- und Regionalforschung
Kommunikationswissenschaft:	Umweltforschung
Massenkommunikation - Medien -	Wissenschafts- und Technikforschung
Sprache	

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe sowiOnline Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken SOFIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe sowiPlus werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/sowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des GESIS-IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die GESIS-Abteilungen GESIS-IZ Sozialwissenschaften, GESIS-ZA (ehemals Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und GESIS-ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) sowie die GESIS-Servicestelle Osteuropa in Berlin bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das GESIS-IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(teilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich).

Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank SOFIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).

Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).

Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom GESIS-IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Newsletter

Über Neuigkeiten aus der GESIS informiert zweimonatlich der gesis report. Der Newsletter erscheint in elektronischer Form und kann abonniert werden unter: listserv@listserv.bonn.gesis.org (Kommando im Textfeld: *subscribe GESIS-Newsletter Vorname Nachname* - keinen Betreff angeben)

GESIS-IZ Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Deutschland
Tel.: +49 (0)228-2281-0
Fax: +49 (0)228-2281-120
E-mail: iz@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Deutschland
Tel.: +49 (0)30-23 36 11-0
Fax: +49 (0)30-23 36 11-310
E-mail: servicestelle@gesis.org

